



Sonderheft: „Statistischer Jahresbericht 2003 - Entwicklungen in MV“

Inhalt	Gesamtwertung	1		
	Bevölkerungsentwicklung	4		
	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	7		
	Verdienste, Nettoeinkommen und Haushaltsausstattung	16		
	Gewerbeanzeigen, Insolvenzen	19		
	Landwirtschaft	22		
	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau	30		
	Energie- und Wasserversorgung	40		
	Baugewerbe	43		
	Handwerk	46		
	Bautätigkeit und Wohnsituation	48		
	Handel und Gastgewerbe	52		
	Export	54		
	Tourismus	56		
	Verkehr und weitere Dienstleistungen	58		
	Umwelt	63		
	Verbraucherpreise	68		
	Finanzen und Steuern	69		
	Gesundheitswesen und Soziales	73		
	Schulen, Hochschulen, Weiterbildung	80		
Rechtspflege	87			
Impressum	Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern			
	1. Jahrgang, 2004, Sonderheft 1			
	Bestell-Nr.	Z101 2003 00		
	Copyright:	© Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, 2004 Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.		
	Herausgeber:	Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Lübecker Str. 287, 19059 Schwerin Telefon: 0385 4801-0, Telefax: 0385 4801-123 Internet: http://www.statistik-mv.de , E-Mail: poststelle@statistik-mv.de		
	Schriftleitung:	Hans-Peter Hasche, Telefon: 0385 4801-430		
	Redaktions- schluss:	30. April 2004		
	Vertrieb:	Telefon: 0385 4801-548, E-Mail: vertrieb@statistik-mv.de		
	Erscheinungs- folge	jährlich		
	Auflage:	140		
Einzelheft:	EUR 7,50			
Zeichen- erklärung	-	nichts vorhanden		
	0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts		
	.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten		
	...	Zahl lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor		
	x	Aussage nicht sinnvoll oder Fragestellung nicht zutreffend		
	/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ		
	()	Zahl hat eingeschränkte Aussagefähigkeit		
	p	vorläufige Zahl		
	s	geschätzte Zahl		
	r	berichtigte Zahl		
Abkürzungen	BB	Brandenburg	a. n. g.	anderweitig nicht genannt
	BE	Berlin	ESVG	Europäisches System
	BW	Baden-Württemberg	1995	Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995
	BY	Bayern	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
	HB	Bremen		
	HE	Hessen		
	HH	Hamburg		
	MV	Mecklenburg-Vorpommern		
	NI	Niedersachsen		
	NW	Nordrhein-Westfalen		
	RP	Rheinland-Pfalz		
	SH	Schleswig-Holstein		
	SL	Saarland		
	SN	Sachsen		
	ST	Sachsen-Anhalt		
TH	Thüringen			
D	Deutschland			

Gesamtwertung

Die Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern waren im Jahr 2003 dadurch gekennzeichnet, dass viele positive Veränderungen, wie z. B. im Existenzgründungsgeschehen, in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Export, in der Tourismusbranche, bei den Wohnverhältnissen, in der Ausstattung der Haushalte, in der Infrastruktur sowie in der Berufsausbildung und an den Hochschulen, gesamtwirtschaftlich weiterhin durch die Auswirkungen des Abbaus von Überkapazitäten im Baugewerbe und Personal im öffentlichen Dienst kompensiert wurden. Die Folge waren ein deutlicher Rückgang der wirtschaftlichen Gesamtleistung und der Erwerbstätigkeit sowie unverändert hohe Arbeitslosigkeit. Anhaltender Bevölkerungsrückgang, wachsende Staatsverschuldung und zunehmende soziale Differenziertheit waren weitere Entwicklungsmerkmale.

Das **Bruttoinlandsprodukt**, Indikator für die wirtschaftliche Gesamtleistung, hat sich im Jahr 2003 real um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 29,7 Milliarden EUR verringert, während es im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin geringfügig zurückging (- 0,1 Prozent; neue Bundesländer: + 0,2 Prozent). Die seit Jahren stagnierende Wirtschaftsentwicklung (Rückgang der Investitionen seit 1996 um ein Drittel) war weiterhin gespalten und nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt: Der weitere Abbau von Überkapazitäten im Baugewerbe, die durch den Nachwendebloom entstanden waren, setzte sich in 2003 verstärkt fort (Bruttowertschöpfung: - 15,4 Prozent; Deutschland: - 4,5 Prozent). Demgegenüber wurde im Verarbeitenden Gewerbe eine, allerdings nur schwache, Steigerung der Wirtschaftsleistung um 0,8 Prozent erzielt (Deutschland: + 0,2 Prozent). Im Wirtschaftsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war mit 0,5 Prozent mehr Bruttowertschöpfung ein ebenfalls nur geringes Wachstum zu verzeichnen (Deutschland: + 0,6 Prozent). Fortgesetzt hat sich die positive Tourismusentwicklung: Mit 5,4 Prozent mehr Übernachtungen lag Mecklenburg-Vorpommern bei diesem Indikator je 1 000 Einwohner im Vergleich der Bundesländer mit Abstand weiter auf dem ersten Platz. In der Landwirtschaft wurde bei Getreide und Ölfrüchten in 2003 eine witterungsbedingt unterdurchschnittliche Ernte erzielt. Unterschiedlich entwickelten sich weiterhin die Viehbestände bei Rindern (- 2,2 Prozent) und Schweinen (+ 6,7 Prozent), die Milcherzeugung (+ 2,5 Prozent) hat sich wieder erhöht. Die gewerblichen Schlachtungen sind noch weiter zurückgegangen. Im Ergebnis war die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft (einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei) um 0,9 Prozent geringer als im Vorjahr (Deutschland: - 0,8 Prozent). Handel, Gastgewerbe und Verkehr (Bruttowertschöpfung: + 0,4 Prozent; Deutschland: + 0,7 Prozent) entwickelten sich unterdurchschnittlich. Die öffentlichen und privaten Dienstleister (Bruttowertschöpfung: - 1,2 Prozent; Deutschland: + 0,1 Prozent) blieben aufgrund des Personalabbaus im öffentlichen Dienst unter der Deutschlandentwicklung.

Der **Export** (3,1 Milliarden EUR) ist im Jahr 2003 stark angestiegen (+ 35,1 Prozent), nachdem er im Vorjahr erheblich zurückgegangen war (- 21,7 Prozent). Je Einwohner wurden Waren im Wert von 1 762 EUR exportiert, im Bundesdurchschnitt waren es 8 018 EUR.

Das **Existenzgründungsgeschehen** war in 2003 durch wesentlich mehr Gewerbeanmeldungen (+ 16,7 Prozent) und deutlich weniger Gewerbeabmeldungen (- 4,1 Prozent) gekennzeichnet. Die Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen hat sich in 2003 etwas verringert, in Hauptbereichen der Wirtschaft jedoch unterschiedlich entwickelt und war insgesamt fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. 1 107 Unternehmen (mit 7 075 Arbeitnehmern zum Zeitpunkt der Antragstellung) erklärten ihre Zahlungsunfähigkeit, darunter 372 im Baugewerbe (mit 4 201 Arbeitnehmern).

Positive Tendenzen gesamtwirtschaftlich von Auswirkungen weiterer Strukturbereinigungen kompensiert

Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 1,6 Prozent

Weitere Schrumpfung des Baugewerbes

Schwache Entwicklung in der Industrie, bei Unternehmensdienstleistern und in Handel und Verkehr

Anhaltender Tourismusboom

Öffentlicher Dienst effizienter

Positive Exportentwicklung

Mehr Existenzgründungen

15 600 weniger Arbeitsplätze per saldo im Land

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich weiter verschlechtert. Die Zahl der **Erwerbstätigen**, die ihren Arbeitsort in Mecklenburg-Vorpommern haben, nahm in 2003 um 15 600 Personen (- 2,1 Prozent) auf 709 000 ab, wobei die Zahl der Selbstständigen um 1,2 Prozent auf 61 700 anstieg. Von den 181 639 Arbeitslosen in 2003 (+ 11 892 gegenüber dem Vorjahr) waren 43,3 Prozent Langzeitarbeitslose. Die Arbeitslosenquote ist mit insgesamt 21,7 Prozent (Vorjahr: 20,0 Prozent) nach Sachsen-Anhalt weiterhin die zweithöchste im Vergleich der Bundesländer (neue Bundesländer: 20,1 Prozent; alte Bundesländer: 9,3 Prozent).

0,7 Prozent weniger Einwohner durch Wanderungsverlust und Geburtendefizit

Die **demographische Entwicklung** war durch einen weiteren Bevölkerungsrückgang um 12 460 Personen oder 0,7 Prozent auf 1,732 Millionen Einwohner zum Jahresende 2003 gekennzeichnet. Maßgeblich dafür waren weitere Wanderungsverluste (7 560 Einwohner) und Geburtenausfälle. Die 2003 wieder positive Geburtenentwicklung (+ 2,3 Prozent; Vorjahr: - 3,6 Prozent) erreichte mit 7,4 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner aber erst wieder 55 Prozent des Vorwendeniveaus von 1989. Die Zahl der Lebendgeborenen (12 800) war weiterhin beträchtlich geringer als die der Gestorbenen (17 700), sodass sich ein Geburtendefizit von 4 900 ergab.

Weiter stagnierende Angleichung der Verdienste an das Westniveau

Das verfügbare **Einkommen** der privaten Haushalte erreichte in 2002 je Einwohner im Durchschnitt 82,9 Prozent des Bundesniveaus. 65,5 Prozent der Erwerbstätigen erzielten 2003 ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 900 EUR. In der Entwicklung der Verdienste im Produzierenden Gewerbe (Bruttomonatsverdienste der Arbeiter: + 2,0 Prozent; Bruttomonatsverdienste der Angestellten: + 2,1 Prozent) hat sich der Abstand zum Westniveau nicht verringert (Arbeiter: 70,3 Prozent; Angestellte: 72,2 Prozent Angleichung). Die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern hat weiter zugenommen, bei Gebrauchsgütern der Informations- und Kommunikationstechnologien liegt sie aber zum Teil unter dem Bundesdurchschnitt (z. B. beim Internetanschluss).

Einzelhandelsumsatz leicht gestiegen

Der **Einzelhandelsumsatz** hat sich real um 1,1 Prozent erhöht.

Bautätigkeit stark rückläufig

Trotz einer noch deutlich geringeren Wohnungseigentümerquote (Jahr 2002: 35,9 Prozent) als in den alten Bundesländern (44,6 Prozent) war die Nachfrage nach Wohneigentum auch im Jahr 2003 weiter rückläufig. So wurde beim **Bau von Eigenheimen** (4 599 von insgesamt 7 330 fertig gestellten Wohnungen) das Vorjahresergebnis wiederum unterschritten (- 9,3 Prozent), die Zahl der fertig gestellten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (- 8,6 Prozent) ging ähnlich stark zurück. Dennoch wurden insgesamt 42 Wohnungen je 10 000 Einwohner fertig gestellt, deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (32). Der Erhöhung des Wohnungsbestandes seit 1991 stand im Jahr 2002 ein etwa gleich hoher Wohnungsleerstand von über 100 000 Wohnungen gegenüber (Leerstandsquote: 11,8 Prozent; alte Bundesländer: 6,7 Prozent). Die Wohnsituation hat sich in den vergangenen Jahren vor allem qualitativ weiter verbessert, die Wohnfläche je Person hat gegenüber 1998 um 5 auf 36 Quadratmeter zugenommen. Die Bruttokaltmiete je Quadratmeter Wohnfläche war 2002 mit 4,97 EUR die geringste aller Bundesländer und lag um 18,4 Prozent unter dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes.

Wohnsituation wesentlich verbessert, aber hoher Wohnungsleerstand

Im Jahr 2003 wurden deutlich weniger neue Nichtwohngebäude fertig gestellt als im Vorjahr (- 20,7 Prozent). An dem für alle neu errichteten Gebäude veranschlagten Kostenvolumen von 941,7 Millionen EUR hatten die Nichtwohngebäude nur einen Anteil von 31,0 Prozent, auf die Ein- und Zweifamilienhäuser entfielen dagegen 53,5 Prozent und auf Mehrfamilienhäuser und Wohnheime 15,5 Prozent.

Leistungen des öffentlichen Dienstes mit weniger Personal erbracht

Die Leistungen des **öffentlichen Dienstes** des Landes wurden im Jahr 2003 mit 2,6 Prozent weniger Personal (Jahresmitte: 91 466 Personen) erbracht.

Im **Gesundheitswesen** hat sich die Zahl der Patienten im Jahr 2002 erstmals sowohl in den Krankenhäusern (vollstationär: - 1,2 Prozent auf 396 000) als auch in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (- 4,5 Prozent auf 117 000) gegenüber dem Vorjahr verringert.

**Krankenhäuser:
Patientenrückgang**

Im **Sozialbereich** wurden die Leistungen weiter verstärkt (Nettoaussgaben 2002 nach dem Bundessozialhilfegesetz: + 5,8 Prozent auf 377 Millionen EUR). Die Zahl der Empfänger von Sozialhilfe zum Lebensunterhalt erhöhte sich bis Ende 2002 (aktuellere Angaben liegen noch nicht vor) um 8,6 Prozent auf 62 692, die von Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen um 7,3 Prozent auf 28 281 Personen.

**Mehr Sozialhilfe-
empfänger**

Die Zahl der Wohngeldempfänger hat sich nach Einführung des neuen Wohngeldgesetzes im Jahr 2001 von 106 000 im Jahr 2000 auf 121 500 Haushalte Ende 2002 erhöht, das heißt etwa jeder siebte Haushalt war auf Wohngeld angewiesen. 6 032 Asylbewerber (- 4,5 Prozent) erhielten Regelleistungen nach dem entsprechenden Gesetz.

An den allgemein bildenden **Schulen** hat sich infolge der massiven Geburtenausfälle nach der Wende die Schülerzahl im Schuljahr 2003/04 weiter um 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr und um 36,3 Prozent gegenüber 1991 verringert, darunter an den Grundschulen seit 1991 um 63,9 Prozent, wenngleich die Einschulungen in den letzten Jahren wieder etwas zunahmten. Entsprechend verringerte sich auch die Zahl der Lehrkräfte sowie der Schulen.

**Anhaltender
Schülerrückgang**

An den **beruflichen** Schulen war die Zahl der Schüler im Schuljahr 2003/04 mit 68 900 fast konstant, von ihnen lernten 65,1 Prozent an Berufsschulen. Die Zahl der Auszubildenden betrug am Jahresende 2003 45 744 (- 0,9 Prozent); 4,9 Prozent mehr neue Ausbildungsverträge (17 662) wurden im Jahr 2003 abgeschlossen und 4 423 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst.

**Mehr neue Ausbildungs-
verträge**

An den **Hochschulen** des Landes ist die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2003/04 um 8,7 Prozent auf 32 371 angestiegen. Im Vergleich zu 1989 hat sie sich weit mehr als verdoppelt und ist einwohnerbezogen inzwischen deutlich höher als in Schleswig-Holstein. Die Anzahl der erfolgreichen Absolventen ist von 1 642 in 1992 auf 3 382 in 2003 angestiegen.

**8,7 Prozent mehr
Studierende**

In der **Rechtspflege** war die Zahl der in 2003 in der 1. Instanz erledigten 22 893 Strafverfahren (+ 0,9 Prozent) sowie der 5 876 Hauptverfahren (+ 11,6 Prozent) bei den Verwaltungsgerichten höher als in 2002. Die bei den Finanzgerichten erledigten Klagen haben ebenfalls leicht zugenommen (+ 2,0 Prozent).

**Rechtspflege: mehr
erledigte Verfahren**

Die **Verschuldung der öffentlichen Haushalte** erhöhte sich im Jahr 2003 je Einwohner bei den Staatsfinanzen auf 5 465 EUR (+ 10,3 Prozent) und bei den Kommunalfinanzen auf 1 391 EUR (zum Vergleich Schleswig-Holstein 2002: 6 306 EUR; 972 EUR), insgesamt entsprach sie mit 11,9 Milliarden EUR 40,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

**Verschuldung der
öffentlichen Haushalte
weiter gestiegen**

Bevölkerungsentwicklung

Einwohnerzahl weiter gesunken

Ende 2003 lebten in Mecklenburg-Vorpommern nach vorläufigen Angaben 1 732 160 **Einwohner**. Die Bevölkerungsdichte betrug bei einer Landesfläche von 23 174 Quadratkilometern 75 Einwohner je Quadratkilometer. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern das am dünnsten besiedelte Bundesland Deutschlands.

Gegenüber dem Jahresanfang hat sich der Bevölkerungsstand somit um rund 12 460 Personen oder 0,7 Prozent verringert. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr hat sich damit geringfügig abgeschwächt. Er resultiert für das Land insgesamt sowohl aus Wanderungsverlusten, die deutlich geringer ausfielen als im Vorjahr, als auch aus dem weiter angestiegenen Gestorbenenüberschuss, bedingt durch das geringe Geburtenniveau.

Jahr	Bevölkerung am 31.12.	Veränderung insgesamt	Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Lebendgeborenen- (+) bzw. Gestorbenen- (-) überschuss
1989	1 963 909	- 14 917	- 20 089	+ 5 172
1990	1 923 959	- 39 950	- 42 307	+ 1 054
1995	1 823 084	- 9 214	+ 198	- 9 412
2000	1 775 703	- 13 619	- 9 478	- 4 141
2001	1 759 877	- 15 826	- 11 446	- 4 211
2002	1 744 624	- 15 253	- 10 477	- 4 829
2003 ¹⁾	1 732 160	- 12 460	- 7 560	- 4 900

1) vorläufige Angaben

Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen differenziert

Gegenüber dem 3.10.1990 hat sich die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns nunmehr um 199 400 Personen bzw. 10,3 Prozent verringert. In den Kreisen des Landes verlief diese Entwicklung jedoch differenziert. Während die kreisfreien Städte kontinuierlich Einwohner verloren, in den Jahren 1992 bis 1999 insbesondere an die im Umland gelegenen Gemeinden, hat sich in den Landkreisen Bad Doberan, Ludwigslust und Nordwestmecklenburg die Einwohnerzahl gegenüber 1990 trotz Sterbefallüberschuss zum Teil deutlich erhöht. Von den übrigen Landkreisen waren Uecker-Randow, Rügen, Demmin und Güstrow besonders stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen.

Veränderung der Einwohnerzahl der kreisfreien Städte und Landkreise 30.6.2003 gegenüber 31.12.1990 in Prozent			
kreisfreie Städte		Landkreise	
Greifswald	- 20	Bad Doberan	+ 27
Neubrandenburg	- 22	Demmin	- 12
Rostock	- 20	Güstrow	- 10
Schwerin	- 23	Ludwigslust	+ 3
Stralsund	- 19	Mecklenburg-Strelitz	- 1
Wismar	- 17	Müritz	- 6
		Nordvorpommern	- 5
		Nordwestmecklenburg	+ 11
		Ostvorpommern	- 7
		Parchim	- 2
		Rügen	- 14
		Uecker-Randow	- 16

Wanderungsverlust deutlich verringert

Der Wanderungsverlust, der Saldo aus Zu- und Fortzügen, verringerte sich 2003 nach vorläufigen Angaben für das Land insgesamt um 2 920 auf 7 560 Personen (2002: 10 477 Personen; 2001: 11 446; 2000: 9 478). Er resultiert aus Wanderungsgewinnen gegenüber dem Ausland von 2 100 Personen und deutlich gesunkenen Wanderungsverlusten gegenüber den anderen Bundesländern von 9 660 Personen (2002: 13 015 Personen). Dieser Binnenwanderungsverlust stellt sich durch die Mecklenburg-Vorpommern zugewiesenen Aussiedler/Spätaussiedler aus dem Erstaufnahmelager in Friedland, Niedersachsen, geringer als tatsächlich eingetreten dar. Lässt man diese unberücksichtigt, belief sich der Wanderungsverlust gegenüber den anderen Bundesländern auf etwa 11 900 Personen.

Insgesamt waren 32 180 Zuzüge (darunter: 6 360 aus dem Ausland) und 39 740 **Fortzüge** (4 250 in das Ausland) über die Landesgrenze zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit die Zahl der Fortzüge um 8 Prozent verringert, die der Zuzüge blieb annähernd konstant.

Die Betrachtung nach dem Geschlecht zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern auch 2003 im Saldo der Wanderungsbewegungen mehr Frauen als Männer verloren hat. In der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen lag das Verhältnis zwischen Männern und Frauen immer noch bei etwa 1:3. In dieser Altersgruppe hat das Land 1 380 Frauen verloren. Bis zu den 50-Jährigen sind in fast allen Altersjahren Wanderungsverluste zu verzeichnen, die absolut höchsten allerdings bei den 20- bis unter 25-Jährigen (4 570 Personen; Anteil am Gesamtwanderungsverlust: 60 Prozent), den 25- bis unter 30-Jährigen (1 920; 26 Prozent) und den 15- bis unter 20-Jährigen (1 340; 18 Prozent).

Innerhalb des Landes verlegten 63 400 Personen ihren Wohnsitz in eine andere Gemeinde, 3,1 Prozent weniger als im Vorjahr.

Nach ersten Schätzungen wurden 2003 12 800 **Lebendgeborene** registriert, 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit setzt sich der seit 2001 zu verzeichnende rückläufige Trend bei den Geburtenzahlen nicht weiter fort. Das erreichte Geburtenniveau (7,4 Lebendgeborene je 1 000 Einwohner) liegt dennoch weiter deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (2002: 8,7). Der Anteil der Lebendgeborenen von unverheirateten Müttern, der 1998 erstmals über 50 Prozent lag, betrug im 1. Halbjahr 2003 59,1 Prozent (Bundesdurchschnitt 2002: 26,1 Prozent). Den Geburten stehen 17 700 Sterbefälle gegenüber, 2,1 Prozent mehr als 2002. Mehr als 40 Prozent des Bevölkerungsrückgangs waren somit auf die im Vergleich dazu fehlenden Geburten (- 4 900) zurückzuführen.

Wesentlich weniger Fortzüge

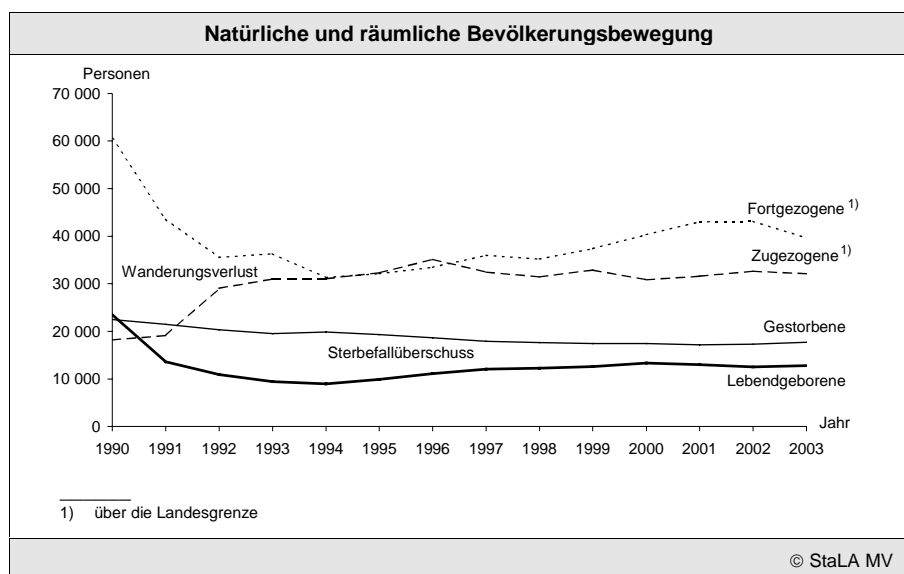
Abwanderung vor allem junger Frauen

Lebendgeborenanzahl leicht angestiegen

Über 40 Prozent des Bevölkerungsrückgangs durch Geburtendefizit

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene	
	absolut	je 1 000 Einwohner	absolut	je 1 000 Einwohner
1989	26 403	13,4	21 231	10,7
1990	23 503	12,2	22 449	11,6
1994	8 934	4,9	19 835	10,8
1995	9 878	5,4	19 290	10,6
2000	13 319	7,5	17 460	9,8
2001	12 968	7,3	17 179	9,7
2002	12 504	7,1	17 333	9,9
2003 ¹⁾	12 800	7,4	17 700	10,2

1) Schätzung



Zahl der Eheschließungen unverändert

Die Zahl der **Eheschließungen** entsprach 2003 etwa der des Vorjahres. Nach ersten Schätzungen wurden insgesamt 7 900 Ehen geschlossen. Die Eheschließungsziffer liegt mit 4,5 Eheschließungen je 1 000 Einwohner nur leicht unter dem Bundesdurchschnitt (2002: 4,8).

Wieder mehr Ehescheidungen

Die Zahl der Ehescheidungen nahm im Jahr 2003 im Vorjahresvergleich nach einem deutlichen Rückgang 2002 (- 12,8 Prozent) wieder um 4,9 Prozent auf 3 677 zu. Die Scheidungsziffer lag mit 2,1 Scheidungen je 1 000 Einwohner weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt (2002: 2,5).

Ausländeranteil weiter geringfügig angestiegen

Die Zahl der **Ausländer** belief sich am 30.6.2003 auf 38 659 Personen. Ihr Anteil an der Bevölkerung des Landes insgesamt betrug damit 2,2 Prozent (Bundesdurchschnitt 2002: 8,9 Prozent).

Erstmals Abnahme der Zahl der Privathaushalte seit 1992

Im Mai 2003 lebten in den **Privathaushalten** Mecklenburg-Vorpommerns insgesamt 1,74 Millionen Personen, die darunter weitaus überwiegende Mehrzahl (1,46 Millionen bzw. 83,6 Prozent) in Mehrpersonenhaushalten. 285 400 Personen bildeten Einpersonenhaushalte.

Insgesamt gab es im Land 820 400 Privathaushalte, das sind 9 500 Haushalte weniger als im Vorjahr. Damit ist die Gesamtzahl der Privathaushalte Mecklenburg-Vorpommerns erstmals seit Mai 1992 gesunken und dieses zudem auch deutlich. Während die Zahl der Dreipersonenhaushalte im Vergleich zum Vorjahr um 2 100 anstieg, nahmen die Einpersonenhaushalte um 6 100 und damit sehr deutlich ab. Einen Rückgang verzeichneten auch die Zweipersonenhaushalte (- 3 600 Haushalte) sowie erneut die Haushalte mit 5 und mehr Personen (- 1 900).

Haushaltsgröße	Private Haushalte				
	April 1991	April 2002	Mai 2003	Veränderung	
				2003/1991	2003/2002
1 000			%		
1 Person	179,8	291,5	285,4	+ 58,7	- 2,1
2 Personen	208,8	292,7	289,1	+ 38,5	- 1,2
3 Personen	158,1	135,6	137,7	- 12,9	+ 1,5
4 Personen	150,5	84,7	84,7	- 43,7	± 0
5 und mehr Personen	45,2	25,3	23,4	- 48,2	- 7,5
Insgesamt	742,5	829,9	820,4	+ 10,5	- 1,1

Deutlich veränderte Haushaltsstrukturen

Damit ist die seit 1991 eingetretene Anteilsverschiebung zu Lasten der größeren Mehrpersonenhaushalte hin zu mehr Einpersonenhaushalten seit 2002 beendet und die Zahl der Einpersonenhaushalte sinkt weiter. Die Veränderungen der Zahl der Privathaushalte Mecklenburg-Vorpommerns nach Haushaltsgrößen hat im Vergleich der Ergebnisse 2003 und 1991 folgende Strukturverschiebungen zur Folge:

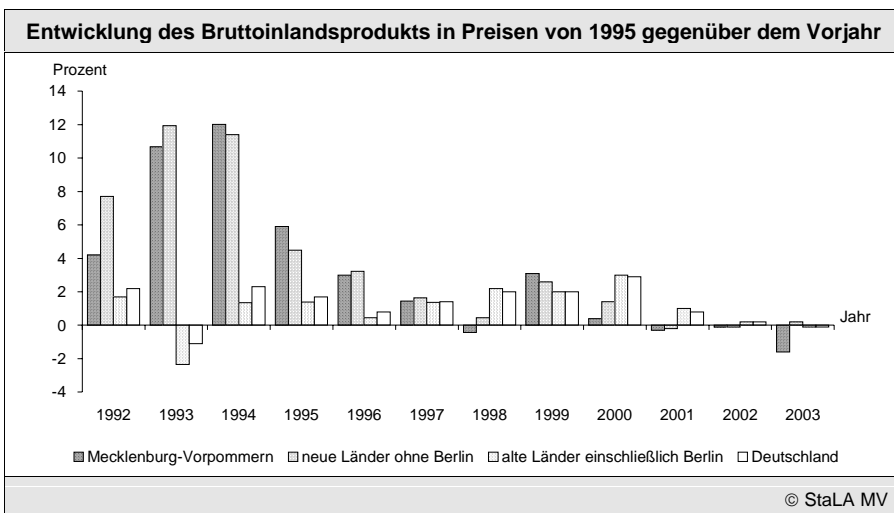
Haushaltsgröße	Struktur der Privathaushalte		
	April 1991	April 2002	Mai 2003
	%		
1 Person	24,2	35,1	34,8
2 Personen	28,1	35,3	35,2
3 Personen	21,3	16,3	16,8
4 Personen	20,3	10,2	10,3
5 und mehr Personen	6,1	3,1	2,9
Insgesamt	100	100	100

Die durchschnittliche Haushaltsgröße lag im Mai 2003, wie auch schon im April 2002, für das Land Mecklenburg-Vorpommern bei 2,12 Personen je Haushalt: Im April 1991 lebten in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich 2,58 Personen je Privathaushalt, 1995 2,40 Personen, im Mai 2000 2,18 Personen und im Mai 2003 nunmehr noch 2,12 Personen je Haushalt.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage in Mecklenburg-Vorpommern ist unbefriedigend. Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung hatte bereits 1997 stark an Schwung verloren, seit 2001 ist sie rückläufig (Grafik). Das Bruttoinlandsprodukt als umfassender Ausdruck der im Inland erbrachten wirtschaftlichen Gesamtleistung sank 2003 gegenüber 2000 preisbereinigt um 2,0 Prozent. Seit 1997 lag das Wirtschaftswachstum auch nicht mehr über dem bundesdeutschen Durchschnitt (Ausnahme: 1999). Gleichzeitig verharrt die Unterbeschäftigung auf hohem Niveau. Die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) stieg in 2003 zwar preisbereinigt um 0,6 Prozent (Deutschland: + 1,0 Prozent). Zurückzuführen war das jedoch auf den Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 2,1 Prozent. In 2003 erreichte die Arbeitsproduktivität somit 75 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus, wie auch bereits in 2002. Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer betragen dagegen in 2003 knapp 79 Prozent des bundesdeutschen Niveaus.

**Unbefriedigende
gesamtwirtschaftliche
Situation**



Das **Bruttoinlandsprodukt**, der umfassende Indikator für die volkswirtschaftliche Gesamtleistung eines regional abgegrenzten Gebietes, betrug im Jahr 2003 in Mecklenburg-Vorpommern 29 700 Millionen EUR, das waren 1,4 Prozent des gesamtdeutschen Ergebnisses. Das Bruttoinlandsprodukt sank in 2003 real, d. h. unter Ausschaltung des Preiseinflusses, um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, während es dagegen im Bundesdurchschnitt stagnierte (- 0,1 Prozent). Im Durchschnitt der neuen Bundesländer konnte dagegen ein geringfügiges Wachstum (+ 0,2 Prozent) erzielt werden. Auch im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin stagnierte das Bruttoinlandsprodukt (- 0,1 Prozent). Das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer hatte 2003 Sachsen (+ 1,2 Prozent), gefolgt von Thüringen (+ 0,5 Prozent). An der Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern hatten die Hauptbereiche der Wirtschaft sehr unterschiedlich Anteil. So stand z. B. einem geringen Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister ein starker Rückgang im Baugewerbe, aber auch im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister sowie in der Landwirtschaft gegenüber.

**2003 höchster Rückgang
der Wirtschaftsleistung
aller Bundesländer**

An der wirtschaftlichen Gesamtleistung Mecklenburg-Vorpommerns, gemessen auf Basis der **Bruttowertschöpfung**, waren die Wirtschaftsbereiche unterschiedlich beteiligt. Den größten Beitrag zur Bruttowertschöpfung von insgesamt 27 529 Millionen EUR erbrachte in 2003 der Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister mit 31,5 Prozent, der im gesamtdeutschen Durchschnitt allerdings eine wesentlich geringere Bedeutung

**Differenzierte Leistungs-
entwicklung in den
Hauptbereichen der
Wirtschaft**

hat (21,7 Prozent; Tabelle). Hier sank die Bruttowertschöpfung real um 1,2 Prozent, während sie im Durchschnitt Deutschlands stagnierte (+ 0,1 Prozent). Dieser Bereich setzt sich zusammen aus den Wirtschaftsbereichen Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, der rund ein Drittel der Bruttowertschöpfung des Gesamtbereichs erwirtschaftet, sowie Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen und häusliche Dienste. Der Rückgang in der Wertschöpfung wurde hier vor allem durch den Unterbereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung verursacht, wo Personal stark reduziert wurde (Erwerbstätige: - 3,1 Prozent), da hier die Bruttowertschöpfung fast ausschließlich aus Personal- und Sachausgaben besteht. Der zweitgrößte Anteil der Gesamtwirtschaftsleistung des Landes entfiel in 2003 auf den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (26,8 Prozent; Deutschland: 30,5 Prozent), der mit real + 0,5 Prozent (Deutschland: + 0,6 Prozent) im Bundesdurchschnitt wuchs.

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung	Anteil an der Bruttowertschöpfung		Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1995			
	Mecklenburg-Vorpommern		Deutschland	Mecklenburg-Vorpommern		Deutschland	
	Mill. EUR	%					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 073	3,9	1,1	-	0,9	-	0,8
Produzierendes Gewerbe	5 059	18,4	28,6	-	5,8	-	0,4
darunter							
Verarbeitendes Gewerbe	2 632	9,6	22,1	+	0,8	+	0,2
Baugewerbe	1 714	6,2	4,2	-	15,4	-	4,5
Dienstleistungsbereiche	21 397	77,7	70,3	-	0,2	+	0,5
davon							
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	5 326	19,3	18,0	+	0,4	+	0,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	7 385	26,8	30,5	+	0,5	+	0,6
Öffentliche und private Dienstleister	8 685	31,5	21,7	-	1,2	+	0,1
Insgesamt	27 529	100	100	-	1,3	+	0,2
nachrichtlich Bruttoinlandsprodukt	29 700	x	x	-	1,6	-	0,1

Dieser Bereich ist im Bundesdurchschnitt der anteilmäßig stärkste. Während im gesamtdeutschen Maßstab die öffentlichen und privaten Dienstleister den drittgrößten Anteil an der Bruttowertschöpfung hatten, war das in Mecklenburg-Vorpommern das Produzierende Gewerbe mit nur 18,4 Prozent (aber Deutschland: 28,6 Prozent). Hier sank die Bruttowertschöpfung preisbereinigt um 5,8 Prozent, in Deutschland insgesamt war sie weniger stark rückläufig (- 0,4 Prozent). Nur wenig positiv beeinflusst wurde die Entwicklung dabei vom **Verarbeitenden Gewerbe** (+ 0,8 Prozent bei einem Anteil von nur 9,6 Prozent), das sich deutlich vom bundesdeutschen Durchschnitt (+ 0,2 Prozent, aber Anteil von 22,1 Prozent; neue Länder: + 5,7 Prozent und Anteil von 16,4 Prozent) unterscheidet. In den anderen neuen Bundesländern war das Leistungswachstum im Verarbeitenden Gewerbe wesentlich höher als in Mecklenburg-Vorpommern (Brandenburg: + 2,4 Prozent; Sachsen-Anhalt: + 4,8 Prozent; Sachsen: + 7,0 Prozent; Thüringen: + 8,2 Prozent). Das **Baugewerbe** hat in Mecklenburg-Vorpommern, wie in den anderen neuen Ländern auch, aufgrund von Überkapazitäten noch immer ein etwas überhöhtes Gewicht (Anteil von 6,2 Prozent; Deutschland: 4,2 Prozent). Hier kam es zu einem weiteren sehr starken Leistungsrückgang (- 15,4 Prozent; Deutschland: - 4,5 Prozent; neue Länder: - 6,3 Prozent).

Den viertgrößten Beitrag zur Wirtschaftsleistung erbrachte mit 19,3 Prozent in 2003 der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (Deutschland: 18,0 Prozent). Seine Bruttowertschöpfung stieg nur leicht unterdurchschnittlich an (+ 0,4 Prozent; Deutschland: + 0,7 Prozent; neue Länder: + 0,9 Prozent). Hierbei stagnierte die Entwicklung im Unterbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Von allen neuen Ländern niedrigstes Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe ...

... und höchster Leistungsrückgang im Baugewerbe

Die Bruttowertschöpfung des kleinsten Bereichs, Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei (3,9 Prozent Anteil; Deutschland: 1,1 Prozent), war in 2003 aufgrund der durch die extreme Trockenheit bedingten schlechteren Ernte preisbereinigt mit - 0,9 Prozent rückläufig (Deutschland: - 0,8 Prozent; neue Länder: - 4,4 Prozent).

Die **Arbeitsproduktivität** (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) stieg in 2003 preisbereinigt nur um 0,6 Prozent (Deutschland: + 1,0 Prozent). Ihr Anstieg, im Gegensatz zur Wirtschaftsleistung, war auf die rückläufige Zahl der Erwerbstätigen (- 2,1 Prozent) zurückzuführen. Im Jahr 2003 erreichte die Arbeitsproduktivität 74,7 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus und betrug 38 815 EUR je Erwerbstätigen; das höchste Niveau hatte Hamburg mit 68 643 EUR je Erwerbstätigen, das geringste Sachsen mit 37 533 EUR. Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen gab es aber große Unterschiede bei der Produktivitätsangleichung. So hatte, in Preisen von 1995, nur die Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei in 2003 eine höhere Arbeitsproduktivität als im Bundesdurchschnitt (138,5 Prozent). In allen anderen Bereichen war die Arbeitsproduktivität zumeist wesentlich niedriger als im Durchschnitt Deutschlands. Von allen Wirtschaftsbereichen hatte in 2003 die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe den geringsten Stand der Angleichung an das deutsche Durchschnittsniveau (65,0 Prozent). Hier wurde eine Bruttowertschöpfung von 33 678 EUR je Erwerbstätigen erzielt, im deutschen Durchschnitt waren es aber 51 774 EUR.

Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister hatte die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen mit 79 693 EUR das höchste Niveau, im Bundesdurchschnitt waren es dagegen 99 843 EUR, was mit 79,8 Prozent nach der Landwirtschaft dem dritthöchsten Angleichungsstand an den Bundesdurchschnitt entspricht. Den zweithöchsten Stand der Produktivitätsangleichung hatte der Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister (86,9 Prozent).

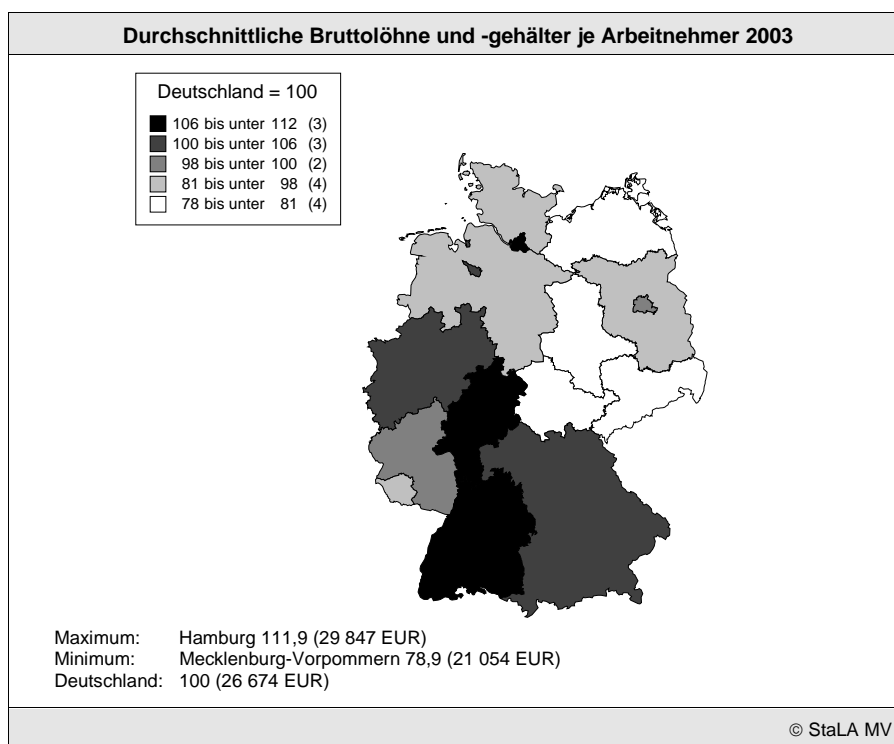
Die durchschnittlichen **Bruttolöhne und -gehälter** waren in Mecklenburg-Vorpommern 2003 mit 21 054 EUR je Arbeitnehmer bundesweit die niedrigsten (Grafik). Sie erreichten knapp 79 Prozent des Bundesdurchschnitts und lagen um rund 5 600 EUR je Arbeitnehmer darunter. Mit nur 22 663 EUR je Arbeitnehmer waren die Durchschnittslöhne im Verarbeitenden Gewerbe nach Wirtschaftsbereichen zwar die zweithöchsten im Land (Tabelle), zugleich waren sie aber um rund 11 200 EUR je Arbeitnehmer niedriger als im Bundesdurchschnitt, sodass hier die Angleichung an das Bundesniveau nur 67 Prozent betrug. Die höchsten durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter wurden im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister mit 23 598 EUR je Arbeitnehmer gezahlt, die Angleichung an den Bundesdurchschnitt betrug hier 94 Prozent. Die niedrigsten Pro-Kopf-Durchschnittslöhne wies die Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei aus (14 884 EUR). Dort betrug die Angleichung an den Bundesdurchschnitt knapp 87 Prozent.

Die Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter sind im Durchschnitt der Wirtschaft 2003 gegenüber 2002 um 1,3 Prozent angestiegen, rückläufig waren sie in keinem der Wirtschaftsbereiche. Auch im Bundesdurchschnitt betrug der Lohnzuwachs 1,3 Prozent.

Verarbeitendes Gewerbe mit niedrigster Produktivitätsangleichung an den Bundesdurchschnitt

Bundesweit niedrigste Bruttolöhne und -gehälter ...

Wirtschaftsbereich	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer			
	Mecklenburg-Vorpommern	neue Länder ohne Berlin	alte Länder einschl. Berlin	
	EUR	Deutschland = 100		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	14 884	86,6	88,8	106,5
Produzierendes Gewerbe darunter	21 826	68,0	70,1	104,9
Verarbeitendes Gewerbe	22 663	67,0	69,2	103,8
Baugewerbe	19 617	82,2	82,2	106,3
Dienstleistungsbereiche davon				
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	17 309	78,6	80,0	103,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	22 270	78,7	77,8	103,2
Öffentliche und private Dienstleister	23 598	94,4	94,4	101,1
Wirtschaft insgesamt	21 054	78,9	80,3	103,5



... sowie von den Arbeitgebern geleistete Pro-Kopf-Arbeitnehmersozialbeiträge

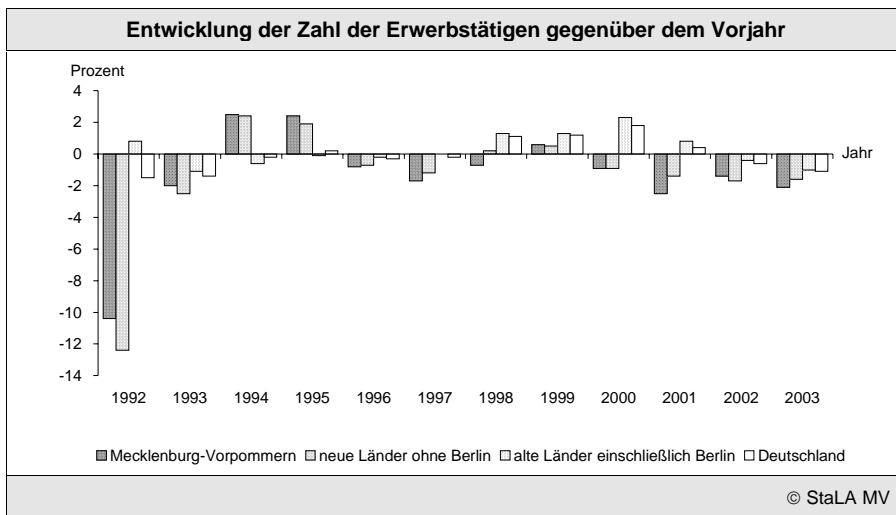
Im Gegensatz zu den Bruttolöhnen und -gehältern schließt das Arbeitnehmerentgelt zusätzlich auch den von den Arbeitgebern geleisteten Anteil der Sozialbeiträge mit ein. Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer wird auch als **Lohnkosten** bezeichnet. Die durchschnittlichen Lohnkosten betragen im Jahr 2003 26 147 EUR je Arbeitnehmer und waren um rund 7 080 EUR je Arbeitnehmer niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Von den Arbeitgebern wurden 2003 durchschnittlich 5 093 EUR je Arbeitnehmer an Sozialbeiträgen gezahlt, im Bundesdurchschnitt waren es 6 555 EUR. In keinem anderen Bundesland waren die von den Arbeitgebern an die Sozialversicherungen geleisteten Pro-Kopf-Arbeitnehmersozialbeiträge damit so niedrig wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Die **Lohnstückkosten**, bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung als Relation zwischen dem Arbeitnehmerentgelt je beschäftigten Arbeitnehmer zum Bruttoinlandsprodukt (in konstanten Preisen) je Erwerbstätigen berechnet, betragen in 2003 für die Gesamtwirtschaft 67,4 Prozent. Die Lohnstückkosten der gesamten Wirtschaft waren in 2003 in Mecklenburg-Vorpommern damit um 3,5 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt und auch etwas höher als im Vorjahr (+ 0,7 Prozentpunkte). Die im Ländervergleich niedrigsten gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten hatte Hamburg mit 54,1 Prozent (sowohl Arbeitsproduktivität als auch Lohnkosten waren dort von allen Ländern am höchsten), die höchsten Sachsen mit 71,1 Prozent. Wesentlich niedriger als im Bundesdurchschnitt waren die Lohnstückkosten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei (50,1 Prozent; Deutschland: 80,8 Prozent). Deutlich höher als im Bundesdurchschnitt waren sie dagegen im Baugewerbe (Mecklenburg-Vorpommern: 87,3; Deutschland: 77,8), im Verarbeitenden Gewerbe war die Überschreitung (Mecklenburg-Vorpommern: 86,0 Prozent; Deutschland: 82,8 Prozent) weniger gravierend.

Verlust von insgesamt 15 600 Arbeitsplätzen, ...

Die jahresdurchschnittliche Zahl der **Erwerbstätigen** mit Arbeitsort in Mecklenburg-Vorpommern verringerte sich im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 15 600 Personen auf 709 000 Erwerbstätige. Das entsprach einem Rückgang um 2,1 Prozent (Deutschland: - 1,1 Prozent; neue Länder: - 1,6 Prozent). Damit setzte sich die seit Jahren rückläufige Entwicklung der Zahl Arbeitsplätze fort, Ausnahmen mit Arbeitsplatzzuwachs waren nur die Jahre 1994, 1995 und 1999.



In allen Hauptbereichen der Wirtschaft kam es 2003 zu Arbeitsplatzverlusten.

Im Produzierenden Gewerbe sank die Erwerbstätigenzahl um insgesamt 9 300 bzw. 5,9 Prozent. Die größten Arbeitsplatzverluste betrafen hier wiederum das Baugewerbe (Tabelle). Die Zahl der im Baugewerbe Erwerbstätigen verringerte sich gegenüber dem Jahr 2002 um 10,2 Prozent (- 7 800 Erwerbstätige) auf 68 500 Erwerbstätige im Jahr 2003. Damit entfielen knapp 50 Prozent aller Arbeitsplatzverluste 2003 in Mecklenburg-Vorpommern auf diesen Wirtschaftsbereich. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete in Mecklenburg-Vorpommern einen Beschäftigungsrückgang um 2,1 Prozent (- 1 500 Erwerbstätige).

... davon allein 50 Prozent im Baugewerbe ...

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige	Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen		Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
	Mecklenburg-Vorpommern	Deutschland	Mecklenburg-Vorpommern	Deutschland	Mecklenburg-Vorpommern	Deutschland
	1 000 Personen	%				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32,6	4,6	2,4	-	3,3	- 1,2
Produzierendes Gewerbe darunter	148,2	20,9	27,2	-	5,9	- 3,2
Verarbeitendes Gewerbe	72,7	10,2	20,2	-	2,1	- 2,7
Baugewerbe	68,5	9,7	6,0	-	10,2	- 5,0
Dienstleistungsbereiche davon	528,2	74,5	70,3	-	1,0	- 0,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	188,9	26,6	25,4	-	1,1	- 1,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	88,0	12,4	15,7	-	0,5	+ 0,7
Öffentliche und private Dienstleister	251,2	35,4	29,2	-	1,1	+ 0,3
Insgesamt	709,0	100	100	-	2,1	- 1,1

Die Zahl der Erwerbstätigen sank auch im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 1,1 Prozent (- 2 000 Personen) sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister um 0,5 Prozent (- 400 Personen).

Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister wurden im Jahr 2003 weitere Arbeitsplätze abgebaut. Hier war der Arbeitsplatzabbau mit rund 17 Prozent aller verlorenen Arbeitsplätze am zweithöchsten. Es waren 1,1 Prozent bzw. 2 700 Personen weniger erwerbstätig als noch im Vorjahr.

... und weitere 17 Prozent bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern

Im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei setzte sich die Rationalisierung fort: Dort nahm die Zahl der Erwerbstätigen nochmals um 3,3 Prozent (- 1 100) auf noch 32 600 ab.

Die Zahl der Arbeitnehmer mit Arbeitsort Mecklenburg-Vorpommern verminderte sich um 2,5 Prozent auf noch 647 200 (Deutschland: - 1,4 Prozent; neue Länder: - 2,0 Prozent), während die Zahl der **Selbstständigen** und mithelfenden Familienangehörigen - auch infolge der arbeitsmarktpolitischen Regelungen zur Gründung einer so genannten Ich-AG - um 1,2

Prozent auf 61 700 anstieg (Deutschland: + 1,3 Prozent; neue Länder: + 1,7 Prozent).

Aufgrund der unbefriedigenden Wirtschaftsentwicklung war die Zahl der registrierten **Arbeitslosen** 2003 in Mecklenburg-Vorpommern mit 181 639 (davon 46,8 Prozent Frauen) sehr hoch. Das waren 11 892 Personen mehr als im Vorjahr. Zugleich war es die höchste Zahl registrierter Arbeitsloser seit 1991. Ende Dezember 2003 waren 76 316 Personen ein Jahr und länger arbeitslos. Ihr Anteil an der Zahl der Arbeitslosen stieg damit auf 43,3 Prozent (Dezember 2002: 34,5 Prozent). 19 166 Arbeitslose bzw. 10,9 Prozent (neue Länder: 10,0 Prozent; alte Länder: 10,8 Prozent) der Arbeitslosen waren unter 25 Jahre alt.

Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2003 21,7 Prozent und lag damit über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer (20,1 Prozent; jedoch alte Länder: 9,3 Prozent; Deutschland: 11,6 Prozent).

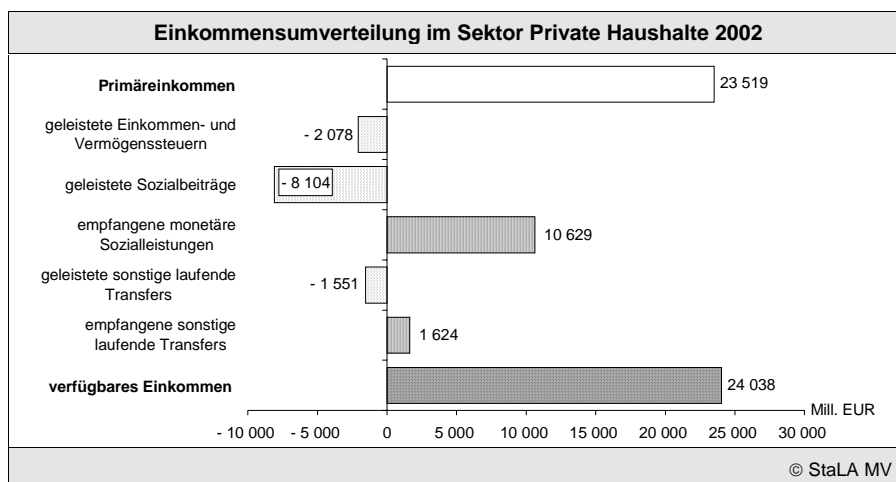
Niedrigstes verfügbares Einkommen je Einwohner aller Bundesländer

Bedingt durch die schlechte Wirtschaftslage, jedoch auch aufgrund der niedrigsten Bruttolöhne und -gehälter sowie der höchsten Arbeitslosigkeit verfügten die Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns auch nur über das niedrigste Einkommen aller Bundesländer. Das **verfügbare Einkommen** der privaten Haushalte des Landes belief sich im Jahr 2002 auf insgesamt 24 038 Millionen EUR. Je Einwohner waren das durchschnittlich 13 720 EUR (Deutschland: 16 552 EUR; neue Länder: 14 189 EUR), die für Konsumausgaben und zum Sparen zur Verfügung standen. Das verfügbare Einkommen gibt Einblick in die monetäre Situation der privaten Haushalte einer Region. Es ist jedoch nicht identisch mit der Kaufkraft der privaten Haushalte, bei der regionale Preisunterschiede zu berücksichtigen wären. Die Angleichung des verfügbaren Einkommens je Einwohner an das durchschnittliche Bundesniveau betrug im Jahr 2002 82,9 Prozent (2001: 81,2 Prozent; 1995: 78,9 Prozent). Im Durchschnitt wurden in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 8 Prozent des verfügbaren Einkommens gespart und 92 Prozent konsumiert. Je Einwohner war das ein Sparvolumen von 1 139 EUR, deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt (1 774 EUR).

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist Ergebnis der so genannten Einkommensumverteilung über Einkommenstransfers. Entscheidende Grundlage dieser Umverteilung sind die Primäreinkommen der privaten Haushalte (Grafik).

Ein Viertel aller erhaltenen Einkommenstransfers waren Leistungen für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe

Von den privaten Haushalten des Landes wurden danach 2002 insgesamt 8 104 Millionen EUR an Sozialbeiträgen und 2 078 Millionen EUR an Einkommen- und Vermögenssteuern gezahlt. An den von den privaten Haushalten insgesamt empfangenen monetären Sozialleistungen (10 629 Millionen EUR) hatten die Leistungen für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe einen Anteil von 25,0 Prozent (Deutschland: 16,3 Prozent; neue Länder: 22,3 Prozent), weitere 53,3 Prozent (Deutschland: 59,1 Prozent; neue Länder: 56,5 Prozent) entfielen auf Leistungen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung.



Die privaten Haushalte des Landes hatten im Jahr 2002 ein **Primäreinkommen** von insgesamt 23 519 Millionen EUR, je Einwohner waren das im Durchschnitt 13 424 EUR. Den Hauptbestandteil (79,1 Prozent) am Primäreinkommen bildete das Arbeitnehmerentgelt. In Mecklenburg-Vorpommern war in 2002 sowohl der Saldo zwischen empfangenem und geleistetem (gezahltem) Arbeitnehmerentgelt als auch der Arbeitnehmerpendlersaldo wiederum positiv. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelte der Arbeitnehmer mit Wohnort Mecklenburg-Vorpommern (26 067 EUR) waren aber nur geringfügig höher als die der Arbeitnehmer mit Arbeitsort Mecklenburg-Vorpommern (25 738 EUR). Hier war somit nicht die deutlich höhere Entlohnung, sondern die Suche nach Entlohnung (Fehlen von Arbeitsplätzen am Arbeitsort) Motiv für das Auspendeln. Weitere Bestandteile des Primäreinkommens sind die Vermögenseinkommen (6,6 Prozent; aber Deutschland: 13,1 Prozent; neue Länder: 7,1 Prozent) und der Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen (14,3 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr nahmen in 2002 die Vermögenseinkommen um 9,6 Prozent ab, während dagegen der Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen (+ 1,8 Prozent) anstieg. Das Arbeitnehmerentgelt am Wohnort (- 0,4 Prozent) verringerte sich geringfügig.

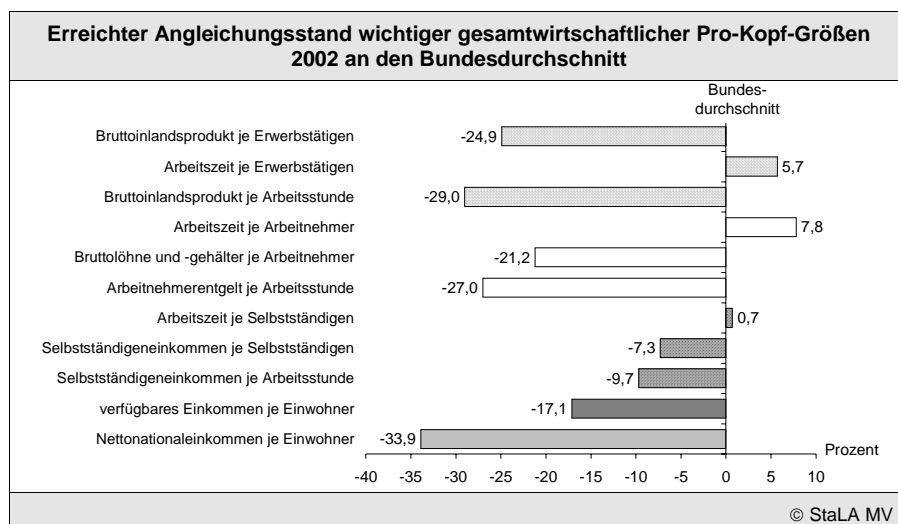
In 2002 arbeiteten die Erwerbstätigen Mecklenburg-Vorpommerns im Durchschnitt um 5,7 Prozent bzw. 82 Stunden länger als im Bundesdurchschnitt. Bei den abhängig beschäftigten Arbeitnehmern waren das sogar 7,8 Prozent bzw. 107 Stunden mehr. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer waren 2002 aber um 21,1 Prozent bzw. 5 550 EUR niedriger als im Bundesdurchschnitt. Die durchschnittlich jährliche Arbeitszeit der Selbstständigen lag in Mecklenburg-Vorpommern nur um 0,7 Prozent bzw. 15 Stunden über dem Bundesdurchschnitt. Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen waren pro Selbstständigen aber nur um 7,3 Prozent bzw. 4 300 EUR geringer als im deutschen Durchschnitt.

Das Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen lag 2002 um 24,9 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, aufgrund der längeren Arbeitszeit war das Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen sogar um 29,0 Prozent geringer als im Bundesdurchschnitt.

Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde Arbeitnehmer war um 27,0 Prozent niedriger als im Bundesdurchschnitt, während das Selbstständigeneinkommen je Arbeitsstunde Selbstständiger nur um 9,7 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt lag.

All diese Negativdifferenzen haben auch Konsequenzen auf die monetäre Situation der privaten Haushalte. So lag das verfügbare Einkommen je Einwohner um 17,1 Prozent bzw. 2 832 EUR unter dem Bundesdurchschnitt.

Durchschnittlich 107 Stunden längere Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer bei um 5 500 EUR niedrigeren Bruttolöhnen



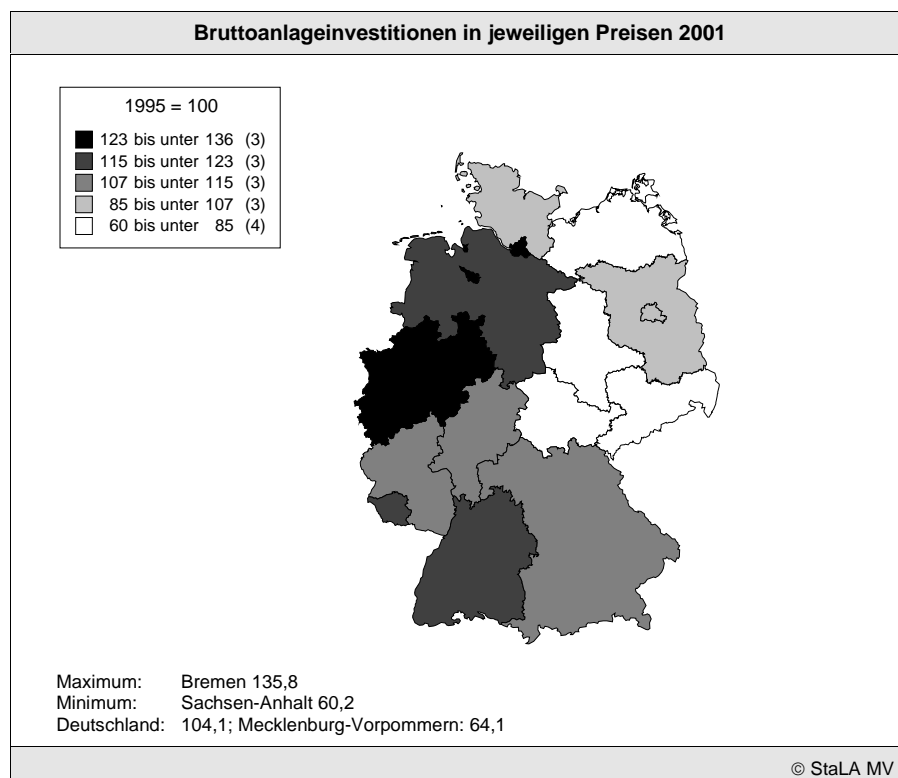
In der Volkswirtschaft insgesamt agieren aber nicht nur private Haushalte, sondern natürlich auch Kapitalgesellschaften und der Staat, für die insgesamt ein Primäreinkommen ermittelt werden kann. Das Primäreinkommen der Volkswirtschaft insgesamt wird auch als **Nettonationaleinkommen** bezeichnet. Es betrug im Jahr 2002 in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 25 161 Millionen EUR. Gegenüber dem Vorjahr stieg es um 2,1 Prozent (Deutschland: + 2,1 Prozent; neue Länder: + 2,5 Prozent). Je Einwohner wurde ein Nettonationaleinkommen von 14 361 EUR erzielt, das waren 66,1 Prozent vom Bundesdurchschnitt (21 715 EUR; neue Länder: 14 832 EUR) und 1 872 EUR mehr als 1995. Die im Vergleich zum Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner (70,1 Prozent) geringere Angleichung des Nettonationaleinkommens je Einwohner (66,1 Prozent) dürfte auch an der gegenüber dem Bundesdurchschnitt geringeren Unternehmensdichte und geringeren Unternehmensgewinnen liegen.

Je Einwohner betrug das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002 16 941 EUR (66,2 Prozent vom Bundesdurchschnitt), im Vergleich dazu das Bruttonationaleinkommen jedoch 17 585 EUR (68,8 Prozent vom Bundesdurchschnitt).

Im Zuge der Produktion/Leistungserbringung (Bruttoinlandsprodukt) entstehen Einkommen (Arbeitnehmerentgelt, Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen), die verteilt und umverteilt werden (Primäreinkommen, verfügbares Einkommen). Mit Hilfe dieser Einkommen können die hergestellten Produkte und erbrachten (Dienst-)Leistungen konsumiert bzw. Investitionen getätigt werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird also **verwendet**. Eine wichtige Größe der Verwendung sind die Bruttoanlageinvestitionen. Sie bilden eine wesentliche Grundlage künftigen Leistungswachstums und sind daher auch ein wichtiger Indikator der Konjunkturbeobachtung.

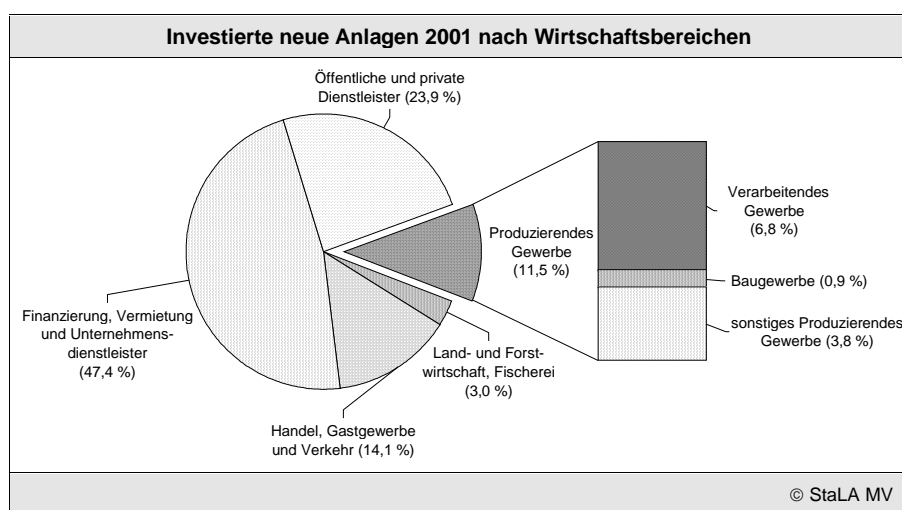
Investitionstätigkeit stark rückläufig, ...

Die **Bruttoanlageinvestitionen** umfassten 2001 in Mecklenburg-Vorpommern ein Volumen von 9 197 Millionen EUR. Seit 1996 ist das für die Modernisierung des Landes damals höhere Investitionsvolumen jedoch rückläufig und erreichte 2001 nur noch 64 Prozent des Niveaus von 1995.



Gegenüber dem Vorjahr sanken die Bruttoanlageinvestitionen preisbereinigt um 6,7 Prozent (Deutschland: - 4,2 Prozent). Innerhalb der neu investierten Anlagen überwogen 2001 die neuen Bauten mit 61,5 Prozent (Deutschland: 52,6 Prozent), die neuen Ausrüstungen hatten einen Anteil von 38,5 Prozent. Preisbereinigt verringerten sich die neuen Ausrüstungen (- 7,2 Prozent; jedoch Deutschland: - 2,2 Prozent) gegenüber dem Vorjahr schneller als die neuen Bauten (- 5,7 Prozent; Deutschland: - 4,8 Prozent). Vor allem die Investitionen zur Verbreiterung der industriellen Basis sind gering (Grafik). So wurden nur 6,8 Prozent der neuen Anlagen 2001 im **Verarbeitenden Gewerbe** investiert (Deutschland: 16,0 Prozent). Von den gesamten neuen Ausrüstungen (dazu gehören z. B. Maschinen, maschinelle Anlagen und Fahrzeuge) der Wirtschaft entfielen nur 13,9 Prozent auf das Verarbeitende Gewerbe (Deutschland: 29,4 Prozent), hier wurden nur 2,4 Prozent (Deutschland: 4,0 Prozent) aller Bauinvestitionen getätigt. 2001 sind die im Verarbeitenden Gewerbe investierten neuen Anlagen insgesamt um 59,2 Prozent (dagegen Deutschland: + 24,9 Prozent) gegenüber 1995 zurückgegangen, darunter die Ausrüstungen um 37,1 Prozent (jedoch Deutschland: + 29,9 Prozent).

... insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, ...



Im Ergebnis der Investitionstätigkeit erhöhte sich das **Bruttoanlagevermögen** Mecklenburg-Vorpommerns 2002 auf 175,2 Milliarden EUR, das sind 99 990 EUR je Einwohner (jedoch Deutschland: 125 850 EUR).

Mit einem Modernitätsgrad von 70,7 Prozent verfügte Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 aber im Vergleich aller Bundesländer über ein sehr modernes Anlagevermögen, der Alterungsprozess der Produktionsanlagen war in Bremen mit 56,6 Prozent am weitesten fortgeschritten.

Bei einer Unterscheidung nach Bauten und Ausrüstungen wird jedoch auch hier sichtbar, dass die Investitionstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern vor allem in neue Bauten mündete: der Modernitätsgrad der Bauten (73,3 Prozent) war wesentlich höher als der der Ausrüstungen (58,9 Prozent).

... aber hoher Modernitätsgrad des Anlagevermögens

Mit Bruttoanlageinvestitionen von 5 200 EUR je Einwohner (1995: 7 840 EUR) lag die Investitionstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern 2001 noch knapp über dem Durchschnitt der alten Länder und dem Bundesdurchschnitt (jeweils 5 110 EUR je Einwohner; 1995: Deutschland 4 950 EUR; alte Länder 4 520 EUR). Das niedrigste Investitionsvolumen je Einwohner wies 2001 Berlin mit 4 390 EUR, das höchste Hamburg mit 7 320 EUR aus.

Mit Bruttoanlageinvestitionen von insgesamt 9 197 Millionen EUR, Konsumausgaben der privaten Haushalte von 21 789 Millionen EUR und Konsumausgaben des Staates in Höhe von 8 752 Millionen EUR überstieg im Jahr 2001 die Verwendung des Bruttoinlandsproduktes seine Entstehung um 10 420 Millionen EUR (1995: - 14 595 Millionen EUR).

Verdienste, Nettoeinkommen und Haushaltsausstattung

Realer Verdienstzuwachs bei 2,0 Prozent

Die durchschnittlichen **Bruttomonatsverdienste** der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe Mecklenburg-Vorpommerns lagen 2003 bei 2 269 EUR, das sind 3,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Für Arbeiter stieg der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst um 2,0 Prozent auf 1 879 EUR. Insgesamt bedeutet das für die Arbeitnehmer eine Verdiensterhöhung von 2,6 Prozent, bereinigt um die Verbraucherpreisentwicklung von 0,6 Prozent liegt der reale Zuwachs somit bei 2,0 Prozent.

Angestellte im Dienstleistungsbereich verdienen 4,2 Prozent mehr

Im Produzierenden Gewerbe reicht die Spanne der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der **Angestellten** von 3 642 EUR im Schiffbau bis zu 2 321 EUR im Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. Im Hoch- und Tiefbau hat sich das Verdienstniveau mit einem Zuwachs von 5,8 Prozent zum Vorjahr auf nunmehr durchschnittlich 2 672 EUR wieder etwas verbessert.

Im Dienstleistungsbereich stiegen die durchschnittlichen monatlichen Bruttoverdienste gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4,2 Prozent. Trotz dieses überdurchschnittlichen Zuwachses liegen bis auf das Versicherungsgewerbe (3 198 EUR; + 8,1 Prozent zum Vorjahr) die Angestelltenverdienste immer noch unter dem vergleichbaren Niveau im Produzierenden Gewerbe. So verdienen die Angestellten im Großhandel durchschnittlich 1 983 EUR und im Bereich Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern 1 744 EUR pro Monat.

Arbeiter im Produzierenden Gewerbe mit 2,0 Prozent Verdienstzuwachs

Für die **Arbeiter** des Produzierenden Gewerbes Mecklenburg-Vorpommerns erhöhten sich 2003 die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste um insgesamt 2,0 Prozent auf 1 879 EUR. Die höchsten Bruttomonatsverdienste wurden dabei im Schiffbau mit 2 457 EUR (+ 1,3 Prozent zum Vorjahr) und in der Energie- und Wasserversorgung mit 2 334 EUR (+ 4,2 Prozent zum Vorjahr) gezahlt. Der Hoch- und Tiefbau, der in den beiden Vorjahren eher nur einen unterdurchschnittlichen Verdienstzuwachs erreichen konnte (2001: + 0,3 Prozent; 2002: + 1,7 Prozent), legte 2003 mit + 2,1 Prozent wieder etwas zu, bleibt aber absolut mit 1 796 EUR bezüglich des Bruttomonatsverdienstes unterdurchschnittlich.

Wirtschaftsbereich	Bruttostundenverdienst der Arbeiter			Bruttomonatsverdienst der Angestellten		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	% des Westniveaus					
Produzierendes Gewerbe	70,2	70,7	70,3	72,7	72,8	72,2
davon						
Verarbeitendes Gewerbe	70,5	71,2	70,4	73,2	73,5	71,7
darunter						
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	70,2	70,3	70,2	66,3	67,7	67,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	79,4	77,7	71,0	81,7	79,9	79,0
Schiffbau	87,9	89,4	88,0	97,3	97,4	95,7
Energie- und Wasserversorgung	74,2	75,4	76,2	78,2	78,3	78,1
Hoch- und Tiefbau	71,7	71,7	71,5	73,3	71,7	73,5
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	.	.	.	75,2	66,0	66,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	.	.	.	78,2	76,2	77,0

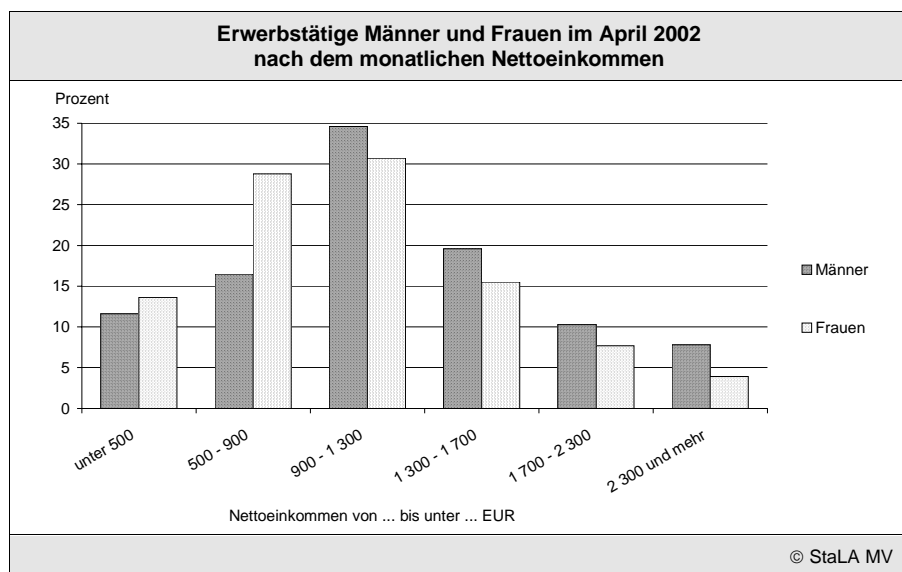
Angleichung an Westniveau insgesamt rückläufig

In 2003 ist erstmals sowohl bei Angestellten als auch bei Arbeitern eine **Vergrößerung des Abstandes zwischen Ost- und Westverdiensten** zu verzeichnen. Der Grad der Angleichung reicht bei Angestellten von über 90 Prozent im Schiffbau bis merklich unter 70 Prozent im Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; bei Arbeitern ist das Niveau insgesamt ausgeglichener und liegt in den gewichtigsten Wirtschaftsbereichen bei gut 70 Prozent, im Schiffbau bei 88 Prozent.

Die monatlichen **Nettoeinkommen der Erwerbstätigen** ¹⁾ nach Einkommensgruppen weisen nach Ergebnissen des Mikrozensus vom Mai 2003 gegenüber dem Vorjahr eine weitere leichte Stärkung des oberen Einkommensbereiches auf. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Nettoeinkommen unter 900 EUR nahm von 35,2 Prozent (April 2002) auf 34,5 Prozent (Mai 2003) ab.

15,1 Prozent aller Erwerbstätigen Mecklenburg-Vorpommerns realisierten im Mai 2003 Nettoeinkommen von 1 700 EUR und mehr. Im April 2002 traf das auf 14,7 Prozent der Erwerbstätigen des Landes zu (neue Bundesländer: 15,9 Prozent; früheres Bundesgebiet: 33,4 Prozent).

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen verdeutlicht die Grafik für Mecklenburg-Vorpommern:



Leichte Stärkung der oberen Einkommensgruppen

15,1 Prozent mit Einkommen über 1 700 EUR

Die **Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern** dokumentiert neben aktuellen Einkommens- und Verdienstkennziffern als ergänzendes Merkmal u. a. auch den Verbleib der Einkommen privater Haushalte. Nach aktuellen Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 wurden in Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Ausstattungsgrade ²⁾ je 100 Haushalte am 1.1.2003 bei folgenden langlebigen Gebrauchsgütern erreicht: Kühlschrank mit 99,5 Prozent (1998: 98,9 Prozent), Fernsehgerät mit 96,4 Prozent (1998: 97,4 Prozent), Waschmaschine mit 94,2 Prozent (1998: 93,4 Prozent).

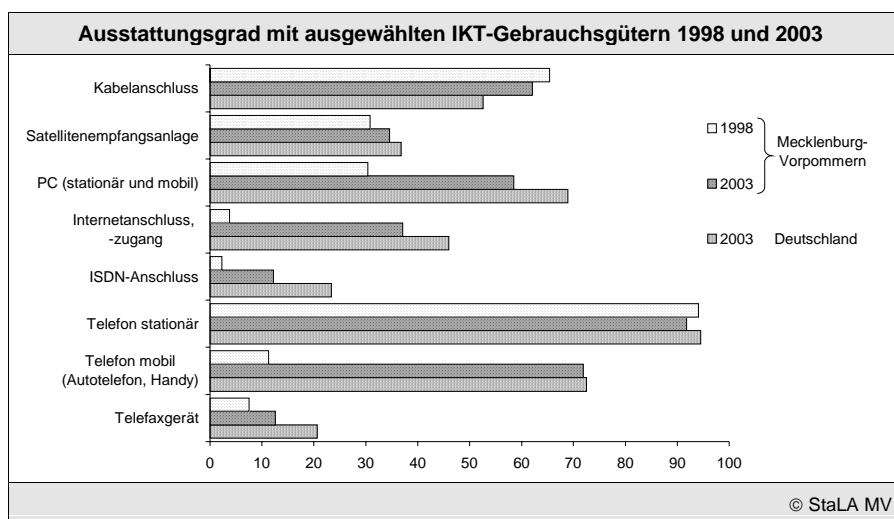
Die geringsten Ausstattungsgrade je 100 Haushalte erreichten am 1.1.2003 in Mecklenburg-Vorpommern folgende Gebrauchsgüter: Kraftrad mit 5,9 Prozent (1998: 7,5 Prozent), PC mobil/Notebook/Laptop mit 7,9 Prozent (1998: nicht erfragt) und ISDN-Anschluss mit 12,2 Prozent (1998: 2,3 Prozent).

In Anbetracht der Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist der Ausstattungsgrad privater Haushalte mit IKT-Gebrauchsgütern im Vergleich 1998 und 2003 interessant. Die nachfolgende Grafik zeigt für die Privathaushalte Mecklenburg-Vorpommerns deutliche Zuwächse seit 1998, insbesondere für Mobiltelefone (+ 60,6 Prozent), Internetanschluss bzw. -zugang (+ 33,3 Prozent) und Personalcomputer (+ 28,1 Prozent).

Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Privathaushalten gewachsen

1) Angaben der gemäß Mikrozensusinterview erwerbstätigen Personen zu ihrem Nettoeinkommen unter Berücksichtigung aller Einkommensarten

2) Der Ausstattungsgrad beschreibt den prozentualen Anteil der Privathaushalte, die ein bestimmtes langlebiges Gut besitzen (unabhängig von der im Haushalt vorhandenen Zahl).



Bei Mobiltelefonen erreichte Mecklenburg-Vorpommern mit 71,9-prozentigem Ausstattungsgrad der Privathaushalte 2003 bereits fast den Deutschland-Wert (72,5 Prozent), beim Internetanschluss bestand 2003 noch Aufholbedarf (Deutschland: 46 Prozent), ebenso bei der PC-Ausstattung (Deutschland: 68,9 Prozent).

Enge Zusammenhänge zwischen Haushaltsnettoeinkommen und hochwertigen Gebrauchsgüterausstattungen

Die Zusammenhänge zwischen monatlichen **Haushaltsnettoeinkommen** und **Ausstattungsgrad** werden erwartungsgemäß auffällig bei besonders hochwertigen und damit i. d. R. hochpreisigen langlebigen Gebrauchsgütern. Die folgende Tabelle weist am Beispiel der Ausstattung mit Pkw und mobilen PC diesen Sachverhalt für Mecklenburg-Vorpommern ebenso aus wie Unterschiede und Annäherungen im Vergleich dieser Ausstattungsgrade zwischen Mecklenburg-Vorpommern, den neuen und den alten Bundesländern.

Haushalte mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR	Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ... am 1.1.2003								
	Pkw fabrikneu gekauft			Pkw gebraucht gekauft			PC mobil/ Notebook/Laptop		
	MV	NBL	ABL	MV	NBL	ABL	MV	NBL	ABL
	%								
unter 900	/	8,3	11,1	26,9	24,3	24,4	/	3,7	5,7
900 - 1 300	19,0	22,8	21,2	33,0	31,9	37,5	/	4,4	6,2
1 300 - 1 500	35,9	39,8	31,5	41,5	39,7	44,1	/	5,7	6,3
1 500 - 2 000	35,6	42,1	36,7	54,6	48,5	50,9	/	5,6	8,1
2 000 - 2 600	43,4	45,7	41,7	65,0	59,5	58,4	/	7,9	11,5
2 600 - 3 600	49,6	49,3	47,7	68,5	64,2	60,7	12,1	15,7	16,0
3 600 - 5 000	53,1	52,0	54,4	65,8	66,5	59,5	24,1	21,1	23,5
5 000 - 18 000 ¹⁾	/	65,2	61,4	/	59,8	55,8	/	35,7	35,4

¹⁾ in MV „/“ mangels ausreichender Besetzung der Stichprobe

Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Im Jahr 2003 wurden 16 236 **Gewerbeanmeldungen** registriert, das sind 16,7 Prozent mehr als im Jahr 2002. Gleichzeitig hat sich die Zahl der **Abmeldungen** um 4,1 Prozent auf 14 232 Fälle verringert (Vorjahr: 14 847 Fälle).

87,5 Prozent der Gewerbeanmeldungen wurden 2003 als **Neuerrichtung** (Betriebsgründung, sonstige Neuerrichtung) eines Betriebes bzw. Unternehmens (14 199 Fälle) angezeigt. 944 Gewerbetreibende (5,8 Prozent) wurden 2003 in Mecklenburg-Vorpommern als Zuzug registriert. Die restlichen 6,7 Prozent der Gewerbetreibenden (1 093 Fälle) teilten mit, dass sie entweder einen bereits bestehenden Betrieb (Unternehmen) übernommen hätten, als Gesellschafter eingetreten seien oder dass sich die Rechtsform geändert habe. In der Gesamtsumme der Neuerrichtungen sind 4 522 Betriebsgründungen ebenso nachgewiesen wie Kleingewerbetreibende (9 604), die keine Arbeitnehmer beschäftigen.

Der Anteil der Betriebsgründungen an den Neuerrichtungen insgesamt von 32,0 Prozent verringerte sich 2003 um 6,5 Prozentpunkte gegenüber 2002. Bundesweit betrug er 28,6 Prozent (2002). Die so genannten sonstigen Neuerrichtungen, zu denen die Kleingewerbetreibenden ohne Arbeitnehmer sowie die im Nebenerwerb betriebenen Gewerbe gezählt werden, umfassten 68,0 Prozent der Neuerrichtungen (Vorjahr: 58,2 Prozent; bundesdurchschnittlich: 65,3 Prozent).

Jede vierte Betriebsgründung (1 212 Fälle oder 26,8 Prozent) sowie jede dritte Aufgabe eines Betriebes oder Betriebsteils (1 484 Fälle oder 36,2 Prozent) erfolgte im Wirtschaftsabschnitt Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Im Baugewerbe kam es 2003 zu 879 Betriebsgründungen, 1,9 Prozent weniger als noch im Vorjahr. Dem standen 626 Betriebsaufgaben (- 24,0 Prozent) gegenüber.

Wesentlich mehr Gewerbeanmeldungen und deutlich weniger Gewerbeabmeldungen

Zwei Drittel aller Neuerrichtungen erfolgen im Kleingewerbe und Nebenerwerb

Wirtschaftszweig ¹⁾	Betriebsgründungen		Betriebsaufgabe ²⁾	
	2003			
	Anzahl	Anteil %	Anzahl	Anteil %
Land- und Forstwirtschaft	63	1,4	40	1,0
Verarbeitendes Gewerbe	243	5,4	180	4,4
Baugewerbe	879	19,4	626	15,3
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen u. Gebrauchsgütern	1 212	26,8	1 484	36,2
Gastgewerbe	654	14,5	559	13,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	228	5,0	216	5,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	71	1,6	71	1,7
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a. n. g.	712	15,7	654	16,0
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlicher Dienstleistungen	320	7,1	208	5,1
Übrige Wirtschaftszweige	140	3,1	57	1,4
Insgesamt	4 522	100	4 095	100

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)
 2) einschließlich der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern dies angezeigt wird; ohne Kleingewerbetreibende bzw. Nebenerwerbstätigkeit

Betriebsaufgaben um ein Fünftel gesunken

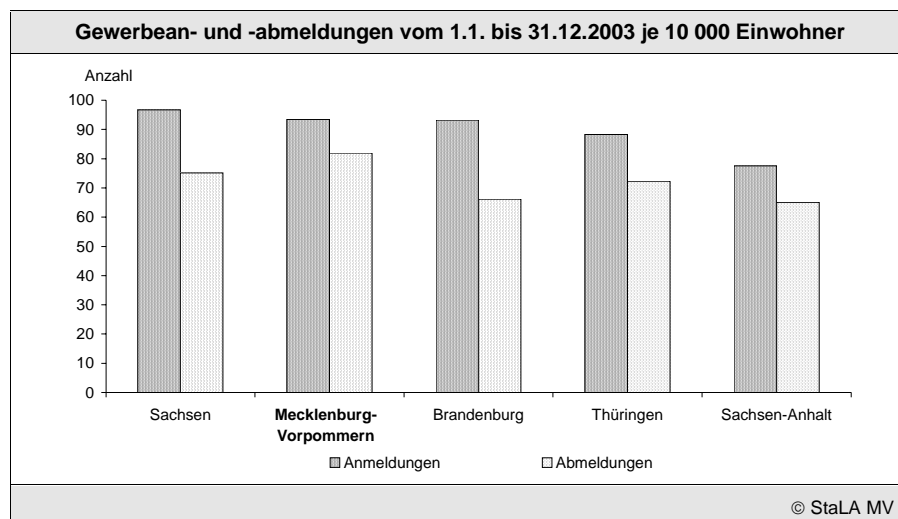
Im Betriebsgründungsgeschehen lag Mecklenburg-Vorpommern 2003 mit 81,0 Neuerrichtungen je 10 000 Einwohner im Vergleich der neuen Länder nach Sachsen (86,6) an zweiter Stelle.

Bei 85,2 Prozent der insgesamt 14 232 Abmeldungen handelte es sich um Unternehmen oder Betriebe, die ihr Gewerbe vollständig aufgegeben haben (12 132 Fälle). Am meisten davon betroffen waren die Kleingewerbetreibenden und die Nebenerwerbstätigkeiten (8 037 Fälle; 66,2 Prozent).

Im Vergleich zu den anderen neuen Ländern wies Mecklenburg-Vorpommern 2003 allerdings bei der vollständigen Aufgabe von Betrieben je 10 000 Einwohner die höchste Zahl auf (69,7), gefolgt von Sachsen (64,6), Thüringen und Sachsen-Anhalt (je 58,2). Die wenigsten Betriebsaufgaben, bezogen auf die Bevölkerung, waren in Brandenburg zu verzeichnen (52,9).

Ein Viertel aller Gewerbeanmeldungen durch Frauen

Vier Fünftel aller Gewerbeanmeldungen (81,6 Prozent) wurden 2003 in Mecklenburg-Vorpommern von Einzelunternehmern angemeldet, darunter jede dritte (33,0 Prozent) von einer Unternehmerin. Bei den Abmeldungen betrug der Anteil der Einzelunternehmen 78,3 Prozent (11 140 Fälle), der Anteil der Frauen lag bei 31,3 Prozent.



Unternehmensinsolvenzen rückläufig, Verbraucherinsolvenzen nehmen weiter zu

Insgesamt 1 107 Unternehmen Mecklenburg-Vorpommerns meldeten im Jahr 2003 **Konkurs** an. Das waren 39 weniger als im Vorjahr und 196 weniger als 2001. Weiter zugenommen hat dagegen die Anzahl der Insolvenzen von **übrigen Schuldern**, dazu gehören natürliche Personen als Gesellschafter und Ähnliches, ehemals selbstständig Tätige sowie private Verbraucher und Nachlässe. Die Anzahl solcher Insolvenzverfahren lag mit insgesamt 1 686 um 328 über dem Vorjahreswert. Insbesondere die Zahl der **Verbraucherinsolvenzen** verdoppelte sich fast (628 im Jahr 2003 gegenüber 342 im Jahr 2002).

Von den insgesamt 2 793 beantragten Verfahren kamen 2 248 (80,5 Prozent) zur Eröffnung, 515 Verfahren (18,4 Prozent) wurden mangels Masse abgelehnt und die restlichen 30 konnten mit Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes beendet werden.

Die Gläubigerforderungen beliefen sich auf insgesamt 1,0 Milliarden EUR, je Insolvenzfall sind das rund 362 000 EUR.

Differenziertes Insolvenzgeschehen im Unternehmensbereich

Ausgewählte Wirtschaftsbereiche	Insolvenzverfahren				Angemeldete Forderungen Mill. EUR
	Anzahl		je 1 000 Unternehmen		
	2002	2003	2002	2003	
Land- und Forstwirtschaft	30	24	12	9	14,7
Verarbeitendes Gewerbe	89	108	24	29	97,5
Baugewerbe	414	372	49	45	148,9
Handel; Instandhaltung von Kfz und Gebrauchsgütern	200	192	16	16	75,4
Gastgewerbe	96	89	19	18	31,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen	168	191	17	19	256,9
Unternehmen insgesamt	1 146	1 107	23	22	662,4

Insgesamt 508 Insolvenzen betrafen Unternehmen aus dem produzierenden Bereich. In diesen waren zum Zeitpunkt der Antragstellung 5 297 Arbeitnehmer beschäftigt gewesen. Wie in den Vorjahren sind auch 2003 Schwerpunkte das Baugewerbe mit 372 Insolvenzen und 4 201 betroffenen Arbeitnehmern sowie das Verarbeitende Gewerbe mit 108 Insolvenzen und 1 054 betroffenen Arbeitnehmern.

Im Dienstleistungsbereich gingen insgesamt 599 Unternehmen in den Konkurs. Hier konzentrieren sich die Insolvenzen auf den Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern mit 192 betroffenen Unternehmen und 460 betroffenen Arbeitnehmern sowie auf den Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen mit 191 betroffenen Unternehmen und 576 betroffenen Arbeitnehmern.

Die **Insolvenzanfälligkeit** (Zahl der Insolvenzen bezogen auf 1 000 Unternehmen) ging auf 22 (2002: 23; 2001: 26) nur gering zurück und ist doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (13,5). Sie liegt bei den Unternehmen des produktiven Bereichs mit 34 genau doppelt so hoch wie im Dienstleistungsbereich mit 17. Weit überdurchschnittlich war auch 2003 die Insolvenzanfälligkeit im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 55 (Vorjahr: 39) und im Baugewerbe mit 45 (Vorjahr: 49).

Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen blieb hoch

Landwirtschaft

Produktionswert der flächenbezogenen tierischen Erzeugung unter der Hälfte des Bundesdurchschnitts

Die **landwirtschaftliche Gesamterzeugung** hatte nach den für das Jahr 2002 vorliegenden Ergebnissen einen **Produktionswert** zu Herstellungspreisen von 2,0 Milliarden EUR. Je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche lag er damit bei 1 489 EUR bzw. bei 61 Prozent des Bundesdurchschnitts.

In der pflanzlichen Erzeugung belief sich der Produktionswert je Hektar auf 929 EUR und betrug damit 77 Prozent des Bundesdurchschnitts. In der tierischen Erzeugung war er mit 547 EUR je Hektar, 48 Prozent des Bundesdurchschnitts, erheblich geringer.

Der Anteil der tierischen Erzeugung an der landwirtschaftlichen Gesamterzeugung betrug 2002 in Mecklenburg-Vorpommern knapp 37 Prozent, insgesamt in Deutschland 47 Prozent. Produktionsbeschränkungen durch die Milchquote und anhaltend niedrige Tierbestände, aber auch die Tierbestandsstruktur, sind dafür wesentliche Ursachen.

Veränderte Anbaustruktur bei Getreide

Der Anbauumfang von **Getreide** blieb 2003 mit 589 717 Hektar auf dem Niveau des Vorjahres und nahm gleichfalls rund 55 Prozent des Ackerlandes ein (Bundesdurchschnitt: 58 Prozent). Strukturveränderungen zwischen den einzelnen Getreidearten betrafen vor allem den abermals starken Rückgang der Roggenfläche (um fast 38 Prozent auf 54 251 Hektar, damit Halbierung des Anbaus innerhalb weniger Jahre) und die Ausdehnung der Wintergerstenfläche (+ 25 Prozent auf 124 154 Hektar). Der Weizenanbau erhöhte sich auf 338 603 Hektar bzw. 57 Prozent der Getreidefläche, das ist fast ein Drittel des gesamten Ackerlandes. Während bei Sommergerste der Anbau gegenüber 2002 (16 391 Hektar) sich weitgehend stabilisierte (2003: 16 748 Hektar), erfuhr er bei Hafer eine Ausdehnung um ein Zehntel auf nunmehr 13 175 Hektar. Der Anbau von Triticale war seit vier Jahren erstmals rückläufig - gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent - und nahm nur noch 37 068 Hektar ein.

Fruchtart	Anbau und Ernte wichtiger Feldfrüchte				
	Jahresdurchschnitt 1997 - 2002	2002	2003	Veränderung 2003 gegenüber	
				Jahresdurchschnitt 1997 - 2002	2002
Anbaufläche					
	ha		%		
Getreide ¹⁾	594 173	587 696	589 717	- 1	0
Kartoffeln	16 121	15 352	16 319	+ 1	+ 6
Zuckerrüben	30 309	27 822	26 962	- 11	- 3
Raps und Rübsen	200 697	237 071	227 319	+ 13	- 4
Silomais	72 130	62 958	66 497	- 8	+ 6
Ertrag					
	dt/ha		%		
Getreide ¹⁾	68,4	65,3	58,9	- 14	- 10
Kartoffeln	347,1	361,6	333,1	- 4	- 8
Zuckerrüben	473,4	487,9	512,2	+ 8	+ 5
Raps und Rübsen	36,9	31,9	33,3	- 10	+ 4
Silomais	385,0	379,1	315,2	- 18	- 17
Erntemenge					
	t		%		
Getreide ¹⁾	4 064 994	3 835 495	3 472 407	- 15	- 9
Kartoffeln	566 929	555 080	543 600	- 4	- 2
Zuckerrüben	1 460 422	1 357 429	1 380 991	- 5	+ 2
Raps und Rübsen	740 069	755 918	756 925	+ 2	0
Silomais	2 776 734	2 386 727	2 095 989	- 25	- 12

¹⁾ einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix

Außerordentlich trockene Aussaatbedingungen im Herbst waren die Ursache, dass die **Hektarerträge** des Wintergetreides unter denen des Vorjahres und zum zweiten Mal in Folge unter dem mehrjährigen Durchschnitt blieben. Lediglich bei Sommergetreide gab es gegenüber 2002 eine Ertragssteigerung. Im Mittel aller Getreidearten wurden 58,9 Dezitonnen pro Hektar geerntet, 10 Prozent weniger als im vergangenen Jahr und 14 Prozent weniger als im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2002. Bei Winterweizen ging der Hektarertrag auf 63,8 Dezitonnen zurück (2002: 71,5 Dezitonnen).

Die gegenüber den Vorjahren wesentlich geringeren Ertragsleistungen bei Getreide führten dazu, dass die Gesamterntemenge erstmals seit 1997 auf knapp unter 3,5 Millionen Tonnen fiel (Vorjahr: 3,8 Millionen Tonnen). Da von den für die Getreideproduktion ungünstigen Witterungsbedingungen fast alle Bundesländer betroffen waren, konnte Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich der Getreideerzeugung dennoch den 4. Platz nach Niedersachsen (6,8 Millionen Tonnen), Bayern (6,4 Millionen Tonnen) und Nordrhein-Westfalen (4,8 Millionen Tonnen) behaupten.

Der Anbau von **Ölfrüchten** war gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent leicht rückläufig; trotzdem nahmen sie mit 228 566 Hektar wieder mehr als ein Fünftel des Ackerlandes ein. Die witterungsbedingte Einschränkung der Winterrapsfläche um 6 Prozent auf 218 574 Hektar konnte durch Sommerraps nicht ausgeglichen werden, sodass die gesamte Rapsfläche mit 227 319 Hektar kleiner war als 2002 (237 071 Hektar).

Der Ertrag von Raps und Rüben erhöhte sich zwar gegenüber 2002 um 4 Prozent auf 33,3 Dezitonnen pro Hektar, verfehlte aber den mehrjährigen Durchschnitt (1997 bis 2002: 37,7 Dezitonnen pro Hektar) um 10 Prozent. Aus Anbau und Flächenleistung ergab sich eine Erntemenge von 760 000 Tonnen, die der des Vorjahres entspricht. Somit kam auch 2003 ein Fünftel der Raps- und Rübenproduktion Deutschlands aus Mecklenburg-Vorpommern.

Der Anbau von **Hülsenfrüchten** blieb mit zusammen 18 844 Hektar gegenüber dem Vorjahr auf dem gleichen Niveau. Der Rückgang bei Futtererbsen wurde besonders durch Lupinen ausgeglichen.

Die Anbaufläche von **Kartoffeln** vergrößerte sich gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent auf 16 319 Hektar, blieb aber nur unwesentlich über dem mehrjährigen Durchschnitt (16 121 Hektar). Dabei handelt es sich fast ausschließlich um mittelfrühe und späte Kartoffeln einschließlich Industriekartoffeln. Der Anbau früher Speisekartoffeln wurde in den letzten Jahren nahezu bedeutungslos.

Das Ertragsniveau hat sich seit Jahren auf deutlich über 300 Dezitonnen pro Hektar stabilisiert. Auch im Trockenjahr 2003 konnten 333,1 Dezitonnen geerntet werden, nur 8 Prozent weniger als 2002. Je nach Region und Wasserversorgung schwankten die Erträge jedoch zwischen unter 200 und deutlich über 400 Dezitonnen pro Hektar. Der hohe Anteil des Pflanzkartoffelanbaus (auf fast einem Viertel der Kartoffelfläche) in Mecklenburg-Vorpommern ist die Ursache dafür, dass wegen der frühzeitigen Krautbeseitigung das Wachstum unterbrochen und somit das nutzbare Ertragspotenzial nicht voll ausgeschöpft wird.

Die Erntemenge lag mit 543 600 Tonnen um 2 Prozent unter der des Vorjahres und um 4 Prozent unter dem mehrjährigen Durchschnitt.

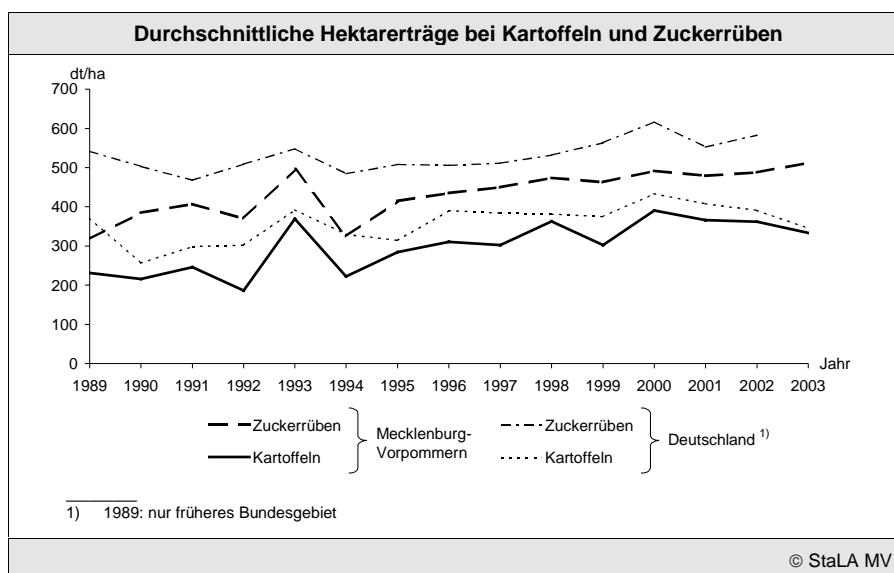
Die **Zuckerrüben**fläche hat sich wie in den letzten Jahren weiter geringfügig auf nunmehr 26 962 Hektar verringert. Die im mehrjährigen Durchschnitt guten und stabilen Ertragsleistungen veranlassten die Landwirte, mit höheren Erträgen zu planen und dadurch mit weniger Anbaufläche das persönliche Lieferrecht zu erfüllen. Die Hektarleistung von 512,2 Dezitonnen war die bisher höchste in Mecklenburg-Vorpommern. Damit konnten erstmals die Ertragsdifferenzen zu den west- und süddeutschen Anbaugebieten verringert werden. Zudem begünstigte die überdurchschnittliche Sonneneinstrahlung die Zuckerbildung. Trotz Rückgangs der Anbaufläche übertraf die Erntemenge von 1,38 Millionen Tonnen das Ergebnis der beiden Vorjahre.

Ertrag von Wintergetreide wiederholt unterdurchschnittlich

20 Prozent der Raps- und Rübenproduktion Deutschlands aus Mecklenburg-Vorpommern

Stabiles Ertragsniveau bei Kartoffeln

Zuckerrüben mit bisher höchster Hektarleistung



Keine Einschränkung der Futterflächen, ...

... aber trockenheitsbedingte Ertragseinbußen

Konzentration auf wenige Gemüsearten

Der **Ackerfutterbau** erfuhr erstmals seit Jahren flächenmäßig keine Einschränkung. Er erstreckte sich auf zusammen 87 197 Hektar, 5 Prozent mehr als im Jahr 2002. Vor allem bei Silomais, der von 66 497 Hektar geerntet wurde, setzte sich der seit 1997 zu beobachtende Flächenrückgang nicht fort. Sein Anteil an der Ackerfutterfläche liegt nunmehr bei 76,3 Prozent. Hintergrund der offensichtlich beginnenden Stabilisierung des Maisanbaus ist die Option, bei günstigem Witterungs- und Wachstumsverlauf Silomais als Körnermais zu ernten.

Der Hektarertrag bei Silomais lag trockenheitsbedingt mit 315,2 Dezitonnen erheblich unter dem mehrjährigen Durchschnitt.

Bei den anderen Feldfutterpflanzen führten der schon seit längerem zu beobachtende Rückgang im Anbau und Trockenperioden im Jahr 2003 mit erheblichen Ertragsverlusten - in weiten Landesteilen konnte der zweite Schnitt einiger Futterpflanzen nicht erfolgen - dazu, dass die Erntemenge bei Feldgras, Klee und Luzerne mit zusammen knapp 100 000 Tonnen (in Heuwert berechnet) nur der Hälfte des mehrjährigen Durchschnitts entsprach.

Die Erträge auf dem **Grünland** (Dauerwiesen: 56,1 Dezitonnen pro Hektar; Mähweiden: 58,2 Dezitonnen pro Hektar) lagen - ebenfalls vorwiegend witterungsbedingt - deutlich unter dem Niveau der Vorjahre (63,8 bzw. 69,4 Dezitonnen pro Hektar). Ein wesentlicher Grund für das im Vergleich zum Grasanbau auf dem Ackerland insgesamt niedrigere Ertragsniveau (1997 bis 2002: im Mittel 79,7 Dezitonnen pro Hektar) ist die geringere Bewirtschaftungsintensität, deren Ursache wiederum im landesdurchschnittlich sehr niedrigen Viehbesatz zu suchen ist (siehe unten).

Die **stillgelegte Ackerfläche** - ohne Anbau nachwachsender Rohstoffe - vergrößerte sich gegenüber dem Vorjahr von 96 865 auf nunmehr 99 854 Hektar (9,3 Prozent der Ackerfläche). In Deutschland belief sich der Anteil der Brache am Ackerland auf 7,8 Prozent (2002: 7,1 Prozent).

Freilandgemüse wurde im Jahr 2003 auf 1 894 Hektar angebaut (Anteil am Ackerland: 0,2 Prozent; Schleswig-Holstein: 1,0 Prozent; Niedersachsen: 0,9 Prozent), erheblich weniger als im Vorjahr (2 207 Hektar). Allein 80 Prozent dieser Fläche teilten sich nur vier Gemüsearten: Brokkoli (461 Hektar), Eissalat (400 Hektar), Spargel (300 Hektar, von denen wiederum 82 Prozent im Ertrag standen) und Little Gem, ein sehr kompakter Kopfsalat. Dieser wurde auf einer Fläche von 350 Hektar angebaut, im Vorjahr waren es 200 Hektar.

Mit dieser Konzentration erzeugte Mecklenburg-Vorpommern 21 Prozent des Brokkolis und 9 Prozent des Eissalates in Deutschland.

Regional hatte - wie in den Vorjahren - der Landkreis Ludwigslust mit 78 Prozent (1 485 Hektar) den höchsten Anteil am Anbau von Freilandgemüse.

Insgesamt wurden 2003 auf dem Freiland 35 232 Tonnen Gemüse erzeugt. Daran hatte erstmals nicht das Kohlgemüse aufgrund der bisher für das Land typischen Anbaustruktur den größten Anteil, sondern das Blatt- und Stielgemüse mit 56 Prozent.

In Fläche und Anbaustruktur weitgehend unverändert blieb auch 2003 der **Gemüseanbau in Unterglasanlagen**. Er erfolgte auf 15 Hektar, von denen zu 77 Prozent Tomaten die bestimmende Gemüsekultur waren. Auf der restlichen Fläche standen Gurken (10 Prozent), Blumenkohl, Kohlrabi, Feld- und Kopfsalat. Zwei Drittel des Gemüseanbaus unter Glas entfielen auf den Landkreis Nordvorpommern.

Im **Marktobstbau** wurden 2003 insgesamt 28 982 Tonnen, davon 26 257 Tonnen Baumobst und 2 725 Tonnen Beerenobst geerntet. In Schleswig-Holstein erbrachte der Marktobstbau eine Gesamterntemenge von 20 310 Tonnen, in Niedersachsen von 200 355 Tonnen. Hierzulande hatten Äpfel mit 24 955 Tonnen (95 Prozent des Baumobstes) und Erdbeeren mit 2 651 Tonnen (97 Prozent des Beerenobstes) den weitaus größten Anteil. Ferner wurden 136 Tonnen Birnen, 167 Tonnen Süßkirschen, 411 Tonnen Sauerkirschen und 589 Tonnen Pflaumen geerntet. Ertrag und Erntemenge bei Baumobst lagen - außer bei Birnen - beträchtlich sowohl über dem Ergebnis des Vorjahres (+ 28 Prozent) als auch über dem mehrjährigen Durchschnitt (+ 26 Prozent).

Im Jahr 2003 wurden 17 Prozent der Äpfel als Essobst abgesetzt; in den Jahren 1996 bis 2002 lag der durchschnittliche Anteil bei 25 Prozent. Bei Birnen und Pflaumen kamen jeweils 44 Prozent, bei Sauerkirschen 9 Prozent und bei Süßkirschen 79 Prozent als Frischobst auf den Markt. Der andere Teil der Gesamternte wurde der Verarbeitung, so für die Saft- und Mostherstellung, zugeführt.

Der Anbau von **Erdbeeren** dehnte sich weiter aus und erstreckte sich im Jahr 2003 auf insgesamt 393 Hektar, konzentriert vor allem auf die Hansestadt Rostock und die Landkreise Ostvorpommern, Bad Doberan, Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Güstrow. Beeinflusst von Winterfrostschäden, lag der Durchschnittsertrag mit 67,4 Dezitonnen pro Hektar erheblich unter dem Vorjahresergebnis von 94,1 Dezitonnen pro Hektar und um fast ein Viertel unter dem mehrjährigen Mittel. Somit wurde trotz einer Erweiterung der Erntefläche um 11 Prozent mit 2 651 Tonnen die Erntemenge des Vorjahres (3 322 Tonnen) bei weitem nicht erreicht.

Bei den **Viehbeständen** setzte sich im Wesentlichen die Entwicklung fort, die sich schon im Vorjahr abzuzeichnen begann. So war der Rinderbestand erneut leicht rückläufig (- 2 Prozent) und erreichte im Mai 2003 mit 565 000 Tieren einen neuen Tiefpunkt.

Immer mehr Äpfel für die Verarbeitung

Erdbeeren auf fast 400 Hektar ausgedehnt

Rinderbesatz fiel auf unter 42 Tiere je 100 Hektar LF gegenüber 80 in Deutschland

Tierart	Viehbestände ¹⁾				
	1989	1999	2001	2002	2003
	Stück				
Rinder	1 277 633	611 055	591 948	577 900	565 079
darunter					
Milchkühe	430 754	203 291	190 103	183 900	182 210
Ammen- und Mutterkühe	4 642	73 209	75 747	71 800	67 639
Schweine	2 748 596	648 048	632 626	645 100	688 122
darunter					
Zuchtsauen	304 800	82 832	74 237	74 300	78 598
Schafe	382 614	93 670	111 988	112 600	109 241
Pferde	21 863	12 662	12 549	.	12 480
Hühner	8 011 812	7 013 175	6 983 476	.	7 567 762
darunter					
Legehennen	4 297 231	1 299 824	1 456 566	.	1 589 291
Masthühner	.	5 107 103	4 849 537	.	5 040 639
Gänse	183 068	7 397	5 473	.	7 888
Enten	514 568	28 151	33 348	.	112 741
Truthühner	64 444	306 055	372 101	.	546 961

1) Stichtag 1989: 3. Dezember, ab 1999: 3. Mai.
Angaben ab 1999 sind insbesondere wegen angehobener unterer Erfassungsgrenzen nur eingeschränkt mit Ergebnissen aus den Vorjahren vergleichbar, das betrifft vor allem Pferde und Geflügel

Der Abbau des Milchkuhbestandes auf nunmehr 182 210 Tiere verlangsamte sich jedoch (- 1 Prozent zum Vorjahr). Im gleichen Maße wie bereits 2002 verringerte sich der Bestand an Ammen- und Mutterkühen um fast 6 Prozent auf 67 639 Tiere. Betriebswirtschaftliche Überlegungen und agrarpolitische Maßnahmen sind dafür die Gründe.

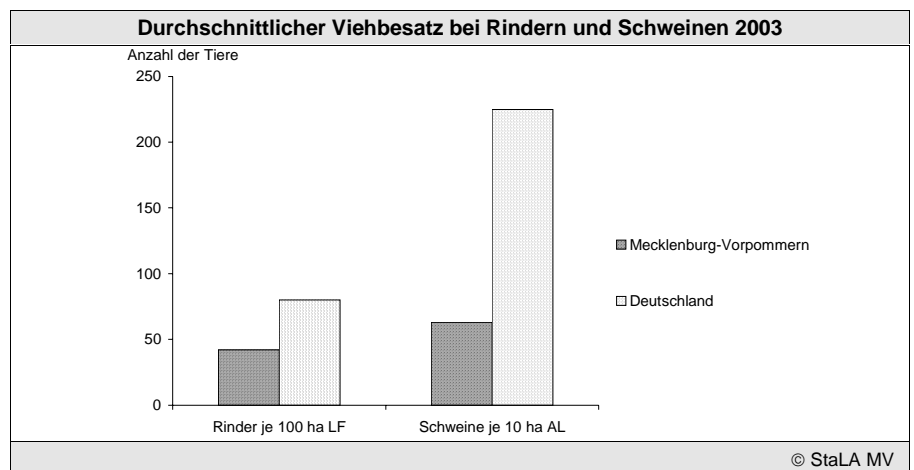
Der abermalige Rückgang des Rinderbestandes führte dazu, dass im Durchschnitt des Landes der Viehbesatz erstmals auf unter 42 Rinder je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) fiel (Deutschland: 80 Rinder).

Milchleistung je Kuh und Jahr um 20 Prozent über Westniveau

Die durchschnittliche **Milchleistung** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent auf das bisher noch nie erreichte Ergebnis von 7 505 Kilogramm je Kuh und Jahr. Da die Anzahl der Milchkühe im Jahresdurchschnitt um 2,5 Prozent abnahm, stieg somit die Milcherzeugung auf 1,360 Millionen Tonnen (2002: 1,327 Millionen Tonnen). Das Milchleistungsniveau der neuen Länder und auch Mecklenburg-Vorpommerns liegt um 20 Prozent über dem des früheren Bundesgebietes.

Schweinebestand um 7 Prozent vergrößert, aber Besatz um 70 Prozent unter Bundesdurchschnitt

Der **Schweinebestand** im Land vergrößerte sich 2003 spürbar um fast 7 Prozent auf 688 000 Tiere, nachdem schon im Vorjahr ein Anstieg um 2 Prozent zu verzeichnen war. Während der Bestand an Ferkeln (+ 10 Prozent auf 171 756 Tiere), Jungschweinen (+ 13 Prozent auf 190 152 Tiere) und Zuchtsauen (+ 6 Prozent auf 78 598 Tiere) teils überdurchschnittlich zugenommen hat, blieb der Bestand an Mastschweinen (246 958 Tiere) gegenüber 2002 stabil. Weil der Besatz mit 63 Schweinen je 100 Hektar Ackerland (AL) nach wie vor weit unter dem Bundesdurchschnitt (225) liegt, fördert die Landesregierung die Schweinehaltung.



Erstmals seit Jahren ist 2003 der **Schafbestand** wieder gesunken (um 3 Prozent auf 109 241 Tiere), bei den für die Reproduktion wichtigen weiblichen Schafen zur Zucht war jedoch sogar eine Bestandserhöhung zu verzeichnen.

Die **Pferdehaltung** in den landwirtschaftlichen Betrieben ist mit insgesamt 12 480 Tieren seit Jahren vom Umfang her nahezu unverändert geblieben. (Gewerbliche oder Hobbyferdehaltung außerhalb der Landwirtschaft wird von der amtlichen Agrarstatistik seit 1999 nicht mehr erfasst.)

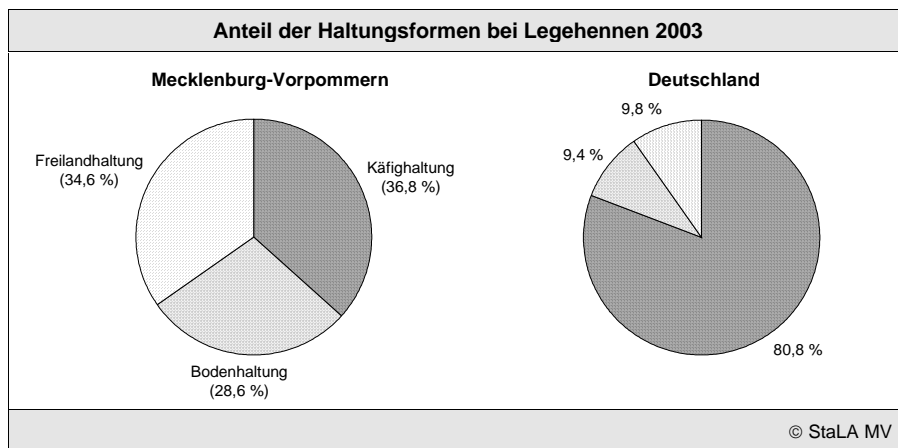
Haltung von Enten und Truthühnern beträchtlich ausgedehnt

In der **Geflügelhaltung** hat sich die Anzahl der Unternehmen (mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen) von 32 auf 29 im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Die Anzahl der Legehennen blieb bei jeweils 1,5 Millionen Tieren. Der Hühnerbestand insgesamt - Legehennen und Masthühner - wuchs gegenüber 2001 um mehr als 8 Prozent auf 7,6 Millionen Tiere. Die Haltung von Enten erfuhr in den vergangenen zwei Jahren eine beträchtliche Ausweitung; der Bestand erhöhte sich um mehr als das Dreifache auf nunmehr 112 700 Tiere. Die Gänsehaltung in den landwirtschaftli-

chen Betrieben hat mit einem Bestand von 7 900 Tieren eine im Vergleich dazu wesentlich geringere Bedeutung. Bei der Haltung von Truthühnern vergrößerte sich der Bestand seit 2001 um nahezu die Hälfte auf 547 000 Tiere.

Im Jahr 2003 wurden in den 29 Betrieben (mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen) 437,7 Millionen **Hühnereier** produziert, über 3 Prozent mehr als im Vorjahr. Jede Henne legte somit durchschnittlich 23,9 Eier pro Monat. Die Auslastung der Haltungskapazität lag bei 80 Prozent. Der Anteil der Freilandhaltung an den rund 1,9 Millionen Hennenhaltungsplätzen stieg in den vergangenen Jahren und lag 2003 bei 34,6 Prozent (2001: 28 Prozent); 28,6 Prozent entfielen auf die Bodenhaltung (2001: 26 Prozent). Somit war der Anteil der Käfighaltung mit nunmehr 36,8 Prozent weiter rückläufig. Für Deutschland insgesamt betrug er jedoch immer noch 80,8 Prozent.

Freilandhaltung bei Legehennen nimmt zu



Im Jahr 2003 wurden rund 139 500 **Rinder gewerblich geschlachtet**, 6 Prozent weniger als im Vorjahr und 12 Prozent weniger als 2001. Fast die Hälfte der Schlachtungen (67 200) entfiel auf Schlacht- und Mastkühe, mehr als ein Drittel (49 300) auf Bullen, gut ein Zehntel (15 700) auf Färsen und 5 Prozent (7 250) auf Ochsen. Die rückläufige Entwicklung wurde am stärksten durch die Kuhschlachtungen (- 10 Prozent zu 2002) beeinflusst, während die Zahl der Bullenschlachtungen auf dem Niveau des Vorjahres blieb. Hausschlachtungen bei Rindern hatten trotz einer leichten Erhöhung auf 1 620 Tiere auch 2003 nur eine geringe Bedeutung (1,1 Prozent aller Rinderschlachtungen).

Rinder- und Schweineschlachtungen abermals rückläufig

Die Zahl der **gewerblichen Schweineschlachtungen** im Jahr 2003 - 3 Prozent weniger als 2002 und 10 Prozent weniger als 2001 - war mit 603 900 (Schlachtmenge: 54 360 Tonnen) die niedrigste seit 1998. Hingegen stieg die Zahl der Hausschlachtungen bei Schweinen seit vier Jahren auf nunmehr 14 000 (2,3 Prozent aller Schweineschlachtungen). Berechnungen zufolge werden jährlich Schweine mit einer Schlachtmenge von zirka 34 000 Tonnen zur Schlachtung in anderen Bundesländern ausgeführt, das ist mehr als ein Drittel des gesamten Schlachtschweinaufkommens (berechnet: 88 000 Tonnen).

Tierart	Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen					Veränderung 2003/02
	1990	2000	2001	2002	2003	
	t					%
Rinder (ohne Kälber)	70 278	36 421	46 664	42 169	40 311	- 4,4
Kälber	506	64	94	53	84	+ 58,5
Schweine	213 006	55 035	59 821	56 559	54 360	- 3,9
Schafe	1 995	66	94	116	131	+ 12,9
Geflügel	16 175 ¹⁾	71 186	90 329	90 879	93 282	+ 2,6

1) 1991

Bei den **gewerblich geschlachteten Schafen** hat sich die Anzahl der Schlachtungen gegenüber dem Vorjahr zwar um 14 Prozent auf 7 500 Tiere erhöht; gemessen am Schafbestand jedoch werden nach wie vor über 90 Prozent der Schlachttiere lebend vermarktet und somit außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns geschlachtet.

Aus gewerblichen und Hausschlachtungen (außer Geflügel) zusammen ergab sich im Jahr 2003 eine Gesamtschlachtmenge von 96 700 Tonnen, 4 Prozent weniger als im Vorjahr. Daran hat Schweinefleisch einen Anteil von 55 600 Tonnen, Rindfleisch von 40 800 Tonnen, Schaffleisch von nur 160 Tonnen.

**Gesamtfleischmenge
fast zur Hälfte
Geflügelfleisch**

Bei **Geflügelfleisch** stieg die Schlachtmenge gegenüber 2002 um fast 3 Prozent auf 93 300 Tonnen. An dieser Menge sind Truthühner mit 42 600 Tonnen (+ 4,1 Prozent) und Jungmasthühner mit 50 600 Tonnen (+ 1,5 Prozent) beteiligt.

Die Gesamtschlachtmenge des Jahres 2003 von 190 000 Tonnen setzte sich somit zusammen aus 49,1 Prozent Geflügelfleisch, 29,3 Prozent Schweinefleisch und 21,5 Prozent Rindfleisch. Kalbfleisch, Schaf- und Ziegenfleisch sowie Pferdefleisch haben zusammen einen Anteil von 0,1 Prozent.

**Über 11 Prozent der
Landwirtschaftsbetriebe
wirtschaften ökologisch**

Im Mai 2003 betrieben 600 der über 5 000 landwirtschaftlichen Betriebe **ökologischen Landbau**, 75 Betriebe mehr als 2001. Diese Betriebe unterliegen dem Kontrollverfahren nach der gleichnamigen EWG-Verordnung Nr. 2092/91. Sie bewirtschafteten zusammen eine Fläche von 109 215 Hektar (1999: 94 600 Hektar), 8 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Schwerpunkt der ökologischen Bewirtschaftung ist die Viehhaltung in 514 Betrieben, in der Ammen- und Mutterkuhhaltung hat sie z. B. einen Anteil von 25 Prozent.

**46 Prozent der Fläche
werden von Betrieben
mit über 1 000 Hektar
bewirtschaftet**

Im Mai 2003 gab es in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt **5 229 landwirtschaftliche Betriebe** (2001: 5 226) mit zusammen 1,35 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. 46 Prozent davon wurden von nur 7 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe mit jeweils über 1 000 Hektar Betriebsgröße bewirtschaftet.

Von den 5 229 Landwirtschaftsbetrieben der verschiedensten Rechtsformen waren 3 766 Einzelunternehmen, die über einen Anteil von 28 Prozent an der landwirtschaftlich genutzten Fläche verfügen. 661 Betriebe in der Hand von juristischen Personen bewirtschafteten 43 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

**Auch Einzelunter-
nehmen im Haupt-
erwerb mit hoher
Flächenausstattung**

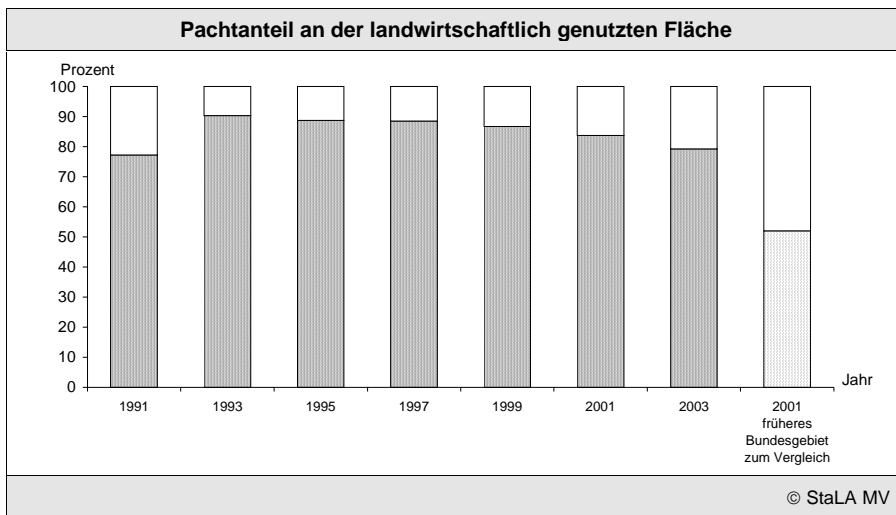
1 460 Einzelunternehmen wirtschafteten im Jahr 2003 im **Haupterwerb** (1991: 480) und 2 306 im **Nebenerwerb** (1991: 1 794). Somit lag der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe bei 61 Prozent (Deutschland 2001: 58 Prozent). Die durchschnittliche Flächenausstattung der Haupterwerbsbetriebe betrug 218 Hektar, die der Nebenerwerbsbetriebe 26 Hektar (Deutschland 2001 zum Vergleich: 50 bzw. 13 Hektar).

**Geringe Viehhaltung
hält Arbeitskräfte-
besatz niedrig**

Die **Beschäftigungslage** in den Landwirtschaftsbetrieben stabilisierte sich seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf niedrigem Niveau. Im Jahr 2003 gab es 22 777 Beschäftigte (1997: 24 015; aber 1991: 71 400 Beschäftigte). Neben den ständig beschäftigten Arbeitskräften waren 6 729 Personen als nichtständige familienfremde Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Der Arbeitskräftebesatz (Arbeitskräfte je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche) lag bei 1,4 Arbeitskräfteeinheiten und war damit wesentlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (2001: 4,0), zurückzuführen vor allem auf die erheblich geringere Viehhaltung.

**Hoher Pachtland-
anteil kontinuierlich
rückläufig**

Die **Besitzverhältnisse am Boden** in der Landwirtschaft veränderten sich weiter zu Gunsten des Eigenlandes. Langsam aber stetig geht der Anteil der von den Betrieben gepachteten Flächen zurück. 2003 waren 79,2 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen gepachtet, 1995 lag dieser Anteil noch bei 88,7 Prozent, 2001 bei 83,7 Prozent (Deutschland 2001: 65 Prozent). 288 780 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche waren 2003 Eigenland.



Die **Pachtpreise** beliefen sich auf durchschnittlich 113 EUR pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche; damit verdoppelten sie sich seit 1991 nahezu. Für das gesamte Bundesgebiet ergab sich für 2001 ein mittlerer Pachtpreis von 164 EUR pro Hektar.

Die Zahl der Verkaufsfälle von landwirtschaftlichen Grundstücken ohne Gebäude und ohne Inventar war im Jahr 2002 im Vergleich zu den Vorjahren weiter rückläufig. Waren es landesweit im Jahr 2000 noch 3 276 und 2001 2 921 Veräußerungsfälle, so wurden 2002 zusammen 2 388 Fälle registriert. Etwa die Hälfte der Veräußerungsfälle ging von natürlichen Personen an natürliche Personen.

20 436 Hektar Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung wechselten 2002 ihren Eigentümer, 22 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Verkauf erbrachte einen **durchschnittlichen Kaufwert** von 4 264 EUR je Hektar (2000: 3 621 EUR). Die erheblichen Preisunterschiede zwischen alten und neuen Ländern verringerten sich in den vergangenen Jahren nur geringfügig: Im Jahr 2000 lag der durchschnittliche Kaufwert in Ostdeutschland bei 21,6 Prozent des Wertes im früheren Bundesgebiet, im Jahr 2002 bei 23,2 Prozent. Ebenfalls nach wie vor beträchtlich sind die Flächenunterschiede. So wurden auch 2002 die größten zusammenhängenden Flächen mit durchschnittlich 8,6 Hektar je Veräußerungsfall in Mecklenburg-Vorpommern verkauft (neue Länder: 5,1 Hektar); im Mittel des früheren Bundesgebietes waren es nur 1,6 Hektar.

Starkes Ost-West-Gefälle beim Verkauf landwirtschaftlicher Grundstücke nur wenig abgeschwächt

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau *)

**Gespaltene
Umsatzentwicklung:
Inland: - 4,8 Prozent;
Ausland: + 41,6 Prozent**

Im Jahr 2003 wurde im Verarbeitenden Gewerbe ein Umsatz von 8,5 Milliarden EUR erzielt. Damit konnte im Gegensatz zum Vorjahr (- 1,8 Prozent) wieder ein Zuwachs um 3,5 Prozent erreicht werden (Deutschland: + 0,6 Prozent), was auf dem stark gestiegenen Auslandsumsatz beruht. Im Auslandsgeschäft wurde 2003 ein Umsatz in Höhe von 2,1 Milliarden EUR erzielt, 41,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Inlandsumsatz, der drei Viertel des Gesamtumsatzes beträgt, verringerte sich um 4,8 Prozent auf 6,4 Milliarden EUR. Bei einem Anstieg der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 2,3 Prozent war das reale Wachstum jedoch gering.

Umsatzveränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent										
1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
+ 17,6	+ 19,6	+ 8,8	+ 5,7	+ 5,7	+ 0,4	+ 3,5	+ 17,0	+ 8,4	- 1,8	+ 3,5

**Umsatzentwicklung
durch Auslieferungs-
spitzen des Schiffbaus
beeinflusst**

Beträchtliche Umsatzsteigerungen verzeichnete 2003 der Schiffbau ¹⁾, für den diskontinuierliche Auslieferungen charakteristisch sind (+ 31,9 Prozent), und der damit die rückläufige Entwicklung der Vorjahre überwinden konnte (2002/01: - 8,3 Prozent; 2001/00: - 3,2 Prozent; 2000/1999: 81,9 Prozent). Mit 1,2 Milliarden EUR Gesamtumsatz erreichte der Schiffbau den bisher höchsten Umsatz seit 1991 (1994: 1,1 Milliarden EUR; 2000: 1,0 Milliarden EUR). Der Schiffbau realisierte damit 13,9 Prozent des Gesamtumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes (Vorjahr: 10,9 Prozent). Die Produktion der Schiffswerften ist wegen erhaltener EU-Beihilfen durch Quoten begrenzt. Aber auch die Wirtschaftsabteilungen Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren (+ 17,1 Prozent), Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+ 10,9 Prozent), Maschinenbau (+ 8,7 Prozent) und das Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln; + 7,1 Prozent) konnten ihr Umsatzvolumen gegenüber dem Vorjahr spürbar erhöhen. Damit setzten sie 2003 die seit den Vorjahren

**Differenzierte
Umsatzentwicklung in
den Industriebereichen**

Wirtschaftszweig ¹⁾ Unterabschnitt/Abteilung (H. v. = Herstellung von)	Gesamtumsatz 2003		Veränderung			
	Mill. EUR	= 100	2003/02	2002/01	2001/00	
			%			
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	65	0,8	+ 20,5	- 4,4	+ 8,0	
Verarbeitendes Gewerbe	8 421	99,2	+ 3,4	- 1,8	+ 8,4	
darunter						
Ernährungsgewerbe/Tabakverarbeitung	3 035	35,8	0	- 1,1	+ 12,3	
Fahrzeugbau	1 558	18,4	+ 27,2	- 5,9	+ 13,9	
dar.: Schiff- und Bootsbau	1 180	13,9	+ 31,9	- 8,3	- 3,2	
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik usw.						
dar.: H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	653	7,7	- 7,8	- 10,8	+ 5,3	
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	432	5,1	- 10,8	- 6,4	+ 7,6	
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	638	7,5	+ 7,1	+ 10,6	+ 23,5	
dar.: Stahl- und Leichtmetallbau	500	5,9	- 9,1	+ 1,1	+ 1,5	
H. v. chemischen Erzeugnissen	303	3,6	- 17,8	- 11,6	+ 3,3	
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	459	5,4	+ 10,9	+ 3,4	+ 7,8	
Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	434	5,1	+ 5,2	+ 3,0	+ 2,5	
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	358	4,2	- 6,1	- 10,4	+ 3,5	
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	209	2,5	- 14,2	- 6,5	- 0,4	
dar.: H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	235	2,8	- 9,7	+ 6,9	- 1,5	
Recycling	152	1,8	- 16,0	+ 1,5	+ 2,0	
Maschinenbau	83	1,0	+ 4,5	+ 23,7	- 11,2	
	317	3,7	+ 8,7	+ 9,2	- 18,4	
Insgesamt	8 486	100	+ 3,5	- 1,8	+ 8,4	

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

*) und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Veränderungen 2002 zu 2001 ohne Neuzugänge aus administrativen Dateien

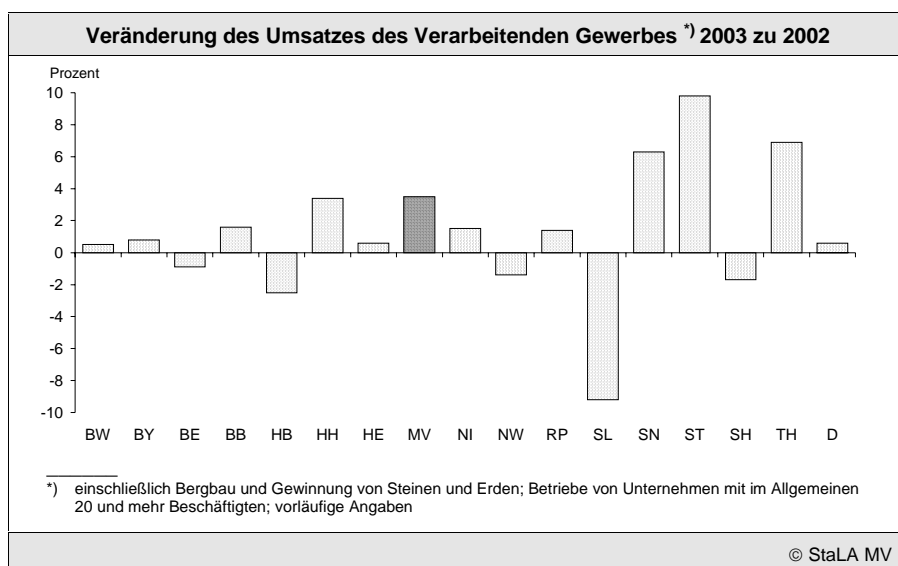
1) hier und im Weiteren immer einschließlich Bootsbau

anhaltende positive Umsatzentwicklung fort. Der im Ernährungsgewerbe erwirtschaftete Umsatz entsprach mit 3,0 Milliarden EUR dem Vorjahresniveau und damit mehr als einem Drittel des gesamten Umsatzes des Verarbeitenden Gewerbes.

Rückläufige Umsatzentwicklungen waren u. a. in den Wirtschaftsbereichen Stahl- und Leichtmetallbau (- 17,8 Prozent), Herstellung von Möbeln, Schmuck, Spielwaren usw. (- 16,0 Prozent), Glasgewerbe, Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (- 14,2 Prozent) und Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä. (- 10,8 Prozent) zu verzeichnen.

Die Wirtschaftsabteilungen, die 2003 kein Umsatzwachstum erzielten bzw. Umsatzrückgänge hinnehmen mussten, hatten einen Anteil von 56,7 Prozent am Gesamtumsatz.

Eine Umsatzsteigerung war 2003 nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in weiteren zehn Bundesländern zu verzeichnen. Dazu zählen nach vorläufigen Ergebnissen neben den neuen Bundesländern (zusammen: + 6,4 Prozent) die Freie und Hansestadt Hamburg (+ 3,4 Prozent) sowie die Bundesländer Niedersachsen (+ 1,5 Prozent) und Rheinland-Pfalz (+ 1,4 Prozent). Im Vorjahresvergleich wiesen demgegenüber das Saarland, Bremen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Berlin Umsatzrückgänge aus. In den alten Bundesländern betrug die Umsatzentwicklung im Vergleich zu 2002 + 0,1 Prozent.



Mecklenburg-Vorpommerns Industrie ist überwiegend kleinbetrieblich strukturiert. Das Land hat nicht nur den geringsten Industriebesatz in Deutschland, sondern auch die im Durchschnitt kleinsten Betriebe. Die durchschnittlichen **Betriebsgrößen** der anderen neuen Bundesländer unterscheiden sich jedoch nicht wesentlich davon.

Die zum Monatsberichtsreis gehörenden Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten hatten 2003 eine durchschnittliche Größe von 70,2 Personen je Betrieb, 1,0 Millionen EUR Monatsumsatz je Betrieb und 14 500 EUR Monatsumsatz je Beschäftigten. Im nordwestlichen Nachbarland Schleswig-Holstein beträgt die durchschnittliche Betriebsgröße 93 Personen, das ist der mit Abstand kleinste Wert der westlichen Bundesländer (1,6 Millionen EUR Monatsumsatz je Betrieb und 17 400 EUR Monatsumsatz je Beschäftigten). In Mecklenburg-Vorpommern waren im September 2003 mehr als zwei Drittel (70,0 Prozent) aller Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten tätig. Jeder Siebente arbeitete in einem Großbetrieb mit mehr als 500 Beschäftigten, von denen mehr als ein Fünftel (22,0 Prozent) des Umsatzes erwirtschaftet wurden (2002: 17,0 Prozent).

Mittelständische Betriebe dominieren

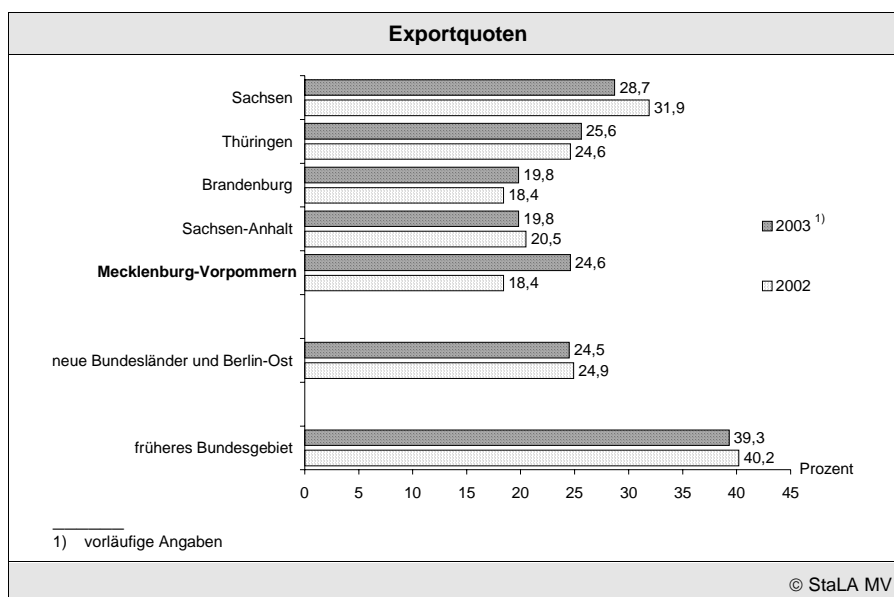
Merkmal	Betriebsgrößenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾				
	Betriebe mit ... Beschäftigten				
	unter 50	50 bis 99	100 bis 249	250 bis 499	500 und mehr
%					
September 2003					
Betriebe	63,4	19,4	13,1	2,9	1,3
Beschäftigte	23,0	19,5	27,2	14,9	15,4
Gesamtumsatz	15,1	17,0	27,2	18,8	22,0
September 2002					
Betriebe	63,1	19,7	11,4	4,7	1,1
Beschäftigte	22,8	20,6	22,4	20,2	14,1
Gesamtumsatz	13,7	17,5	17,9	33,9	17,0

1) einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

In Schleswig-Holstein ist der Beschäftigtenanteil der Großbetriebe (500 und mehr Beschäftigte; September 2002: 31,3 Prozent) doppelt so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Exportquote weit unterdurchschnittlich

Auch 2003 waren die Betriebe Mecklenburg-Vorpommerns überwiegend auf dem Binnenmarkt präsent (Umsatzanteil 2003: 75,4 Prozent). Während sich der **Inlandsumsatz** um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr verringerte, nahm der **Auslandsumsatz** aufgrund diskontinuierlicher Exportauslieferungen des Schiffbaus um 41,6 Prozent zum Vorjahr zu. Damit erreichte der Auslandsumsatz einen Anteil am Gesamtumsatz von 24,6 Prozent (2002: 18,0 Prozent). Trotz dieser hohen Steigerung liegt Mecklenburg-Vorpommerns Exportquote, wie die der anderen neuen Länder (24,5 Prozent), noch weit unter dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes (39,3 Prozent).



Schiffbau ist Hauptexporteur

Hauptexporteur des mecklenburg-vorpommerschen Verarbeitenden Gewerbes war 2003 der Schiffbau mit 874 Millionen EUR (2002: 379 Millionen EUR). Dieser Industriezweig konnte im Auslandsgeschäft (+ 130,4 Prozent) die Umsätze der Vorjahre weit überbieten (2002: 379 Millionen EUR; 2001: 670; 2000: 668). Sein Anteil am Auslandsumsatz des Landes erhöhte sich von 25,8 auf 41,9 Prozent 2003, bald die Hälfte des Auslandsumsatzes des Landes insgesamt.

Weitere wichtige Exporteure, die zum Teil das Niveau des Vorjahres erheblich steigern konnten, waren das Ernährungsgewerbe mit einer Exportquote von 8,1 Prozent (Steigerung Auslandsumsatz: + 11,7 Prozent) und die Hersteller von chemischen Erzeugnissen (39,3 Prozent; + 27,7 Prozent). Das Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) konnte das Auslandsgeschäft im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel (+ 35,6 Prozent; Ex-

portquote: 26,8 Prozent) steigern und realisierte damit 8,2 Prozent des gesamten Auslandsumsatzes des Landes. Hohe Zuwachsraten wurden ebenfalls im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (+ 31,9 Prozent) und im Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (+ 28,9 Prozent) erzielt.

Die Hälfte (56,8 Prozent) des 2003 getätigten Auslandsumsatzes, und zwar 1,2 Milliarden EUR, erfolgte mit den zur Eurozone gehörenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien). Auch hier dominierte der Schiffbau, der ein Drittel des Landesumsatzes mit der Eurozone realisierte, gefolgt vom Ernährungsgewerbe mit 12,6 Prozent, den Herstellern von chemischen Erzeugnissen mit 12,5 Prozent und dem Holzgewerbe mit 9 Prozent.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe haben sich 2003 gegenüber dem Vorjahr wertmäßig um 27,5 Prozent erhöht. Maßgeblichen Anteil daran haben die Auslandsaufträge, die gegenüber 2002 um ein Drittel (+ 36,0 Prozent) gestiegen sind. Wiesen die Inlandsaufträge im Vorjahr noch ein Minus von 6,7 Prozent aus, so haben sie sich 2003 gegenüber 2002 um 23,5 Prozent erhöht. Daran hat der Schiffbau den entscheidenden Anteil (Ausland: + 73,6 Prozent; Inland: + 402,4 Prozent). Im Inlandsgeschäft lagen damit die Auftragseingänge erheblich über dem Vorjahresniveau. Ohne den Schiffbau verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe 2003 im Inlandsgeschäft kein Auftragsplus (+ 0,1 Prozent), im Auslandsgeschäft aber eines von 15,8 Prozent.

Diese Entwicklung wurde maßgeblich von den Herstellern chemischer Erzeugnisse (+ 15,7 Prozent), dem Holzgewerbe (+ 8,5 Prozent) sowie dem Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (+ 7,6 Prozent) bestimmt. Eine Verschlechterung der Auftragslage ist, wie auch schon 2002, im Bereich Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (- 20,7 Prozent) sowie bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren zu verzeichnen.

Die **Produktion** der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes war (nach Eliminierung saisonbedingter Schwankungen) auch 2003 durch ein geringfügiges nominales Wachstum gekennzeichnet. Der Verkaufswert aller produzierten und zum Absatz bestimmten Erzeugnisse betrug im Jahr 2003 (zu effektiven Preisen) 7,5 Milliarden EUR (+ 0,9 Prozent), d. h. unter Berücksichtigung der Entwicklung der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte dürfte die Produktion leicht zurückgegangen sein.

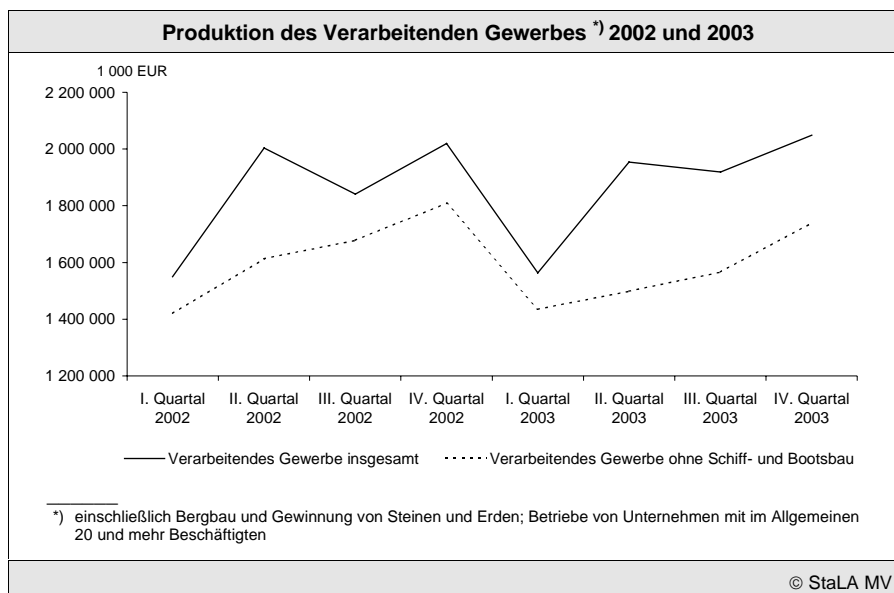
Analog zur Umsatzentwicklung in den Wirtschaftsabteilungen gab es auch zwischen Güterabteilungen erhebliche Unterschiede in der Produktionsentwicklung.

In der durch den Schiffbau dominierten Güterabteilung der sonstigen Fahrzeuge (+ 33,0 Prozent) erhöhte sich das Produktionsvolumen im Jahresvergleich beträchtlich, weniger stark bei Gummi- und Kunststoffwaren (+ 12,7 Prozent) und der Produktion von Maschinen (+ 12,5 Prozent). Erhebliche Produktionseinbußen waren demgegenüber bei Chemischen Erzeugnissen (- 36,6 Prozent) und bei der Produktion von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä. zu verzeichnen. Ein Drittel der gesamten Produktion entfiel auch 2003 auf die Güterabteilung Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke (+ 4,2 Prozent).

Produktionsschwankungen zwischen den Quartalen 2003 sind unter anderem Ausdruck von Saisoneinflüssen, die in den baunahen Bereichen und im Ernährungsgewerbe auftreten, insbesondere aber durch nicht kontinuierliche Objektfertigstellungen im Schiffbau verstärkt werden, wie nachfolgende Grafik zeigt. Über den Gesamtzeitraum gesehen entwickelten sich die meisten Branchen aber weniger diskontinuierlich als das durch den Schiffbau stark geprägte gesamte Verarbeitende Gewerbe.

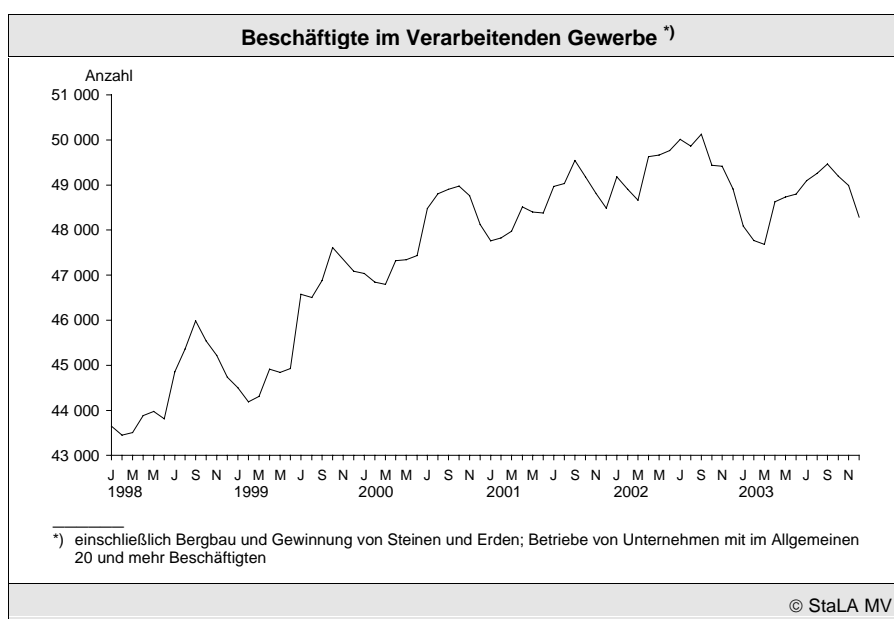
**Bedeutend mehr
Aufträge für Schiffbau**

**Produktion im Wert
von 7,5 Milliarden EUR**



Beschäftigungsrückgang um 1,6 Prozent

Der in den Jahren 2000/01 erfolgte **Beschäftigungszuwachs** im Verarbeitenden Gewerbe des Landes setzte sich 2002 und auch 2003 nicht fort. Im Durchschnitt des Jahres 2003 verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um 1,6 Prozent auf 48 665 Personen. Damit zeigte sich die Beschäftigungssituation im Verarbeitenden Gewerbe Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich zum Durchschnitt aller Bundesländer (+ 0,3 Prozent) als nicht stabil.



Hinter der insgesamt rückläufigen Entwicklung stehen differenzierte Ergebnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Positiv zeigte sich die Tendenz in einigen Bereichen, so im Schiffbau (+ 8,3 Prozent), im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (+ 7,7 Prozent), im Maschinenbau (+ 6,8 Prozent) und im Holzgewerbe (+ 6,2 Prozent). Günstig war die Beschäftigungslage 2003 auch bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren (+ 0,8 Prozent). Vom Arbeitsplatzabbau waren 2003 u. a. die Bereiche der Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen (- 7,9 Prozent) sowie das Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (- 7,2 Prozent) betroffen.

Im Ernährungsgewerbe, in dem fast 30 Prozent aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes ihren Arbeitsplatz haben, nahm deren Zahl weiter ab, und zwar um 3,7 Prozent. Jedoch ist in diesem Bereich die Entwicklung zwischen den einzelnen Zweigen gegenläufig. Weniger Arbeitskräfte wurden im Bereich Schlachten und Fleischverarbeitung (- 7,6 Prozent), im Sonstigen Ernährungsgewerbe (- 6,2 Prozent) und bei den Herstellern von Getränken (- 2,0 Prozent) gemeldet. Mehr Arbeitskräfte wurden im Jahresdurchschnitt 2003 in den Industriezweigen Milchverarbeitung, Herstellung von Speiseeis (+ 7,3 Prozent), Obst- und Gemüseverarbeitung (+ 6,0 Prozent) beschäftigt.

In den baunahen Branchen, wie der Gewinnung von Steinen und Erden (einschließlich Bergbau), wurde die Zahl der Beschäftigten weiter erhöht, und zwar um 13,5 Prozent gegenüber 2002.

Abteilung/Wirtschaftszweig ¹⁾ (H. v. = Herstellung von)	Beschäftigtenentwicklung ²⁾			
	Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		nachrichtlich: Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme
		2003	2002	2003/02
	%			
Insgesamt	100	- 1,6	- 0,8	- 0,0
davon				
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1,0	+ 13,5	+ 2,5	+ 13,8
Verarbeitendes Gewerbe	99,0	- 1,8	- 0,9	- 0,1
darunter				
Ernährungsgewerbe	29,2	- 3,7	- 0,8	+ 0,7
Textilgewerbe	0,4	+ 2,0	- 25,0	- 2,7
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	5,0	+ 6,2	- 7,8	+ 7,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	7,1	+ 7,7	- 0,7	+ 3,2
H. v. chemischen Erzeugnissen	2,1	+ 3,4	+ 5,3	+ 5,7
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2,7	+ 0,8	- 6,4	+ 2,9
Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	5,4	- 7,2	+ 1,0	- 7,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	10,8	- 7,9	- 5,1	- 5,7
Maschinenbau	6,7	+ 6,8	+ 3,8	+ 4,9
H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	5,4	- 1,3	+ 0,3	- 2,0
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik; Optik, H. v. Uhren	2,0	- 8,0	+ 8,1	- 8,8
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2,9	- 0,6	+ 11,8	+ 12,2
Schiff- und Bootsbau	12,2	+ 8,3	- 1,7	+ 9,2
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten u. Ä.	3,1	- 15,6	+ 2,5	- 16,3
Recycling	1,1	- 4,1	+ 5,7	+ 0,5

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)
2) im Jahresdurchschnitt

Differenzierte Beschäftigtenentwicklung in den Wirtschaftszweigen

Im Verarbeitenden Gewerbe wurden 2003 von den insgesamt 48 665 Beschäftigten 79,6 Millionen Arbeitsstunden geleistet (durchschnittlich 1 635 Stunden je Beschäftigten). Die Zahl der Angestellten verringerte sich um 5,2 Prozent, die Zahl der Arbeiter nahm nur um 0,1 Prozent ab. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme insgesamt stagnierte bei 1 175,4 Millionen EUR, indessen sich die Gehaltssumme um 2,2 Prozent verringerte und die Lohnsumme der Arbeiter sich um 1,4 Prozent erhöhte.

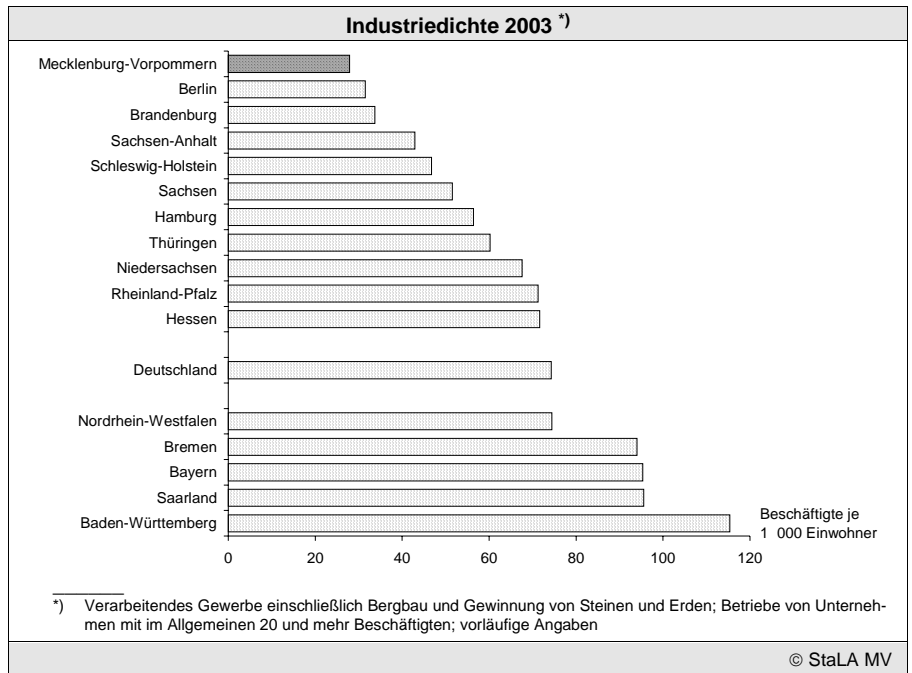
Anzahl der Arbeiter konstant, aber 5,2 Prozent weniger Angestellte

Ein Beschäftigungsrückgang war 2003, bis auf Thüringen (+ 3,2 Prozent) und Sachsen-Anhalt (+ 1,5 Prozent), auch in allen anderen Bundesländern nach vorläufigen Ergebnissen zu verzeichnen. Im Vergleich der neuen Bundesländer (+ 0,3 Prozent) entsprach die Situation in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Beschäftigtenrückgang von 1,6 Prozent etwa der in Brandenburg (- 1,9 Prozent). Im früheren Bundesgebiet (- 2,9 Prozent) waren die größten Arbeitsplatzverluste in Nordrhein-Westfalen (- 4,3 Prozent), Hessen (- 3,5 Prozent) und in Hamburg (- 3,4 Prozent) zu verzeichnen. In Berlin war der Arbeitsplatzrückgang (- 4,6 Prozent) am höchsten. Nach wie

**Weiterhin die mit
Abstand niedrigste
Industriedichte
aller Bundesländer**

vor ist der Anteil der im Verarbeitenden Gewerbe Mecklenburg-Vorpommerns Beschäftigten mit 0,8 Prozent am Gesamtbestand in Deutschland sehr gering (Bevölkerungsanteil: 2,1 Prozent).

Die **Industriedichte** in Mecklenburg-Vorpommern - gemessen an der Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (Monatsberichtsreis) je 1 000 Einwohner - war im Jahr 2003 mit 28,0 Personen (Vorjahr: 27,5 Personen) nach wie vor die mit Abstand geringste aller Bundesländer. Bereits das am wenigsten industrialisierte Bundesland des alten Bundesgebietes, Schleswig-Holstein, weist mit 46,8 Personen knapp den doppelten Industriebesatz im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern auf. Eine ähnlich geringe Industrialisierung wie Mecklenburg-Vorpommern weist das Flächenland Brandenburg (33,7 Personen) auf.



Im Ergebnis des Strukturwandels, des starken Arbeitskräfteabbaus und der Modernisierung bzw. Rationalisierung von Produktionsprozessen seit 1991 wurden hinsichtlich der **Effizienz** seit 2000 deutliche Verbesserungen in der mecklenburg-vorpommerschen Industrie erreicht, nachdem die Entwicklung in den Jahren 1997 bis 1999 eher stagnierend war. ²⁾ Im Jahr 2003 konnte das Umsatzniveau sowohl je Beschäftigten als auch je Arbeiter deutlich erhöht werden. Der Anteil der Löhne/Gehälter am Umsatz wies eine leicht rückläufige Tendenz auf und erreichte damit den Stand von 2001. Die Tendenz der steigenden Löhne/Gehälter je Beschäftigten setzte sich auch 2003 weiter fort.

**Deutliche Produktivitäts-
verbesserungen**

Indikator	Maßeinheit	Effizienzentwicklung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				
		1999	2000	2001	2002	2003
Umsatz je Arbeitsstunde ¹⁾	EUR	119	132	143	143	107
Umsatz je Beschäftigten	EUR	140 600	157 351	168 273	165 686	174 378
Umsatz je Arbeiter	EUR	200 118	222 533	239 806	236 592	245 121
Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten ²⁾	h	1 681	1 685	1 672	1 654	1 635
Lohn/Gehalt je Arbeitsstunde ³⁾	EUR	12	12	12	12	15
Lohn und Gehalt je Beschäftigten	EUR	22 893	23 123	23 400	23 763	24 154
Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz	%	16,3	14,7	13,9	14,3	13,9

1) bis 2002 = Arbeiterstunden
2) bis 2002 = Arbeiterstunden je Arbeiter
3) bis 2002 = Lohn je Arbeiterstunde

2) Ab dem Berichtsjahr 2003 werden im Monatsbericht des Verarbeitenden Gewerbes statt geleisteter Arbeiterstunden nun die geleisteten Arbeitsstunden aller Beschäftigten nachgewiesen. Der dadurch entstehende Methodenbruch ist bei Vergleichen mit zurückliegenden Zeiträumen bei den entsprechenden Indikatoren zu beachten.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern hat Mecklenburg-Vorpommern ein ausgesprochen niedriges Lohn- und Gehaltsniveau, das 2003 nur 13,9 Prozent des Umsatzwertes ausmachte, während es im früheren Bundesgebiet 16,9 Prozent waren. Andererseits hat Mecklenburg-Vorpommern mit 174 378 EUR Jahresumsatz je Beschäftigten aber auch noch einen sehr großen Produktivitätsrückstand gegenüber dem früheren Bundesgebiet mit 224 868 EUR je Beschäftigten zu überwinden.

Indikator	Stand der Angleichung ausgewählter Effizienzindikatoren 2003 Mecklenburg-Vorpommerns an (vorläufig)			
	neue Bundesländer ¹⁾	früheres Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Deutschland insgesamt
	Differenz in Prozent/-punkten			
Umsatz je Beschäftigten	- 0,9	- 22,5	- 16,6	- 20,7
Lohn und Gehalt je Beschäftigten	- 6,2	- 36,6	- 33,0	- 34,4
Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten	- 0,3	+ 8,4	+ 3,1	+ 7,4
Lohn/Gehalt je Arbeitsstunde	- 6,0	- 41,5	- 35,0	- 38,9
Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz	- 5,4	- 18,3	- 19,7	- 17,3

¹⁾ und Berlin-Ost

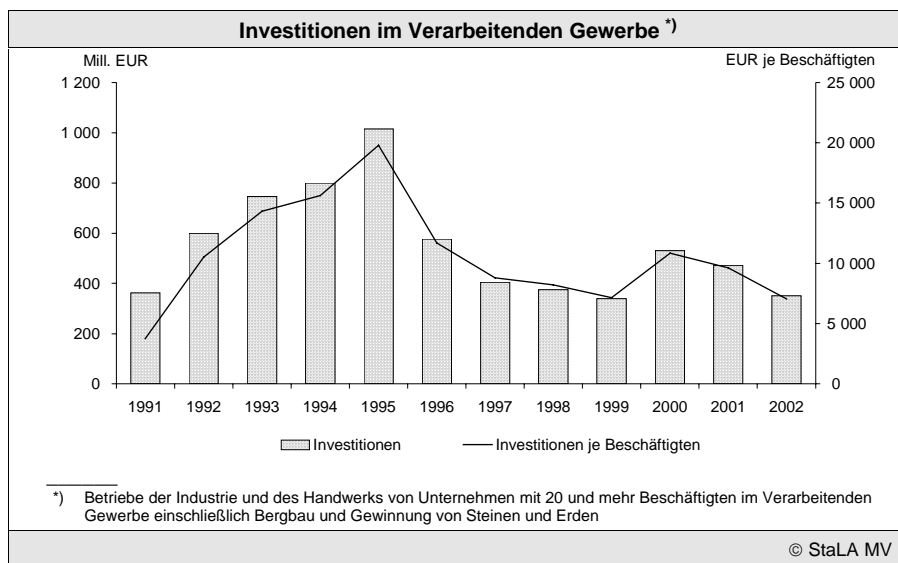
Die **Investitionen** der Betriebe ³⁾ betragen im Geschäftsjahr 2002 351 Millionen EUR. Das waren 121 Millionen EUR weniger als im Geschäftsjahr 2001 und zugleich der zweitniedrigste Wert seit 1995 (1999: 339 Millionen EUR). Im Bundesdurchschnitt gab es 2002 einen Investitionsrückgang um 11,7 Prozent.

Jahr	Bruttoanlageinvestitionen					
	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾		Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ ohne Schiff- und Bootsbau		Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	
	1 000 EUR	EUR je Beschäftigten	1 000 EUR	EUR je Beschäftigten	1 000 EUR	EUR je Beschäftigten
1995	1 015 332	19 802	550 137	13 128	12 117	5 945
1996	575 986	11 689	353 766	8 631	6 999	4 412
1997	404 676	8 789	287 324	7 293	34 903	26 461
1998	374 806	8 223	328 995	8 234	56 350	32 610
1999	339 092	7 159	322 897	7 715	38 466	21 346
2000	531 539	10 844	521 000	12 019	234 980	98 731
2001	471 412	9 613	460 903	10 605	98 632	42 679
2002	350 678	7 038	337 028	7 612	22 720	9 904

¹⁾ einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Weiterer starker Rückgang der Investitionen

Die **Investitionsintensität** war 2002 mit 7 038 EUR je Beschäftigten die niedrigste der letzten acht Jahre in Mecklenburg-Vorpommern und lag damit unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 7 887 EUR je Beschäftigten.



³⁾ 692 Betriebe der Industrie und des Handwerks von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Die Investitionsentwicklung in den Wirtschaftsabteilungen wird oft von der Durchführung einzelner Vorhaben beeinflusst, sodass Schwankungen im Verlauf charakteristisch sind.

Konzentrierte sich ein Fünftel des Investitionsvolumens 2001 noch auf den Bereich Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln), so reduzierte sich dieser Anteil 2002 auf 6,5 Prozent.

Mehr als ein Drittel (35,5 Prozent) des Investitionsvolumens des Verarbeitenden Gewerbes ging auch 2002 in den Bereich Ernährungsgewerbe/Tabakverarbeitung. Im Vorjahresvergleich nahm das Volumen allerdings nahezu um ein Viertel (- 24,6 Prozent) ab. Je Beschäftigten wurden 8 271 EUR im Ernährungsgewerbe/Tabakverarbeitung investiert.

Eine deutliche Erhöhung der Investitionen erfolgte im Bereich Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (+ 258,4 Prozent), der damit ein Fünftel (20,3 Prozent) des gesamten Investitionsvolumens des Landes auf sich verbuchen konnte (Anteil 2001: 4,2 Prozent). Je Beschäftigten wurde mit 22 549 EUR mehr als drei mal soviel investiert wie 2001 (6 238 EUR).

Auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+ 84,3 Prozent) und der Fahrzeugbau (+ 57,8 Prozent) erreichten 2002 eine beachtliche Zunahme des Investitionsvolumens.

Vorhabenbedingte Schwankungen in der Investitionsentwicklung der Wirtschaftsabteilungen

Abteilung/Wirtschaftszweig ¹⁾ (H. v. = Herstellung von)	Investitionen			
	Bruttoanlageinvestitionen		darunter	
			Investitionen in Maschinen und Anlagen	
	1 000 EUR			
	2002	2001	2002	2001
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	350 678	471 412	300 574	382 842
davon				
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	4 488	3 186	3 867	2 250
Verarbeitendes Gewerbe	346 191	468 226	296 707	380 593
darunter				
Ernährungsgewerbe/Tabakverarbeitung	124 513	165 144	111 534	144 272
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	22 720	98 632	21 158	81 952
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	71 253	19 879	61 575	15 710
Chemische Industrie	13 115	18 685	12 542	17 563
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	13 423	7 285	9 573	6 260
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	13 215	40 240	11 763	21 892
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	14 159	25 702	12 076	21 956
Maschinenbau	16 886	25 759	14 926	24 730
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	16 769	37 040	10 062	22 348
Fahrzeugbau	31 094	19 703	24 621	16 580
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	8 547	9 802	6 388	6 996

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)

Charakteristisch waren im Jahr 2002 höhere Investitionsanteile für Maschinen, maschinelle Anlagen sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattungen (85,7 Prozent), die vorrangig Grundlage für die Produktivitätssteigerung sind, wogegen für bebaute Grundstücke und Bauten deutlich weniger Investitionsmittel eingesetzt wurden (13,6 Prozent). Dennoch lag Mecklenburg-Vorpommern beim Anteil der Ausrüstungsinvestitionen weiter unter dem Bundesdurchschnitt (88,4 Prozent).

Gebiet	Jahr	Anteile an Bruttozugängen insgesamt	
		bebaute Grundstücke und Bauten	Maschinen und Anlagen
		%	
Mecklenburg-Vorpommern	2002	13,6	85,7
	2001	18,1	81,2
	2000	22,9	76,4
	1999	16,5	80,2
	1998	29,6	69,9
Deutschland	2002	10,8	88,4

Die **Investitionsquote** - der Bruttozugang an Sachanlagen in Relation zum Gesamtumsatz - ist in den vergangenen Jahren in der Tendenz abgesunken, und zwar auf 4,3 Prozent 2002 gegenüber 5,8 Prozent 2001, lag aber noch über dem Bundesdurchschnitt von 3,7 Prozent. Auch die Investitionsquote spiegelt die oft vorhabenbedingt schwankende Investitionsentwicklung in den Wirtschaftsabteilungen wider.

Abteilung/Wirtschaftszweig ¹⁾ (H. v. = Herstellung von)	Investitionsquote				
	Bruttozugänge an Sachanlagen im Verhältnis zum Gesamtumsatz				
	1998	1999	2000	2001	2002
	%				
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	6,1	5,4	7,1	5,8	4,3
davon Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	11,7	19,0	17,5	7,6	8,8
Verarbeitendes Gewerbe	6,1	5,3	7,1	5,8	4,3
darunter					
Ernährungsgewerbe/Tabakverarbeitung	4,5	4,3	3,4	5,5	4,1
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	38,8	19,1	55,1	18,7	3,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	8,4	11,7	9,1	5,0	17,3
Chemische Industrie	5,2	5,6	2,8	4,7	3,2
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	6,2	2,8	4,0	2,9	6,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	12,0	8,4	7,1	10,5	3,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	4,0	5,1	5,6	5,0	2,6
Maschinenbau	4,4	5,0	8,4	11,8	5,9
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2,4	1,9	4,0	4,7	2,4
Fahrzeugbau	6,9	3,5	1,5	1,5	2,5
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	5,1	8,2	6,9	4,2	3,3

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)

Neben den regulären Investitionen nutzen die Betriebe auch **Mietinvestitionen**, im Geschäftsjahr 2002 wurden von den Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern neue Sachanlagen im Wert von 36 Millionen EUR gemietet oder gepachtet, 9,5 Prozent weniger als 2001. Davon entfiel ein Drittel (36,9 Prozent) allein auf den Fahrzeugbau. Im Holzgewerbe machten die Mietinvestitionen 2001 fast die Hälfte der Landessumme aus.

Finanzierungsleasing spielt bei den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Mecklenburg-Vorpommern eine eher untergeordnete Rolle. Im Geschäftsjahr 2002 belief sich der Wert der mit Finanzierungsleasing erworbenen Sachanlagen auf 2,5 Millionen EUR, 17,9 Prozent weniger als noch 2001.

Mietinvestitionen 2002

Energie- und Wasserversorgung

Beschäftigungslage weiter stabilisiert

In den 55 Betrieben der Energie- und Wasserversorgung Mecklenburg-Vorpommerns waren im Jahr 2003 insgesamt 5 551 Arbeiter und Angestellte tätig. Damit stabilisierte sich die Beschäftigungslage in diesem Bereich das zweite Jahr in Folge, nachdem besonders in den Jahren 1999 und 2000 ein deutlicher Arbeitsplatzabbau im Zuge der Liberalisierung der Energiemärkte erfolgt war. Seit 1998 sind in der Energie- und Wasserversorgung Mecklenburg-Vorpommerns fast 1 500 Stellen abgebaut worden. Die Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen fachlichen Betriebsteilen verlief 2003 entgegen der stabilen Situation bei der Gesamtzahl der tätigen Personen uneinheitlich.

Die fachlichen Betriebsteile **Elektrizitätsversorgung** waren in den vergangenen fünf Jahren unter den verschärften Bedingungen des Wettbewerbs besonders stark vom Stellenabbau betroffen. Seit 1998 hat sich die Zahl der in diesem Bereich tätigen Personen um rund 40 Prozent verringert. 2003 erfolgte erstmals wieder ein Beschäftigtenzuwachs von 6 Prozent. Mit 1 658 tätigen Personen waren 2003 rund 30 Prozent aller Arbeitnehmer der Energie- und Wasserversorgung Mecklenburg-Vorpommerns in der Elektrizitätswirtschaft tätig.

In der **Gasversorgung** war 2003, wie schon im Vorjahr, mit rund 9 Prozent abermals ein deutlicher Beschäftigtenrückgang zu verzeichnen. Die Zahl der dort tätigen Personen sank im vergangenen Jahr um 69 auf 736 Personen (2002: - 82 Personen; - 9 Prozent).

In der **Fernwärmeversorgung** setzte sich hingegen der positive Trend in der Beschäftigung, im Vergleich zum Vorjahr allerdings abgeschwächt, weiter fort. Die Zahl der Arbeitskräfte stieg in Jahresfrist um 2 Prozent (18 Personen) auf 770 an (2002: + 60 Personen; + 9 Prozent).

In der **Wasserversorgung** arbeiteten 2003 durchschnittlich 1 144 Personen, das bedeutet einen deutlichen Stellenabbau gegenüber dem Vorjahr um rund 9 Prozent (- 109 Personen). In 2002 war die Zahl der in der Wasserversorgung Beschäftigten bereits um rund 3 Prozent bzw. 33 zurückgegangen.

Auf die **sonstigen Unternehmensteile** (überwiegend Abwasserbeseitigung) entfielen mit 1 217 Arbeitskräften rund 22 Prozent der in der Energie- und Wasserversorgung Beschäftigten. Gegenüber 2002 hat sich damit die Zahl der tätigen Personen in den sonstigen Unternehmensteilen um 3 Prozent (+ 39 Beschäftigte) erhöht.

Jahr	Betriebe insgesamt	Beschäftigte					
		ins- gesamt	davon: fachliche Unternehmensteile				
			Elektrizität	Gas	Fernwärme	Wasser	Sonstige ¹⁾
Anzahl		%					
1991	40	14 566	25,0	6,1	10,0	18,4	40,5
1998	58	7 044	38,5	12,7	9,5	18,9	20,4
1999	59	6 474	34,1	13,8	9,8	19,8	22,5
2000	58	5 899	29,0	15,5	10,0	21,3	24,2
2001	55	5 677	29,1	15,6	12,2	22,7	20,4
2002	55	5 577	28,5	14,4	13,5	22,5	21,1
2003	55	5 551	30,4	13,3	13,9	20,6	21,9

1) z. B. Abwasserbeseitigung

Gasabsatz 2002 weiter gestiegen

Im Jahr 2002 wurden von den **Gasversorgungsunternehmen** in Mecklenburg-Vorpommern 15,6 Millionen Megawattstunden (MWh) Gas, rund 3 Prozent mehr als im Vorjahr, an Endverbraucher abgegeben. Bei den abgegebenen Mengen handelte es sich nahezu ausschließlich um Erdgas.

Die Verbraucherstruktur in der Gasversorgung hat sich 2002 gegenüber den Vorjahren nicht verändert. Dementsprechend blieben die Betriebe des Produzierenden Gewerbes mit einem Anteil von 56 Prozent am Gasverbrauch die bedeutendste Abnehmergruppe. An zweiter Stelle rangierten die privaten Haushalte. Sie bezogen fast ein Drittel der an Mecklenburg-Vorpommern abgegebenen Gasmengen. Auf die übrigen Endabnehmer, dazu zählen u. a. Handel und öffentliche Einrichtungen, entfielen in 2002 rund 13 Prozent.

Der Gasverbrauch der Hauptabnehmer im Einzelnen zeigte demgegenüber eine sehr differenzierte Entwicklung. Im Produzierenden Gewerbe lag der Gasabsatz 2002 über dem Vorjahresniveau (+ 9 Prozent). Diese Entwicklung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich im Kraftwerkssektor der Gaseinsatz zur Strom- und Wärmeversorgung gegenüber 2001 erhöht hat. Des Weiteren stieg auch in der Industrie der Gasverbrauch an, hauptsächlich aufgrund von Produktionserweiterungen in energierelevanten Wirtschaftszweigen wie Ernährungs- und Holzgewerbe. In den privaten Haushalten (- 1 Prozent) und den übrigen Bereichen (- 9 Prozent) nahm der Gasabsatz in 2002 hingegen ab.

Die Gaspreise, errechnet aus Erlösen, fielen 2002 gegenüber 2001 insgesamt um 0,28 auf 2,67 Cent je Kilowattstunde. Sie blieben aber dennoch deutlich über dem Niveau des Jahres 2000 (2,35 Cent je Kilowattstunde). Privathaushalte hatten in 2002 mit 3,74 Cent je Kilowattstunde Gas gegenüber 3,92 Cent deutlich weniger zu zahlen als 2001.

Produzierendes Gewerbe ist Hauptverbraucher von Gas

Gaspreise 2002 gefallen

Merkmal	1991	1995	2000	2001	2002
	MWh				
Abgabe von Gas an Endabnehmer in Mecklenburg-Vorpommern	3 568 899	11 192 100	14 790 067	15 129 739	15 599 712
davon Produzierendes Gewerbe	1 487 602	5 939 607	8 372 927	8 033 017	8 766 444
darunter öffentliche Elektrizitäts- und Fernwärmeversorgung	986 645	4 501 159	5 920 847	5 475 081	5 776 229
private Haushalte	1 488 247	3 171 290	4 342 424	4 874 545	4 813 100
übrige Endabnehmer	593 050	2 081 203	2 074 716	2 222 177	2 020 168

Die Stromerzeugung betrug 2002 in Mecklenburg-Vorpommern gut 5,7 Millionen Megawattstunden, das ist ein Plus gegenüber 2001 von 1,0 Millionen Megawattstunden bzw. von 22 Prozent. Der Anstieg errechnet sich vor allem aus der deutlichen Zunahme der Stromerbereitstellung aus Steinkohle um 23 Prozent und aus erneuerbaren Energiequellen um 51 Prozent. Der einheimische Strom wird derzeit zu 49 Prozent aus Steinkohle und jeweils zu 24 Prozent aus Erdgas und erneuerbaren Energieträgern hergestellt. 3 Prozent des erzeugten Stroms basierten 2002 auf Einspeisungen aus Industriekraftwerken. Durch die deutliche Erhöhung der Eigenerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern konnten 89 Prozent des Stromverbrauchs in 2002 abgedeckt werden. Im Vorjahr lag der vergleichbare Anteil bei 72 Prozent.

Eigenerzeugung entspricht rund 90 Prozent des Stromverbrauchs

Merkmal	1991	1995	2000	2001	2002
	MWh				
Stromabsatz aus Eigenerzeugung	300 152	2 583 305	4 632 176	4 649 628	5 695 352
davon durch Wärmekraftwerke	293 685	2 352 118	3 666 676	3 626 811	4 173 434
darunter aus Steinkohle	-	1 787 249	2 171 735	2 259 455	2 783 441
Erdgas	130 591	469 618	1 471 127	1 347 588	1 374 363
Industriekraftwerke und Sonstige Anlagen mit regenerativen Energien	4 259	136 086	160 359	129 504	172 230
darunter aus Wind	2 208	95 101	805 141	893 313	1 349 688
fester Biomasse	.	91 941	667 966	694 042	1 133 142
	-	-	99 676	131 651	133 079

Wachsende Bedeutung von Ökostrom

Der Einsatz erneuerbarer Energieträger auf dem öffentlichen Stromsektor befindet sich seit Jahren schon auf steilem Wachstumskurs. Die 1,3 Millionen Megawattstunden Strom, die 2002 auf der Basis erneuerbarer Energieträger erzeugt wurden, hätten ausgereicht, rund 60 Prozent des jährlichen Strombedarfs aller Privathaushalte Mecklenburg-Vorpommerns mit Ökostrom abzudecken.

Erneuerbare Energiequellen leisten aufgrund der Minderung bzw. Vermeidung von energiebedingten Kohlendioxid(CO₂)-Emissionen seit Jahren einen ständig wachsenden Beitrag zum Klimaschutz. 2002 wurden je erzeugter Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energieträgern rund 0,6 Kilogramm Kohlendioxid-Emissionen vermieden, insgesamt waren es somit etwa 761 000 Tonnen Kohlendioxid, die nicht in die Atmosphäre gelangten.

Wind dominiert die Regenerativen

Windenergie stellt in Mecklenburg-Vorpommern mit 84 Prozent den größten Anteil an der regenerativen Stromerzeugung. 2002 stiegen die Winderträge gegenüber 2001 vor allem aufgrund entsprechender Witterungsbedingungen, aber auch durch Inbetriebnahme neuer Windkraftanlagen um 63 Prozent auf insgesamt 1,1 Millionen Megawattstunden an.

An zweiter Stelle rangiert mit einem Anteil von 10 Prozent bzw. mit 133 100 Megawattstunden die Verstromung fester und flüssiger Biomasse. Dabei diene hauptsächlich Holz als Energielieferant, aber auch Rapsöl kam zum Einsatz, wenn auch noch in geringem Umfang.

Deponie-, Bio- und Klärgas sowie Wasserkraft trugen zusammen rund 6 Prozent (81 400 Megawattstunden) zur regenerativen Erzeugung bei. Fotovoltaik blieb auch im vergangenen Jahr noch von untergeordneter Bedeutung für die öffentliche Stromerzeugung Mecklenburg-Vorpommerns, obwohl sich die Erzeugung von Solarstrom in 2002 gegenüber 2001 auf 2 000 Megawattstunden mehr als versechsfacht hat.

Energieverbrauch der Industrie weiter angestiegen

Der **Energieverbrauch** der Industriebetriebe Mecklenburg-Vorpommerns belief sich im Jahr 2002 auf insgesamt 13,5 Millionen Gigajoule (3,7 Millionen Megawattstunden). Damit ist der Energiebedarf im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 Prozent angestiegen. 2002 verbrauchten die Industriebetriebe hauptsächlich aufgrund von Produktionsausweitungen in energieintensiven Branchen mehr Energie als in den Jahren davor.

Wichtigste Energiequellen in der Industrie blieben im Jahr 2002 Gas und Strom mit einem Anteil von 52 bzw. 33 Prozent am Energieverbrauch. Heizöl mit 14 Prozent und Kohle mit nur noch 2 Prozent waren von nachrangiger Bedeutung. In den zurückliegenden zehn Jahren hat sich der Energieträgereinsatz in der Industrie Mecklenburg-Vorpommerns deutlich verändert. 1991 war Kohle (vorwiegend Braunkohle) mit 67 Prozent der wichtigste Energieträger, heute hat Ergas die Kohle nahezu vollständig verdrängt.

Vier Branchen verbrauchen mehr als 80 Prozent der Energie

Der Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau Mecklenburg-Vorpommerns wird mit 82 Prozent durch vier Branchen dominiert. Gut 46 Prozent der Energie setzten die Betriebe des Ernährungsgewerbes ein. Der Wirtschaftszweig Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) verbrauchte 17 Prozent und die Zweige Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden 12 Prozent der Endenergie in Industrie und Bergbau. Auf den Fahrzeugbau (darunter vor allem der Schiffbau) entfielen rund 7 Prozent des gesamten Energieverbrauchs.

Baugewerbe

Nachdem in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine große Nachfrage nach Bauleistungen bestanden hatte (Bauboom), setzte sich der seit 1996 zu beobachtende wirtschaftsstrukturelle Bereinigungsprozess bei der Kapazitätsanpassung auch im Jahr 2003 im Baugewerbe Mecklenburg-Vorpommerns (wie auch in den anderen neuen Bundesländern) fort. Die Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung war sowohl im Bauhaupt- als auch im Ausbaugewerbe weiter stark rückläufig.

Im Jahr 2003 wurde durch die Betriebe im **Bauhauptgewerbe** (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ein baugewerblicher Umsatz von 2,0 Milliarden EUR realisiert (99,3 Prozent des Gesamtumsatzes). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Umsatzrückgang damit wieder verstärkt (- 12,0 Prozent).

Von diesem Umsatzrückgang waren alle drei Bausparten, die jeweils etwa ein Drittel des baugewerblichen Umsatzes ausmachten, betroffen: Während die Umsätze im gewerblichen Bau sowie im öffentlichen und Straßenbau um 16,1 bzw. 15,2 Prozent unter denen des Vorjahres lagen, belief sich der Rückgang im Wohnungsbau dagegen nur auf 4,1 Prozent.

Jahr	Baugewerblicher Umsatz			
	insgesamt	davon		
		Wohnungsbau	gewerblicher Bau	öffentlicher und Straßenbau
Veränderung zum Vorjahr in Prozent				
1998	- 10,8	- 7,6	- 13,1	- 12,8
1999	- 5,2	- 19,6	+ 2,7	+ 7,4
2000	- 12,9	- 14,4	- 12,1	- 12,0
2001	- 15,0	- 18,1	- 22,3	- 3,8
2002	+ 0,8	- 6,5	+ 4,7	+ 4,2
2003	- 12,0	- 4,1	- 16,1	- 15,2
Umsatz in Mill. EUR				
2003	1 986,1	668,7	615,3	702,1

Im Vergleich zum Vorjahr gingen im Bauhauptgewerbe Mecklenburg-Vorpommerns rund 3 400 Arbeitsplätze verloren (- 13,3 Prozent), sodass 2003 im Jahresdurchschnitt 22 146 Personen beschäftigt waren. Gegenüber 1995, dem Höhepunkt des Baubooms in Mecklenburg-Vorpommern, hat sich die Beschäftigtenzahl damit mehr als halbiert.

Die Produktivität (hier als Gesamtumsatz je Beschäftigten) erreichte im Jahr 2003 84,1 Prozent des Westniveaus. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz ist innerhalb eines Jahres von 22,6 auf 23,1 Prozent angestiegen (früheres Bundesgebiet: 25,6 Prozent).

Im Bauhauptgewerbe Mecklenburg-Vorpommerns waren Ende Juni 2003 in 1 729 Betrieben insgesamt 22 816 Personen beschäftigt, das sind 13 Beschäftigte je 1 000 Einwohner und damit weiterhin deutlich mehr als im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes (9; ohne Berlin). Die durchschnittliche Betriebsgröße lag bei 13 Beschäftigten (früheres Bundesgebiet ohne Berlin: 11); 31,7 Prozent der tätigen Personen arbeiteten in Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten.

**Weiterer Abbau
von Überkapazitäten**

**Weiterer Umsatzrückgang
in allen Sparten
des Bauhauptgewerbes**

**Weiterer
Personalabbau**

**Beschäftigtendichte
noch höher als im
früheren Bundesgebiet**

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Hauptindikatoren:

Merkmal	Maß- einheit	Bauhaupt- gewerbe 2003	Veränderung zum Vorjahr					
			1998	1999	2000	2001	2002	2003
%								
Gesamtumsatz	Mill. EUR	2 000,7	- 10,9	- 5,3	- 12,7	- 15,1	+ 0,3	- 12,1
Beschäftigte	Anzahl	22 146	- 10,5	- 10,4	- 8,3	- 17,3	- 9,2	- 13,3
dar.: Arbeiter	Anzahl	17 383	- 11,5	- 10,9	- 9,2	- 18,3	- 10,8	- 14,3
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. EUR	462,3	- 9,5	- 8,8	- 9,4	- 15,8	- 10,4	- 10,1
Gesamtumsatz je Beschäftigten	EUR	90 342	- 0,5	+ 5,7	- 4,8	+ 2,6	+ 10,5	+ 1,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	EUR	20 876	+ 1,1	+ 1,8	- 1,2	+ 1,7	- 1,3	+ 3,7
je 1 000 EUR Gesamtumsatz	EUR	231	+ 1,6	- 3,5	+ 3,7	- 0,8	- 10,7	+ 2,3

Auftragseingänge weiter stark rückläufig

Die Auftragseingänge der Betriebe des Bauhauptgewerbes (mit 20 und mehr Beschäftigten) wiesen 2003 mit 12,0 Prozent einen ähnlich starken Rückgang auf wie im Vorjahr. Da die Auftragseingänge ein wichtiger Frühindikator für die weitere Konjunktorentwicklung sind, ist somit für das Bau-gewerbe insgesamt keine Trendwende zu erwarten.

Die einzelnen Baubereiche sind unterschiedlich von diesem Rückgang be-troffen: Im öffentlichen und Straßenbau lagen die Auftragseingänge nur um 5,2 Prozent, im gewerblichen Bau und Wohnungsbau dagegen um 18,7 bzw. 14,2 Prozent unter dem Vorjahresergebnis.

Unter Zugrundelegung des baugewerblichen Umsatzes hatte der zum Jah-resende 2003 vorliegende Auftragsbestand, wie im Vorjahr, eine Reich-weite von 2,9 Monaten (früheres Bundesgebiet Ende 2002: 4,0 Monate).

Merkmal	Auftragseingänge ¹⁾						Auftragsbestand ¹⁾	
	Veränderung zum Vorjahr						Reichweite	
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2002	2003
%								
Wohnungsbau	- 3,6	- 24,4	- 22,3	- 18,1	- 23,8	- 14,2	2,5	3,2
Gewerblicher Bau	- 2,0	- 12,0	- 5,2	- 14,1	- 10,8	- 18,7	3,0	2,9
Öffentlicher und Straßenbau	- 5,4	- 7,2	- 11,6	- 5,8	- 8,3	- 5,2	3,1	2,7
Insgesamt	- 3,7	- 14,4	- 12,5	- 12,0	- 12,9	- 12,0	2,9	2,9

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Rückläufige Umsatzentwicklung im Ausbaugewerbe

Im **Ausbaugewerbe** (Bauinstallation, sonstiges Baugewerbe) gab es im Jahresdurchschnitt 228 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Be-schäftigten, die im Jahr 2003 mit 7 309 Personen einen baugewerblichen Umsatz von 587,9 Millionen EUR (95,9 Prozent des Gesamtumsatzes) er-wirtschafteten. Die rückläufige Umsatzentwicklung verlief in den letzten Jahren meistens schwankend; im Jahr 2003 fiel der Umsatzrückgang mit 18,9 Prozent im Vergleich der Vorjahre bisher am stärksten aus. Die Be-schäftigung ging 2003 im Vergleich zum Vorjahr um 17,8 Prozent zurück.

Im Bereich Bauinstallation entsprach der Umsatzrückgang im umsatz-stärksten Wirtschaftszweig Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation einschließlich sonstiger Bauinstallation (Anteil am bau-gewerblichen Umsatz: 45,1 Prozent) dem Gesamtdurchschnitt.

Nach einer in den letzten Jahren deutlich positiven Umsatzentwicklung im Wirtschaftszweig Elektroinstallation kam es 2003 zu einem Umsatzein-bruch (- 25,5 Prozent).

Der Wirtschaftszweig Stuckateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei, Bau-tischlerei und -schlosserei musste nach einer schon in den letzten beiden Jahren rückläufigen Entwicklung den stärksten Umsatzeinbruch (- 28,9 Prozent) hinnehmen.

Demgegenüber verzeichnete der Wirtschaftszweig Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung als einziger ein kräftiges Umsatzplus (+ 13,5 Prozent).

Wirtschaftszweig	Baugewerblicher Umsatz 2003	Veränderung zum Vorjahr				
		1999	2000	2001	2002	2003
	Mill. EUR	%				
Insgesamt	587,9	- 11,7	+ 2,6	- 12,5	- 7,4	- 18,9
davon						
Bauinstallation	453,8	- 11,3	+ 8,0	- 9,5	- 3,6	- 18,5
davon						
Elektroinstallation	144,6	+ 1,0	+ 8,5	+ 7,7	+ 7,3	- 25,5
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	43,9	+ 3,6	+ 3,0	- 31,0	- 7,2	+ 13,5
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation, sonstige Bauinstallation	265,3	- 17,3	+ 8,6	- 13,3	- 8,8	- 18,2
sonstiges Baugewerbe	134,1	- 12,6	- 8,8	- 19,9	- 18,0	- 20,1
davon						
Stuckateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei, Bautischlerei und -schlosserei	31,5	- 0,1	- 0,5	- 11,9	- 9,3	- 28,9
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	44,2	+ 0,9	- 2,1	- 10,9	- 20,8	- 14,3
Maler- und Glasergewerbe	49,8	- 18,5	- 13,4	- 29,6	- 21,1	- 21,1
Baugewerbe a. n. g.	8,6	- 37,9	- 28,5	- 19,3	- 16,8	- 3,9
Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal	-	-	-	-	-	-

Umsatzentwicklung nach Wirtschaftszweigen

Der Gesamtumsatz je Beschäftigten lag 2003, wie im Vorjahr, bei 83 848 EUR und entspricht damit 87,0 Prozent des Westniveaus. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz ist von 24,5 auf 25,4 Prozent im Jahr 2003 angestiegen (früheres Bundesgebiet: 29,4 Prozent).

In den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten waren Ende Juni 2003 insgesamt 13 494 Personen im Ausbaugewerbe Mecklenburg-Vorpommerns tätig (- 15,5 Prozent gegenüber 2002), das waren 8 Beschäftigte je 1 000 Einwohner im Vergleich zu 5 im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Im Rahmen der Handwerkszählung 1995 wurden zuletzt nahezu alle Betriebe des Ausbaugewerbes ermittelt; damals gab es 2 638 Handwerksunternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten, die zusammen 11 705 Mitarbeiter hatten.

Beschäftigtendichte deutlich höher als im früheren Bundesgebiet

Im Geschäftsjahr 2002 tätigten die Unternehmen des Baugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten insgesamt **Bruttoanlageinvestitionen** im Umfang von 31,7 Millionen EUR (Anteil des Bauhauptgewerbes: 74,6 Prozent). Die Ausrüstungsinvestitionen bildeten, wie in den Vorjahren, den Schwerpunkt des Investitionsgeschehens (Bauhauptgewerbe: 90,3 Prozent; Ausbaugewerbe: 86,8 Prozent).

Bruttoanlageinvestitionen weiter stark rückläufig

Die Investitionsintensität war im Bauhauptgewerbe mit 1 683 EUR je Beschäftigten deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt insgesamt (2001: 3 115 EUR), während sie im Ausbaugewerbe mit 1 067 EUR je Beschäftigten eher dem Bundesdurchschnitt entsprach (2001: 1 417 EUR). In beiden Bereichen hat sie sich in den vergangenen Jahren in der Tendenz deutlich verringert (1995 im Bauhauptgewerbe: 2 933 EUR; Ausbaugewerbe: 2 132 EUR).

Handwerk

Das Handwerk erzielte im Jahr 2003 mit 91 830 Beschäftigten einen Umsatz von 6,8 Milliarden EUR. Diese aus den vierteljährlichen Stichprobenerhebungen hochgerechneten Eckdaten von mehr als 2 000 selbstständigen Handwerksunternehmen lagen bei den Beschäftigten um 6,4 Prozent (- 6 300 Personen) und beim Umsatz um 8,2 Prozent (- 610,7 Millionen EUR) unter dem Niveau von 2002. Die rückläufige Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung der Vorjahre hat sich somit fortgesetzt und ist für die Mehrzahl der Gewerbebezüge kennzeichnend. Schwerpunkt ist dabei das Baugewerbe.

Schrumpfung des Handwerks seit 1999

Merkmal	Veränderung zum Vorjahr				
	1999	2000	2001	2002	2003
	%				
Umsatz	- 1,8	- 5,0	- 6,9	- 2,3	- 8,2
Beschäftigte	- 5,1	- 4,5	- 7,7	- 7,8	- 6,4

Die Entwicklung des gesamten Handwerks wird vom Bau- und Ausbaugewerbe wesentlich beeinflusst (28 Prozent der Beschäftigten; 28 Prozent Umsatzanteil). In diesem Wirtschaftsbereich hat sich der Abbau von Überkapazitäten weiter fortgesetzt: 11,0 Prozent (3 000 Personen) weniger Beschäftigte und ein um 12,0 Prozent (260 Millionen EUR) geringerer Umsatz waren im Jahr 2003 im Bauhandwerk zu verzeichnen. In allen Gewerbebezügen des Bau- und Ausbaugewerbes nahm die Beschäftigtenzahl im Vorjahresvergleich ab, insbesondere bei den Stuckateuren, den Fliesen-, Platten- und Mosaiklegern sowie bei den Maurern, Betonbauern und den Straßenbauern. Gegenüber 1998 hat sich die Zahl der Beschäftigten bereits um 44 Prozent verringert (Schleswig-Holstein 1998 bis 2002: - 22,2 Prozent).

Umsatz- und Beschäftigtenrückgang 2003 in der Mehrzahl der Gewerbebezüge

Gewerbebezug	Beschäftigte 2003		Umsatz 2003	
	insgesamt	Veränderung zu	insgesamt	Veränderung zu
	30.9.1998 = 100	2002	1998 = 100	2002
%				
Handwerk insgesamt	72,5	- 6,4	77,9	- 8,2
darunter				
Bau- und Ausbaugewerbe	55,6	- 11,0	63,0	- 12,0
darunter				
Maurer, Beton- und Straßenbauer	51,3	- 11,4	60,5	- 13,7
Zimmerer	70,7	- 13,2	77,8	- 8,6
Dachdecker	55,6	- 8,7	65,5	- 1,2
Fliesen-, Platten- und Mosaikleger	73,1	- 13,8	78,2	- 12,0
Elektro- und Metallgewerbe	76,1	- 6,9	85,4	- 7,4
darunter				
Metallbauer	80,3	- 8,0	81,9	- 12,6
Feinwerkmechaniker	106,3	- 1,7	118,7	+ 17,4
Informationstechniker	67,6	- 8,9	67,8	- 14,1
Elektrotechniker	75,0	- 11,1	85,5	- 14,4
Holzgewerbe	70,0	- 7,9	75,0	- 3,8
darunter				
Tischler	66,4	- 9,3	67,6	- 6,6
Nahrungsmittelgewerbe	87,7	- 8,8	78,0	- 14,8
darunter				
Bäcker	92,9	- 10,1	103,0	- 8,0
Fleischer	75,2	- 8,3	53,8	- 26,1
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische Reinigung	97,0	+ 3,7	110,1	+ 9,0
darunter				
Zahntechniker	107,6	+ 3,5	161,8	+ 12,1
Friseure	86,7	- 0,8	93,5	- 0,1
Gebäudereiniger	101,7	+ 5,7	104,2	+ 8,7
Glas-, Papier-, Keramik- und sonstiges Gewerbe	95,9	- 2,1	99,6	- 6,0
darunter				
Glaser	88,5	- 9,9	81,7	- 9,7

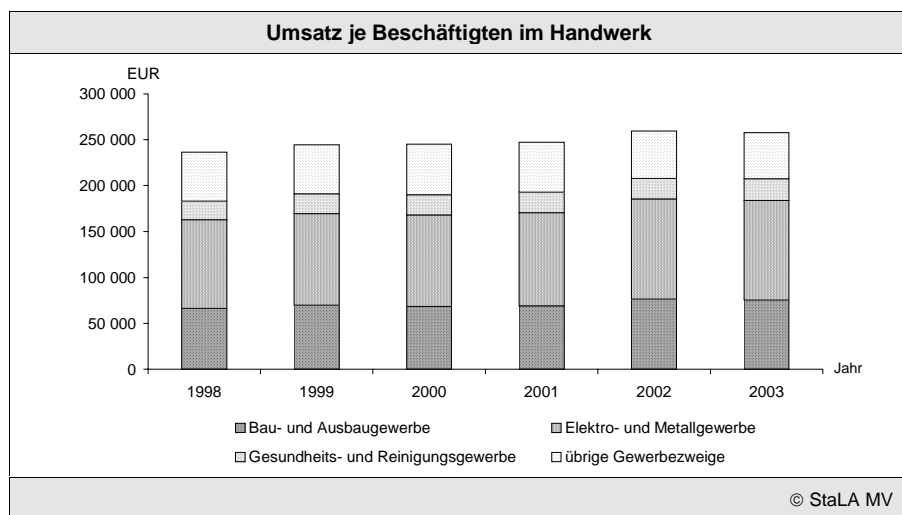
Der beschäftigungsmäßig größte Bereich des Handwerks, das Elektro- und Metallgewerbe (Beschäftigtenanteil: 37,9 Prozent; Umsatzanteil: 55,3 Prozent), konnte 2003 kein Umsatzwachstum erzielen (- 7,4 Prozent; in 2002: + 2,2 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 6,9 Prozent. Nur der Gewerbebezweig der Feinwerkmechaniker erreichte ein Umsatzplus von 17,4 Prozent.

Gegenüber 1998 sind die Umsätze im Elektro- und Metallgewerbe um 14,6 Prozent zurückgegangen, im Vergleich dazu ist die Situation in Schleswig-Holstein in diesem Bereich (1998 bis 2002: - 0,7 Prozent) relativ stabil.

Im Nahrungsmittelgewerbe steht dem Umsatzrückgang im Fleischerhandwerk von 1998 bis 2003 um 46 Prozent einen Umsatzanstieg in den Schlacht- und Fleischverarbeitungsbetrieben des Ernährungsgewerbes (ab 20 Beschäftigte) um 16,9 Prozent gegenüber.

Umsatzzuwächse in der Gewerbegruppe des Gesundheits- und Reinigungsgewerbes im Jahr 2003 (+ 9,0 Prozent) haben wegen ihres geringen Gewichts keinen Einfluss auf die Gesamtentwicklung des Handwerks.

Die Produktivität im Handwerk nahm gegenüber dem Vorjahr geringfügig ab. Im Jahresdurchschnitt 2003 betrug der Umsatz je Beschäftigten 74 000 EUR, 1,9 Prozent weniger als im Jahr 2002.



Bautätigkeit und Wohnsituation

Im Zeitraum 1991 bis 2003 wurden insgesamt 120 954 Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden fertig gestellt (darunter 67 653 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern); das entspricht 14,2 Prozent des Ende 2002 vorhandenen Wohnungsbestandes. Diesen in den letzten Jahren gebauten Wohnungen stand eine ähnlich große Zahl von leer stehenden Wohnungen gegenüber (April 2002: 101 600; Leerstandsquote: 11,8 Prozent; zum Vergleich Schleswig-Holstein: 5,1 Prozent).

Im Zeitraum 1991 bis 2003 entstanden ferner 10 734 neue Nichtwohngebäude (z. B. Betriebs- und Verwaltungsgebäude, Handels- und Lagergebäude, Hotels und Gaststätten) mit einer durchschnittlichen Nutzfläche von fast 1 000 Quadratmetern und einem Rauminhalt von fast 5 800 Kubikmetern je Gebäude.

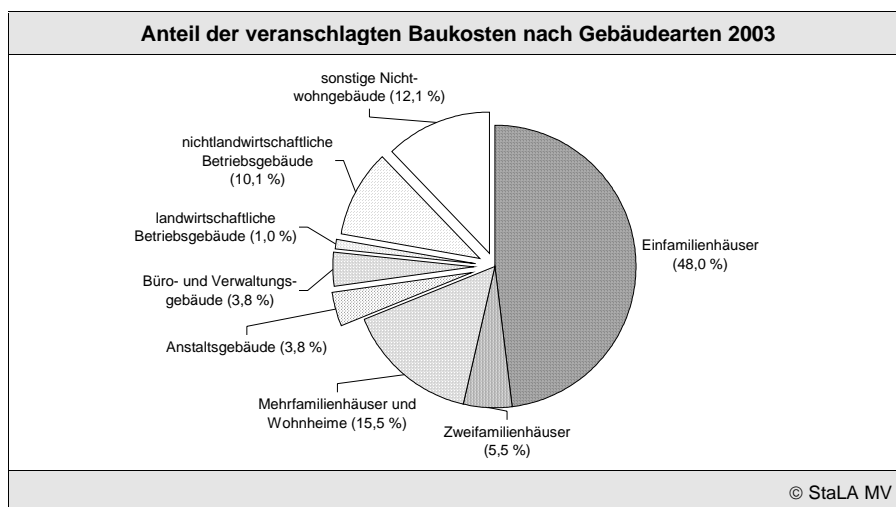
Wohnungsbau trotz Rückgang über Bundesdurchschnitt

Die **Baufertigstellungen** im Wohn- und Nichtwohnbau haben sich auch im Jahr 2003 weiter reduziert, nachdem sie 1998 erstmals spürbar zurückgingen. Im Jahr 2003 wurden etwa 1 200 Wohnungen weniger fertig gestellt als im Vorjahr (- 14,2 Prozent). Mit 42 Wohnungen je 10 000 Einwohner wurden in Mecklenburg-Vorpommern gleichwohl weiterhin deutlich mehr Wohnungen fertig gestellt als im Bundesdurchschnitt (32). Der Fertigstellungsrückgang zeigt sich sowohl bei Neubauwohnungen (- 9,7 Prozent) als auch bei Wohnungen, die durch Baumaßnahmen an vorhandenen Gebäuden, z. B. durch Nutzungsänderungen, entstanden (- 46,8 Prozent).

Im Jahr 2003 wurden in neuen Wohngebäuden 6 717 Wohnungen bezugsfertig, das waren 9,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Von diesem Rückgang waren neben den Einfamilienhäusern (- 8,8 Prozent) auch die Wohnungen in Zwei- und Mehrfamilienhäusern betroffen (- 12,5 bzw. - 12,6 Prozent).

Die durchschnittliche Wohnungsgröße insgesamt entsprach mit 94,1 Quadratmetern etwa dem Vorjahresniveau; das war auch bei den Einfamilienhäusern der Fall (113,8 Quadratmeter). Dagegen war die Wohnfläche in Mehrfamilienhäusern mit 62,2 Quadratmetern im Durchschnitt etwas größer als im Jahr 2002 (+ 4,9 Prozent).

Die veranschlagten Kosten je Wohnung zum Zeitpunkt der Baugenehmigung variierten für die einzelnen Gebäudearten und haben sich folgendermaßen verändert: Einfamilienhäuser 114 451 EUR (- 0,7 Prozent), Zweifamilienhäuser 79 498 EUR (- 9,9 Prozent) und Mehrfamilienhäuser 67 611 EUR (+ 10,9 Prozent).



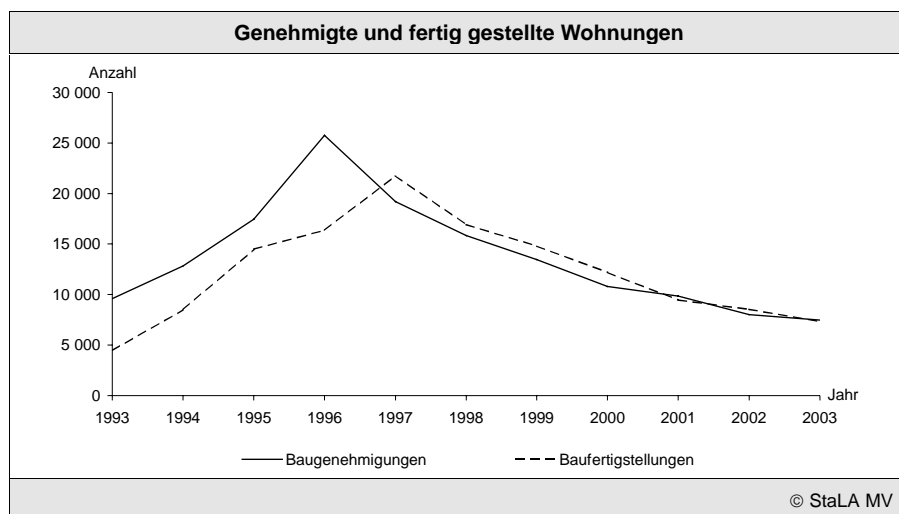
Im Jahr 2003 wurden außerdem 410 neue Nichtwohngebäude fertig gestellt (- 20,7 Prozent) mit einer Nutzfläche von 301 200 Quadratmetern (- 36,0 Prozent), einem Rauminhalt von 1,7 Millionen Kubikmetern (- 38,8 Prozent) und veranschlagten Kosten von 291,7 Millionen EUR (- 28,3 Prozent).

**Weniger
Nichtwohngebäude**

Die veranschlagten Baukosten je Quadratmeter Nutzfläche (968 EUR; + 12,0 Prozent) sowie je Kubikmeter Rauminhalt (174 EUR; + 17,2 Prozent) lagen deutlich über dem Vorjahresniveau. Der insgesamt für Mecklenburg-Vorpommern festgestellte Rückgang bei der Gebäudegröße und den Baukosten ist insbesondere auf den Rückgang bei den Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie bei den landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden zurückzuführen (zusammen 141,3 Millionen EUR; - 50,0 Prozent).

**Baugenehmigungen:
mehr Gebäude,
weniger Wohnungen**

Unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Abwicklungsdauer von zehn Monaten bei neuen Wohngebäuden handelt es sich bei den weiteren Angaben zu den **Baugenehmigungen** somit überwiegend um die voraussichtlichen Baufertigstellungen des Folgejahres (2004). Insgesamt wurden durch die Bauaufsichtsbehörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern 6 593 Anträge für genehmigungspflichtige und genehmigungsfreie Bauvorhaben mit zusammen 7 458 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau angezeigt. Das waren 5,9 Prozent mehr Gebäude und 6,9 Prozent weniger Wohnungen als im Vorjahr. Die Genehmigungszahlen lagen mit 43 Wohnungen je 10 000 Einwohner immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt (36).



In 4 932 neu zu errichtenden Wohngebäuden sollen 6 817 Wohnungen entstehen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der genehmigten Wohngebäude damit um 8,7 Prozent angestiegen, während die Zahl der Wohnungen gleichzeitig um 4,3 Prozent zurückgegangen ist. Die Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser sind um 12,2 Prozent auf 4 357 angestiegen. Dieses Plus dürfte hauptsächlich auf die anhaltende Diskussion um die Veränderung der Eigenheimzulage zurückzuführen sein. Die Zahl der geplanten Zweifamilienhäuser ist um 4,8 Prozent auf 339 zurückgegangen. Mit 1 782 Wohnungen wurden für neue Mehrfamilienhäuser und Wohnheime 747 weniger Wohnungen genehmigt als 2002 (- 29,5 Prozent). Die durchschnittliche Wohnungsgröße in genehmigten Mehrfamilienhäusern entsprach mit 63,1 Quadratmetern etwa dem Vorjahresniveau, während sie mit 115,2 Quadratmetern in Einfamilienhäusern und mit 84,2 Quadratmetern in Zweifamilienhäusern etwas über dem Ergebnis des Jahres 2002 lag (+ 1,4 bzw. + 3,2 Prozent).

**Mehr Eigenheime,
weniger Wohnungen
in Mehrfamilienhäusern**

Gebäudeart	Baufertigstellungen		Baugenehmigungen	
	2002	2003	2002	2003
Wohngebäude ¹⁾	4 972	4 496	4 536	4 932
darin: Wohnungen	7 389	6 717	7 124	6 817
davon: in Wohngebäuden				
mit 1 Wohnung	4 333	3 953	3 883	4 357
mit 2 Wohnungen	738	646	712	678
mit 3 und mehr Wohnungen ²⁾	2 318	2 118	2 529	1 782
Nichtwohngebäude ¹⁾	517	410	479	483
darin				
Wohnungen	127	68	122	124
Rauminhalt (1 000 m ³)	2 737	1 675	2 246	2 573
Nutzfläche (1 000 m ²)	470	301	404	445
Wohnungen insgesamt ³⁾	8 541	7 330	8 012	7 458

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude
²⁾ einschließlich Wohnheimen
³⁾ in Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)

Im Jahr 2003 wurden außerdem 483 Nichtwohngebäude genehmigt, das entspricht einem anzahlmäßigen Zuwachs von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die veranschlagten Kosten zum Zeitpunkt der Baugenehmigung beliefen sich im Jahr 2003 auf 365,3 Millionen EUR, das sind 13,8 Prozent mehr als im Vorjahr; gleichzeitig sind auch der Rauminhalt (+ 14,6 Prozent) und die Nutzfläche (+ 10,1 Prozent) deutlich angestiegen. Die insgesamt für die Nichtwohngebäude festgestellte Entwicklung war für die einzelnen Gebäudearten unterschiedlich. Während Gebäudegröße und Baukosten z. B. für die Anstaltsgebäude stark zurückgegangen sind, gab es für die sonstigen Nichtwohngebäude einen großen Anstieg.

Erhöhung des Wohnungsbestandes seit 1991 entspricht anzahlmäßig Wohnungsleerstand

Der **Wohnungsbestand** ist in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber 1991 um über 100 000 auf insgesamt 869 315 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden am 31.12.2002 angewachsen. Diesem Zuwachs stand, wie eingangs dargestellt, ein etwa gleich großer Leerstand gegenüber. Am Jahresende 2002 gab es in Mecklenburg-Vorpommern sowie im Durchschnitt der neuen Bundesländer zwar anzahlmäßig mehr Wohnungen je 1 000 Einwohner als im früheren Bundesgebiet (498 bzw. 518 vs. 461 Wohnungen je 1 000 Einwohner), diese waren allerdings deutlich kleiner (35,8 bzw. 37,2 vs. 40,8 Quadratmeter Wohnfläche je Einwohner).

Insgesamt 11,8 Prozent Wohnungsleerstand, ...

Alle vier Jahre (zuletzt 2002) wird im Rahmen des jährlichen Mikrozensus die **Wohnsituation der Privathaushalte** erfragt. Danach gab es im April 2002 in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 862 100 Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum. Davon wurden 31,7 Prozent vom Eigentümer bewohnt (1998: 28,6 Prozent), 56,5 Prozent waren vermietet (1998: 60,1 Prozent) und 11,8 Prozent standen leer (1998: 11,3 Prozent).

... aber deutlich differenziert nach Gebäudearten

Die Leerstandsquoten nach Gebäudeart zeigen ein differenziertes Bild. Für Wohngebäude mit 1 oder 2 Wohneinheiten (in der Regel Einfamilien- oder Doppelhäuser) fallen die Leerstandsquoten mit 7,1 Prozent deutlich geringer aus als in Gebäuden mit 3 bis 6 (16,4 Prozent), 7 bis 12 (13,4 Prozent) oder 13 und mehr Wohneinheiten (14,0 Prozent). Von den Leerstandswohnungen sind 38,3 Prozent vor 1949 errichtet worden.

Rund 5 Quadratmeter mehr Wohnfläche je Wohnung und Person

Insgesamt waren im April 2002 in Mecklenburg-Vorpommern 760 500 Wohneinheiten bewohnt (einschließlich bewohnter Wohneinheiten in Unterkünften). Die durchschnittliche Fläche je bewohnter Wohneinheit betrug 78,2 Quadratmeter und je Person 35,8 Quadratmeter. Im Vergleich zur Erhebung des Jahres 1998 hat die durchschnittliche Fläche je bewohnter Wohneinheit in Mecklenburg-Vorpommern damit um immerhin 5 Quadratmeter zugenommen und es standen je Person in Mietwohnungen 3,8 und in Eigentümerwohnungen 4,5 Quadratmeter mehr zur Verfügung. Die durchschnittliche Zahl der Personen je Wohneinheit sank von 2,4 (1998) auf 2,2 (2002).

Im April 2002 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 64,1 Prozent aller bewohnten Wohneinheiten durch Mieter genutzt (neue Bundesländer: 65,8 Prozent; alte Bundesländer: 55,4 Prozent).

Merkmal	Wohneinheiten nach Belegung im April 2002					
	Leerstandsquoten		Bewohnte Wohneinheiten ²⁾			
	alle Wohneinheiten ¹⁾	nachrichtlich 1998	je Wohneinheit	Fläche		Personen je Wohneinheit
				je Person		
%			2002	1998	Anzahl	
			m ²			
Mecklenburg-Vorpommern						
Insgesamt	11,8	11,3	78	36	31	2,2
darunter						
Mietwohneinheiten	x	x	60,0	31,8	28,0	1,9
Eigentümerwohneinheiten	x	x	110,6	40,6	36,1	2,7
Deutschland	8,2	8,2	89	42	39	2,2
ABL	6,7	6,6	92	43	41	2,2
NBL und Berlin-Ost	14,4	14,4	77	36	33	2,1

1) einschließlich bewohnter Unterkünfte, Wohnheimen, sonstiger Gebäude mit Wohnraum
2) einschließlich Wohnheimen

Gegenüber April 1998 hat in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der bewohnten Mietwohneinheiten ab- (- 5 400) und die Zahl der bewohnten Eigentümereinheiten deutlich zugenommen (+ 38 600). Die Wohneigentümerquote lag mit 35,9 Prozent im April 2002 leicht über der Durchschnittsquote der neuen Bundesländer und Berlin-Ost (34,2 Prozent), aber noch deutlich unter der Eigentümerquote des früheren Bundesgebietes (44,6 Prozent).

Im April 2002 wies Mecklenburg-Vorpommern die niedrigste durchschnittliche Bruttokaltmiete je Quadratmeter Wohnfläche aller Bundesländer aus: Mit 4,97 EUR lag der Quadratmeterzins 0,32 EUR (- 6,0 Prozent) unter dem Durchschnitt der neuen Länder und 1,12 EUR (- 18,4 Prozent) unter der durchschnittlichen Mietzinsbelastung im früheren Bundesgebiet. Damit betrug die kalte Bruttomiete für eine jeweils durchschnittliche Wohnung im April 2002 in Mecklenburg-Vorpommern 387,66 EUR, im Durchschnitt der neuen Länder 407,33 EUR und in den alten Ländern durchschnittlich 560,28 EUR.

Dennoch mussten in Mecklenburg-Vorpommern im April 2002 insgesamt 39,6 Prozent der 435 900 Hauptmieterhaushalte mehr als ein Viertel ihres Haushaltsnettoeinkommens für den Mietzins aufbringen. Etwa jeder neunte Hauptmieterhaushalt musste 2002 sogar 40 und mehr Prozent seines Haushaltsnettoeinkommens für die monatliche Mietzahlung aufbringen.

Der **Baulandmarkt** hat 2003 weiter an Dynamik verloren. Nach Vorliegen der Ergebnisse für das I. bis III. Quartal werden 2003 etwa 20 bis 30 Prozent weniger Baulandverkäufe als im Vorjahr erfolgt sein. Das betrifft sowohl baureifes als auch Rohbauland. Auch 2002 waren bereits die Baulandverkäufe um 12 Prozent zum Vorjahr zurückgegangen.

Der durchschnittliche **Quadratmeterpreis** für baureifes Land bewegt sich seit 2000 um etwa 50 EUR, während Rohbauland zwischen 10 EUR und 15 EUR je Quadratmeter zu erwerben ist.

Jahr	Durchschnittliche Kaufwerte		
	Bauland insgesamt	darunter	
		baureifes Land	Rohbauland
EUR/m ²			
1995	16,48	30,91	9,03
2000	20,89	50,85	10,09
2001	17,95	52,15	10,28
2002	30,59	51,20	14,99
2003 ¹⁾	33,38	52,19	12,66

1) vorläufige Angaben

Das **regionale Preisgefälle** für baureifes Land (Jahresdurchschnitt 2002) zeigt auch weiterhin das bekannte Bild: Am teuersten ist der Quadratmeter baureifen Landes in den kreisfreien Städten, hier reicht die Spanne von 83 EUR in Schwerin über 76 EUR in Wismar bis zu jeweils rund 64 EUR in Stralsund, Rostock, Neubrandenburg und Greifswald. Bei den Landkreisen hat Rügen mit 68 EUR eine Spitzenposition, um die 50 EUR kostet baureifes Land in den Landkreisen Müritz, Bad Doberan, Nordvorpommern und Nordwestmecklenburg. Am Ende der Skala rangieren auch 2002 die Landkreise Uecker-Randow mit 21 EUR und Demmin mit 24 EUR.

Zunahme der Eigentümerquote um 3,7 Prozent, Rückstand zum früheren Bundesgebiet: 8,7 Prozentpunkte

Niedrigste durchschnittliche Quadratmetermiete aller Bundesländer und 18 Prozent günstiger als in Westdeutschland

Baulandmarkt verliert weiter an Dynamik

Handel und Gastgewerbe

Umsatzanstieg im Einzelhandel von 1,1 Prozent

Der **Einzelhandel** (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) in Mecklenburg-Vorpommern hatte im Jahr 2003 nach vorläufigen Ergebnissen gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs des Umsatzes von nominal 1,2 Prozent und real (preisbereinigt) von 1,1 Prozent zu verzeichnen. Im Bundesdurchschnitt war der Einzelhandelsumsatz nominal um 0,7 Prozent und real um 0,8 Prozent geringer als im Vorjahr.

Die Umsatzentwicklung in den einzelnen Branchen verlief differenziert. Die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln erreichten eine deutliche Umsatzsteigerung (real: + 5,0 Prozent). Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, wozu Warenhäuser, Verbraucher- und Supermärkte zählen, verbuchte ein Umsatzplus von real 1,5 Prozent. Eine leichte Umsatzsteigerung erzielte der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln (real: + 0,5 Prozent).

In der großen Gruppe des sonstigen Facheinzelhandels ging der Umsatz insgesamt um real 1,5 Prozent zurück. Rückläufig war hier der Verkauf von Möbeln und Einrichtungsgegenständen (real: - 5,7 Prozent) und von Bekleidung (real: - 1,6 Prozent). Ein Umsatzplus hingegen verbuchte der Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und TV-Geräten (real: + 5,1 Prozent) sowie der Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren (real: + 2,3 Prozent).

Differenzierte Branchenentwicklung

Wirtschaftszweig	Umsatz			Beschäftigte	
	in Preisen des Jahres 2000		in jeweiligen Preisen	insgesamt	darunter
					Teilzeit
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
	2002	2003			
	%				
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	+ 0,4	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 1,6
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	- 7,4	+ 0,5	+ 2,0	- 4,8	- 3,6
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	+ 5,4	+ 5,0	+ 4,2	+ 2,2	+ 5,2
Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	- 7,9	- 1,5	- 1,9	- 3,7	+ 2,5
Einzelhandel insgesamt (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)	- 2,0	+ 1,1	+ 1,2	- 1,1	+ 2,0

1,1 Prozent weniger Beschäftigte im Einzelhandel

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel ging 2003 weiter zurück. Insgesamt wurden 1,1 Prozent weniger Beschäftigte registriert als im Vorjahr. Dabei sank die Zahl der Vollbeschäftigten um 4,8 Prozent, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,0 Prozent anstieg.

Beherbergungsgewerbe mit Umsatzzuwachs

Das **Gastgewerbe** Mecklenburg-Vorpommerns registrierte 2003 nach vorläufigen Ergebnissen insgesamt einen Umsatzrückgang von nominal 0,2 Prozent und real (preisbereinigt) 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt sank der Umsatz im Gastgewerbe nominal um 4,9 Prozent und real um 5,8 Prozent. Die Entwicklung in den Bereichen Beherbergungs- und Gaststättengewerbe verlief differenziert.

Das vom Tourismus lebende Beherbergungsgewerbe erzielte, wie im Vorjahr, ein Umsatzplus. Die große Gruppe der Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis konnte einen Zuwachs von real 2,9 Prozent (2002: + 4,0 Prozent) verbuchen. Das sonstige Beherbergungsgewerbe, dem u. a. die Jugendherbergen, Erholungs- und Ferienheime, Ferienhäuser und -wohnungen, Campingplätze zugeordnet sind, erreichte eine Zuwachsrate von real 2,4 Prozent (2002: + 21,7 Prozent).

Wirtschaftszweig	Umsatz			Beschäftigte		
	in Preisen des Jahres 2000		in jeweiligen Preisen	insgesamt	darunter	
					Teilzeit	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
2002	2003					
%						
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	+ 4,0	+ 2,9	+ 5,2	+ 2,9	+ 18,4	
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	+ 21,7	+ 2,4	+ 4,7	- 4,1	- 21,3	
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	- 9,4	- 6,8	- 6,3	- 6,7	+ 1,8	
Sonstiges Gaststättengewerbe	- 37,4	- 8,3	- 7,7	+ 1,8	+ 9,1	
Kantinen und Caterer	- 13,9	- 1,2	- 0,4	+ 1,2	+ 4,6	
Gastgewerbe insgesamt	- 3,0	- 1,5	- 0,2	- 2,1	+ 3,3	

Im Gaststättengewerbe dagegen wurden in allen Bereichen Umsatzverluste registriert. Die Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen verzeichneten einen Umsatzverlust von real 6,8 Prozent. Einen Rückgang der Umsätze von real 8,3 Prozent musste das sonstige Gaststättengewerbe hinnehmen, wozu Schankwirtschaften und Tanzlokale zählen. Ein Umsatzminus von real 1,2 Prozent meldeten die Kantinen und Caterer.

Gaststättengewerbe mit Umsatzrückgang

Die Zahl der Beschäftigten insgesamt im Gastgewerbe ging ebenfalls zurück (- 2,1 Prozent). Die Anzahl der Vollbeschäftigten verringerte sich dabei um 3,8 Prozent, die Beschäftigung im Teilzeitbereich stieg jedoch um 3,3 Prozent.

Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe gesunken

Der **Großhandel** Mecklenburg-Vorpommerns meldete in 2003 nach vorläufigen Ergebnissen eine Steigerung des Umsatzes von nominal 1,6 Prozent und real (preisbereinigt) 0,4 Prozent. Im Bundesdurchschnitt ging der Umsatz im Großhandel nominal um 0,9 Prozent und real 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Umsatzentwicklung in den einzelnen Branchen verlief unterschiedlich.

Leichte Umsatzsteigerung im Großhandel

Eine deutliche Umsatzsteigerung verzeichnete der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (real: + 15,1 Prozent). Der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern stieg real um 3,1 Prozent.

Starke Umsatzeinbußen verzeichnete der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (real: - 14,0 Prozent). Der Umsatz des Großhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sank real um 2,4 Prozent. Einen Rückgang des Umsatzes um real 0,7 Prozent meldete der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen.

Die Entwicklung der Beschäftigung im Großhandel verlief weiter rückläufig (- 4,4 Prozent). Die Zahl der Vollbeschäftigten verringerte sich dabei um 4,7 Prozent und die der Teilzeitbeschäftigten um 2,2 Prozent.

4,4 Prozent weniger Beschäftigte im Großhandel

Export

Exportvolumen stark gestiegen

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2003 Waren im Wert von 3,1 Milliarden EUR aus Mecklenburg-Vorpommern exportiert. Das entspricht einer Zunahme des Exportvolumens um 35,1 Prozent, nachdem es 2002 um 21,7 Prozent zurückgegangen war. Der Grund für diese Schwankungen sind diskontinuierliche Exportauslieferungen des Schiffbaus. Sie trugen 2003 allein mit einem Drittel zum Ausfuhrergebnis bei (2002: 15,7 Prozent). Unter Ausklammerung des Schiffbaus ergibt sich eine Exportsteigerung von 7,0 Prozent. Die durchschnittliche jährliche Exportsteigerung der vergangenen zehn Jahre betrug insgesamt 10,5 Prozent. Dennoch lag der Anteil der Gesamtausfuhr am Bundesergebnis nur bei rund 0,5 Prozent. Je Einwohner betrug das Exportvolumen 1 762 EUR (Bundesdurchschnitt: 8 018 EUR). In der Ernährungswirtschaft lag das Exportniveau einwohnerbezogen jedoch mit 421 EUR über dem Bundesdurchschnitt von 359 EUR.

Ein Drittel des Gesamtexports Schiffbauerzeugnisse

Insgesamt wurden von der **gewerblichen Wirtschaft** Waren im Wert von 2,2 Milliarden EUR ausgeführt (+ 52,4 Prozent). Das entspricht einem Anteil am Gesamtexport von 72,0 Prozent. Hauptexportgüter der gewerblichen Wirtschaft waren Wasserfahrzeuge mit 1,0 Milliarden EUR (+ 186,0 Prozent). Von Bedeutung waren Exportvolumen und -entwicklung ferner bei Furnieren und Sperrholz (159 Millionen EUR; + 42,0 Prozent) sowie Metallwaren (122 Millionen EUR; + 6,4 Prozent).

Die **Ernährungswirtschaft** erzielte 2003 ein Exportvolumen von 732 Millionen EUR (- 11,0 Prozent). Der größte Anteil der exportierten Waren lag mit 500 Millionen EUR bei den Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs (- 18,9 Prozent). Hauptexportgut war Getreide mit 302 Millionen EUR (- 16,3 Prozent).

Warengruppe	Ausfuhrwert 2003 ¹⁾ Mill. EUR	Anteil am Gesamtausfuhrwert				Veränderung zum Vorjahr ¹⁾
		1992	1996	2002	2003 ¹⁾	
		%				
Ernährungswirtschaft	732,0	28,5	47,1	36,3	23,9	- 11,0
dar.: Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	500,2	17,6	30,3	27,2	16,3	- 18,9
Gewerbliche Wirtschaft	2 200,3	71,5	52,9	63,7	71,8	+ 52,4
dar.: Halbwaren	142,2	7,8	12,4	4,5	4,6	+ 40,1
Fertigwaren	2 019,9	62,6	38,1	58,2	66,0	+ 53,0
dar.: Wasserfahrzeuge	1 017,5	40,3	9,2	15,7	33,2	+ 186,0
Ausfuhr insgesamt	3 062,8 ²⁾	100	100	100	100 ²⁾	+ 35,1

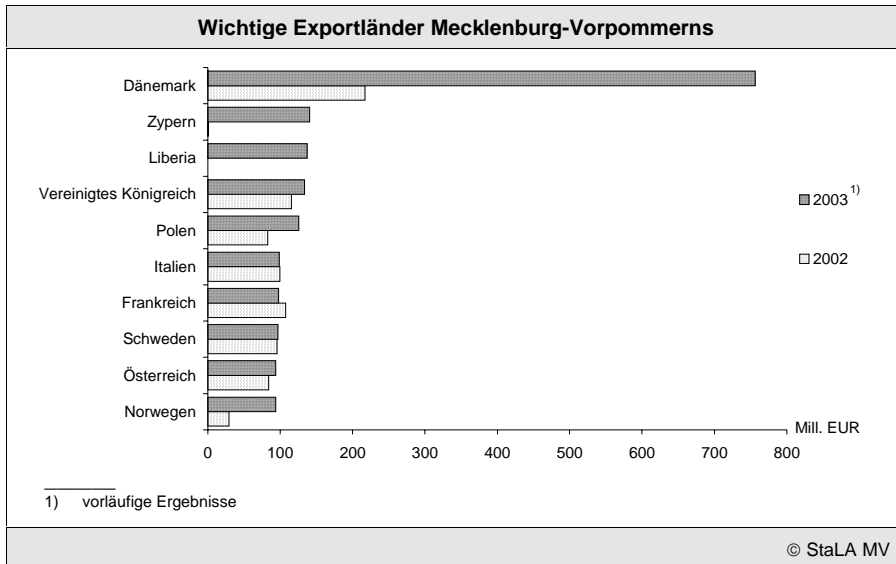
1) vorläufiges Ergebnis
2) einschließlich nicht zuzuordnender Waren

Mehr als zwei Drittel der Exporte in europäische Länder

Wichtigste **Absatzgebiete** waren die europäischen Länder mit einem Exportvolumen von 2,2 Milliarden EUR (+ 44,8 Prozent). Das entspricht einem Anteil am Gesamtexport von 71,3 Prozent. In die EU-Länder wurden davon Waren im Wert von 1,6 Milliarden EUR (+ 44,4 Prozent) aus Mecklenburg-Vorpommern exportiert und in die mittel- und osteuropäischen Länder im Wert von 351 Millionen EUR (+ 29,5 Prozent). Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer erreichte mit 640 Millionen EUR (+ 11,4 Prozent) einen Anteil am Gesamtexport von 20,9 Prozent.

Das wichtigste Ausfuhrland für Mecklenburg-Vorpommern war Dänemark mit einem Volumen von 756,6 Millionen EUR (+ 248,5 Prozent); wichtigste Exportgüter dahin waren Wasserfahrzeuge (604,0 Millionen EUR), Ölfrüchte (11,3 Millionen EUR) und Getreide (10,4 Millionen EUR). Die stärkste Entwicklung (> 1 000 Prozent) erreichte der Export nach Zypern (140,5 Millionen EUR) und nach Liberia (137,2 Millionen EUR). Die Exporte in das Vereinigte Königreich hatten ein Volumen von 133,5 Millionen EUR (+ 15,3 Prozent), nach Polen stieg die Ausfuhr um mehr als die Hälfte (+ 52,1 Prozent) auf 125,6 Millionen EUR.

Dänemark 2003
wichtigstes Ausfuhrland



Tourismus

Insgesamt 22 Millionen Übernachtungen

Die Tourismusbranche in Mecklenburg-Vorpommern konnte im Jahr 2003 wieder einen Zuwachs bei den **Gästekünften und -übernachtungen** verzeichnen. Insgesamt wurden 5,1 Millionen Gäste (+ 8,3 Prozent) in den Beherbergungsbetrieben (ab 9 Betten) registriert. Sie buchten 22,1 Millionen Übernachtungen, was einem Zuwachs von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Vergleich mit den beiden Vorjahren (2002: + 6,3 Prozent; 2001: + 8,3 Prozent) ging die Steigerungsrate zwar zurück, jedoch lag Mecklenburg-Vorpommern - wie bereits in den letzten Jahren - damit wieder an der Spitze aller Bundesländer. Diese mussten im Durchschnitt einen Rückgang von 0,7 Prozent hinnehmen, Schleswig-Holstein verbuchte mit 20,7 Millionen Übernachtungen noch ein Plus von 0,6 Prozent. Die Gäste blieben im Durchschnitt 4,3 Tage (2002: 4,4 Tage) in Mecklenburg-Vorpommern.

5,4 Prozent mehr Übernachtungen, Binnenland holt auf

Die höchste Wachstumsrate bei den Gästeübernachtungen erzielten von den fünf **Reisegebieten** die Mecklenburgische Schweiz und Seenplatte mit 12,3 Prozent. Über dem Landesdurchschnitt lagen auch die Mecklenburgische Ostseeküste mit einer Steigerung von 8,5 Prozent und Westmecklenburg mit 7,6 Prozent. Rügen/Hiddensee erreichte eine Zunahme der Übernachtungen von 2,7 Prozent und Vorpommern von 1,8 Prozent. Die 53 prädikatisierten Gemeinden (Heilbäder, Seebäder, Luftkurorte, Erholungsorte) konnten im Jahr 2003 wiederum mehr als zwei Drittel aller Übernachtungen für sich verbuchen.

Spitzenwert bei der Tourismusintensität

Die **Tourismusintensität** stieg 2003 auf 12 738 Übernachtungen je 1 000 Einwohner (Vorjahr: 11 980) und erreichte damit auch in diesem Jahr wieder den mit Abstand höchsten Wert unter den Bundesländern. Schleswig-Holstein erreichte mit 7 336 Übernachtungen je 1 000 Einwohner (Vorjahr: 7 310) wiederum den zweithöchsten Wert.

Beim Vergleich der absoluten Übernachtungszahlen errang Mecklenburg-Vorpommern, wie im vergangenen Jahr, Platz 6 und hält unter den neuen Bundesländern weiterhin die Spitzenposition.

9,8 Prozent mehr Auslandsgäste

Die positive Tendenz seit 1995 bei den Gästen aus dem **Ausland** setzte sich auch 2003 weiter fort. Insgesamt wählten 218 000 Auslandsgäste (+ 9,8 Prozent) Mecklenburg-Vorpommern als Reiseziel (2002: + 13,2 Prozent). Fast zwei Drittel der Auslandsgäste (65,7 Prozent) kamen aus Schweden, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Der Anteil der Auslandsgäste an allen Gästen beträgt 4,2 Prozent (Deutschland: 16,3 Prozent).

Bettenkapazität fast unverändert

Im Juli 2003 hatten in Mecklenburg-Vorpommern 2 628 Beherbergungsbetriebe (ab 9 Betten) geöffnet. Gegenüber Juli 2002 war das eine Verringerung um 0,7 Prozent. Die angebotene **Bettenkapazität** ging um 0,2 Prozent auf 164 000 Betten (2002: 165 000 Betten) zurück.

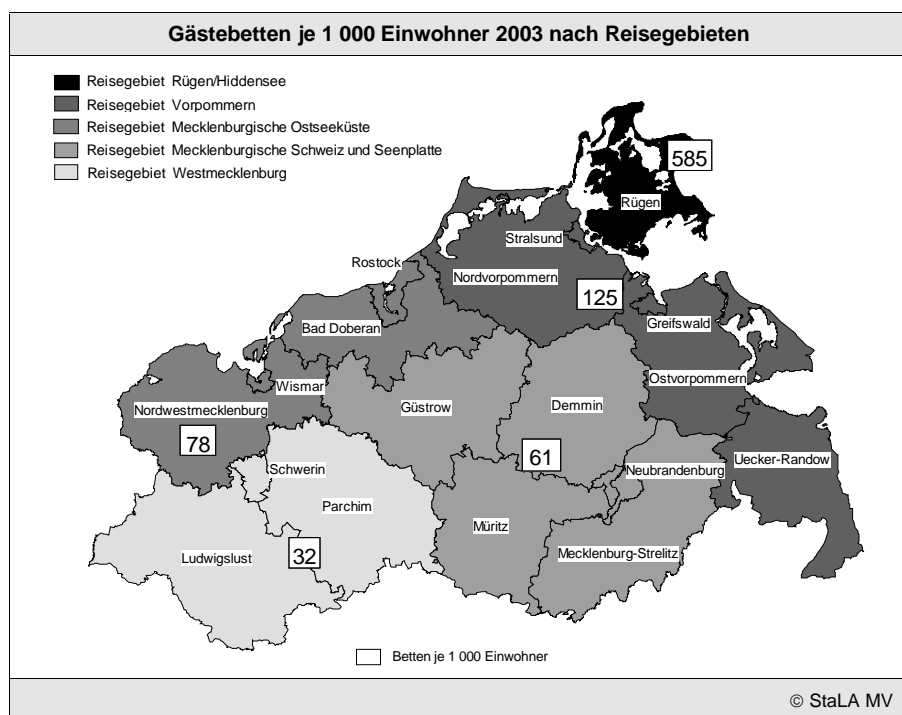
Merkmal	Maßeinheit	1992	1996	2002	2003	Veränderung 2003/02	
							%
Beherbergungsstätten insgesamt ¹⁾	Anzahl	1 069	1 895	2 687	2 656	-	1,2
darunter: geöffnete Betriebe	Anzahl	975	1 690	2 647	2 628	-	0,7
Betten insgesamt ¹⁾	1 000	66,3	106,6	169,5	170,6	+	0,7
darunter: angebotene Betten	1 000	59,9	94,3	164,6	164,3	-	0,2
Ankünfte insgesamt	1 000	1 976	2 850	4 751	5 146	+	8,3
darunter: Ausländer	1 000	87	98	199	218	+	9,8
Übernachtungen insgesamt	1 000	6 659	10 809	21 006	22 140	+	5,4
darunter: Ausländer	1 000	194	236	469	501	+	6,7
Auslastung der gesamten Bettenkapazität	%	28,7	28,7	34,3	35,7		x
Auslastung der angebotenen Bettenkapazität	%	44,6	38,2	38,5	40,9		x
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer insgesamt	Tage	3,4	3,8	4,4	4,3		x
darunter: Ausländer	Tage	2,2	2,4	2,4	2,3		x

1) Stand: Juli

Die **Auslastungsquote** der Bettenkapazität (Beherbergungsbetriebe ab 9 Betten) erhöhte sich auf 40,9 Prozent, darunter im Sommerhalbjahr (Mai bis Oktober) auf 55,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr war das eine Verbesserung um 2,4 bzw. 2,7 Prozentpunkte. Damit erhöhte sich die Auslastung seit 1999 kontinuierlich, nachdem der Trend in den Jahren davor im Zusammenhang mit der starken Ausweitung der Bettenkapazität zunächst negativ war. Die Hotels, die über fast ein Drittel der gesamten Bettenkapazität in Mecklenburg-Vorpommern verfügen, lagen mit einer Auslastungsquote von 46,1 Prozent (2002: 41,9 Prozent) deutlich über dem Landesdurchschnitt und dem Vorjahresergebnis. Im Durchschnitt Deutschlands wurde eine Auslastungsquote von 36,2 Prozent erzielt.

Die **Bettendichte** erhöhte sich in Mecklenburg-Vorpommern weiter auf 98 Betten je 1 000 Einwohner (2002: 96) und weist vor Schleswig-Holstein mit 67 Betten je 1 000 Einwohner (2002: 60) weiterhin den höchsten Wert aller Bundesländer auf. Die Bettendichte verteilt sich regional betrachtet sehr unterschiedlich. Mit Abstand am größten ist sie weiterhin in den Reisegebieten Rügen/Hiddensee sowie Vorpommern.

Weiterhin bundesweit höchste Bettendichte



Den **Campingplätzen** des Landes bescherten der ungewöhnlich warme Sommer und Herbst beachtliche Wachstumsraten. Insgesamt kamen im Jahr 2003 1,0 Millionen Campingfreunde nach Mecklenburg-Vorpommern, das waren 14,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Übernachtungen stiegen um 9,6 Prozent auf 3,8 Millionen an (Deutschland: + 10,7 Prozent). Aus dem Ausland kamen rund 46 000 Gäste, die insgesamt rund 120 000 Übernachtungen buchten (+ 49,4 Prozent). Die größte ausländische Gästegruppe waren die Niederländer mit 54 000 Übernachtungen. Die Camper blieben durchschnittlich 3,7 Tage (2002: 3,8 Tage) in Mecklenburg-Vorpommern. Der Campingtourismus konzentriert sich in Deutschland auf wenige Bundesländer. So entfielen von den insgesamt 23,5 Millionen Übernachtungen 72,7 Prozent auf die fünf Länder Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

14,3 Prozent mehr Camper

Verkehr und weitere Dienstleistungen

Seegüterumschlag: - 4,4 Prozent zum Vorjahr

Der **Seegüterumschlag** in Mecklenburg-Vorpommern sank im Jahr 2003 um 4,4 Prozent, um 1,1 Millionen Tonnen wurde das Vorjahresergebnis verfehlt. Der Fährverkehr entwickelte sich positiv. Der Güterumschlag stieg hier um 7,7 Prozent auf 9,2 Millionen Tonnen, das entsprach einem auf 37,8 Prozent gestiegenen Anteil am Gesamtgüterumschlag. Dabei wurden unter anderem fast 680 000 Personenkraftwagen und Kräder, über 310 000 Lastkraftwagen, 27 000 Omnibusse und 100 000 Eisenbahnwaggons und Triebwagen befördert, insgesamt Ladeeinheiten mit einem zusätzlichen Eigengewicht von 7,2 Millionen Tonnen. Im Passagierverkehr wurden etwas mehr als 5,8 Millionen Personen (+ 13,2 Prozent) über See befördert.

Differenzierte Entwicklung in den Seehäfen

Im Vergleich der größeren Seehäfen Mecklenburg-Vorpommerns zeigten sich erhebliche Unterschiede in der Entwicklung. Der Hafen Rostock hatte einen Rückgang von 635 000 Tonnen (- 3,7 Prozent) zu verzeichnen und kam damit insgesamt auf ein Jahresergebnis von über 16,7 Millionen Tonnen, darunter fast 6,6 Millionen Tonnen im Fährverkehr (+ 11,5 Prozent). Ein leichter Rückgang war auch in Stralsund zu verzeichnen (um fast 12 000 Tonnen; - 1,3 Prozent). Im Hafen Wismar ging der Umschlag um fast 160 000 Tonnen (- 5,6 Prozent) zurück. Auch in Wolgast war der Seegüterumschlag um fast 170 000 Tonnen (- 22,1 Prozent) geringer, in Sassnitz stagnierte der Fährverkehr bei fast 2,7 Millionen Tonnen (- 0,8 Prozent). Einen größeren Rückgang verzeichnete wieder Lubmin um über 75 000 Tonnen (- 20,3 Prozent) auf nur noch 300 000 Tonnen.

Jahr	Seegüterumschlag	Darunter in				
		Rostock	Sassnitz	Stralsund	Wismar	Wolgast
1 000 t						
1992	17 624	9 980	2 542	990	2 035	385
1997	23 603	16 818	2 592	639	1 967	289
2000	26 748	18 634	2 870	681	2 691	748
2001	25 506	17 065	3 011	663	2 792	993
2002	25 474	17 347	2 987	905	2 822	766
2003	24 350	16 712	2 938	893	2 664	596

Vom Gesamtseegüterumschlag in Mecklenburg-Vorpommern entfielen 13,2 Millionen Tonnen (- 4,5 Prozent) auf den Empfang und 11,1 Millionen Tonnen (- 4,3 Prozent) auf den Versand.

Zu den am meisten umgeschlagenen Gütern gehörten landwirtschaftliche Erzeugnisse mit 4,3 Millionen Tonnen, Steine und Erden mit 3,0 Millionen Tonnen, Kraftstoffe und Heizöl mit 1,4 Millionen Tonnen sowie Holz und Kork mit 1,3 Millionen Tonnen.

Mit Schiffen unter deutscher Flagge wurden 2003 insgesamt 2,9 Millionen Tonnen Güter befördert. Deren Anteil am Güterverkehr über See lag damit bei 11,8 Prozent (Vorjahr: 12,5 Prozent).

2003 wurden im **Passagierverkehr** über See in Rostock 2,3 Millionen (+ 12,1 Prozent), in Altwarp 1,6 Millionen (+ 11,5 Prozent), in Sassnitz 935 000 (+ 7,3 Prozent), in den Usedomer Häfen 670 000 (+ 28,9 Prozent) und in Ueckermünde 252 000 (+ 7,4 Prozent) beförderte Personen erfasst.

In der **Binnenschifffahrt** wurden in 2003 nur noch 2 200 Tonnen befördert.

Eisenbahngüterverkehr steigt wieder

Im **Eisenbahngüterverkehr** Mecklenburg-Vorpommerns wurden im Jahr 2003 insgesamt 9,2 Millionen Tonnen Güter befördert, das entspricht einer Steigerung von 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Merkmal	1991	1996	2000	2001	2002	2003
	1 000 t					
Güterverkehr (beförderte Güter)						
Eisenbahn	16 304	9 134	8 052	9 066	8 664	9227
Binnenschifffahrt	77	203	193	38	2	2

Im **Öffentlichen Straßenpersonenverkehr** setzte sich auch 2003 der seit Jahren anhaltende negative Trend bei der Anzahl der beförderten Personen fort. Insgesamt wurden von den größeren Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern fast 128 Millionen Personen befördert, das waren 4,5 Prozent weniger als im Vorjahr.

**4,5 Prozent weniger
Fahrgäste im
Öffentlichen Straßen-
personenverkehr**

Der Allgemeine Linienverkehr, den 95,9 Prozent aller Fahrgäste nutzten, verzeichnete eine weitere Abnahme um 4,3 Prozent auf 122,4 Millionen Personen. Auch in den Sonderformen des Linienverkehrs (Schülerverkehr gegen Entgelt, Berufsverkehr, Markt- und Theaterfahrten) sank die Zahl der mit Omnibussen beförderten Personen erheblich, um 16,7 Prozent auf 2,2 Millionen Personen. Diese Entwicklung wurde vor allem bestimmt durch den Schülerverkehr gegen Entgelt (Anteil: 94,3 Prozent) mit einem Rückgang um 442 000 Personen (- 17,9 Prozent). Der Berufsverkehr mit einer Steigerung um 6 000 Personen (+ 4,9 Prozent) entwickelte sich weiter entgegen dem Trend.

**Im Berufsverkehr wieder
mehr Fahrgäste**

Auch im Gelegenheitsverkehr (Reiseverkehr mit Omnibussen) gab es eine positive Entwicklung. Im Jahr 2003 wurden hier wieder mehr Personen als im Vorjahr befördert (1,205 Millionen Personen; + 4,0 Prozent).

Die Verkehrsleistung (berechnet aus der Anzahl der Fahrgäste und den Fahrtweiten) sank gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent auf 1,4 Milliarden Personenkilometer.

Merkmal	Maß- einheit	Personenverkehr insgesamt				Darunter
		Allgemeiner Linien- verkehr				
		1991	2001	2002	2003	
Beförderte Personen	1 000	171 463	135 808	133 845	127 627	122 363
Personenkilometer	1 000	1 690 064	1 482 779	1 457 321	1 423 266	900 142
Mittlere Reiseweite	km	9,9	10,9	10,9	11,2	7,4
Einnahmen	1 000 EUR	63 634	101 648	105 271	105 941	83 197
Einnahmen je beförderter Person	EUR	0,37	0,75	0,80	0,80	0,63
Unternehmen ¹⁾ im Straßenpersonenverkehr	Anzahl	9	109	104	119	.
Beschäftigte ¹⁾ im Straßenpersonenverkehr	Personen	4 335	3 421	3 386	3282	.

1) einschließlich Unternehmen mit weniger als 6 Omnibussen

Die erzielten Einnahmen der Unternehmen stiegen um 0,6 Prozent auf 105,9 Millionen EUR. Der Beschäftigtenabbau dauerte im Öffentlichen Straßenpersonenverkehr (- 3,1 Prozent) weiterhin an (2002: - 1,0 Prozent).

**25 Prozent des
überörtlichen Straßen-
netzes sind Bundesstra-
ßen und Autobahnen**

Das **überörtliche Straßennetz** in Mecklenburg-Vorpommern hatte 2003 eine Gesamtlänge von 9 878 Kilometern. Davon entfielen auf Autobahnen 443, Bundesstraßen 2 076, Landesstraßen 3 239 und auf Kreisstraßen 4 120 Kilometer. Die Netzdichte betrug 426 Kilometer je 1 000 Quadratkilometer Fläche (zum Vergleich Schleswig-Holstein 2002: 627 km).

**Kraftfahrzeugbestand
nahezu konstant**

Am 1. Januar 2004 waren im Zentralen Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes für Mecklenburg-Vorpommern 1 054 043 Kraftfahrzeuge registriert. Gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres war der **Kraftfahrzeugbestand** nahezu konstant (+ 0,02 Prozent). Im Durchschnitt aller Bundesländer stieg der Kraftfahrzeugbestand um 0,8 Prozent.

Bei den einzelnen Fahrzeugarten war die Bestandsentwicklung sehr differenziert. Im Jahr 2003 gab es nach Fahrzeugarten 891 044 Personenkraftwagen (- 0,04 Prozent), 49 840 Krafträder (+ 4,1 Prozent), 1 944 Kraftomnibusse (- 1,1 Prozent), 72 796 Lastkraftwagen (- 2,0 Prozent), 27 627 Zugmaschinen (- 1,2 Prozent) sowie 10 792 übrige Kraftfahrzeuge (- 0,2 Prozent). Der Bestand an Kraftfahrzeuganhängern stieg um 2,2 Prozent auf 146 254.

Auf 1 000 Einwohner kamen in Mecklenburg-Vorpommern am 1. Januar 2004 604 Kraftfahrzeuge, darunter 511 Personenkraftwagen (Deutschland: 655 bzw. 545). Von den fünf neuen Bundesländern war Mecklenburg-Vorpommern bei Personenkraftwagen das Schlusslicht.

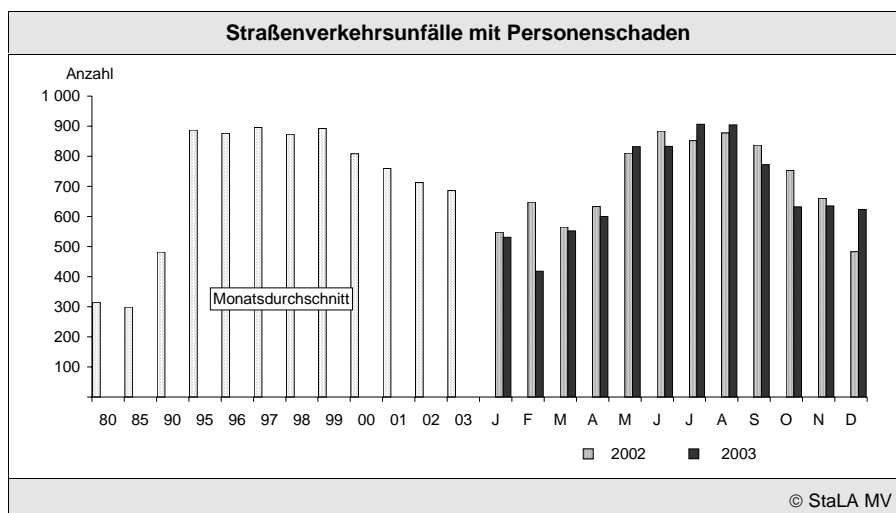
3,9 Prozent weniger Neuzulassungen von Kfz

Nach einem Rückgang der **Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen** im Vorjahr (- 1,4 Prozent) war die Nachfrage nach Neuwagen im Jahr 2003 wiederum rückläufig (- 3,9 Prozent). Insgesamt wurden 58 791 Kraftfahrzeuge neu zugelassen, darunter 49 188 Personenkraftwagen (- 3,4 Prozent), 3 269 Krafträder (- 7,6 Prozent), 4 271 Lastkraftwagen (- 6,1 Prozent) und 1 475 Zugmaschinen (- 8,5 Prozent). Die Neuzulassung von dieselgetriebenen Personenkraftwagen sank um 0,6 Prozent. In Deutschland wurden 0,7 Prozent weniger Kraftfahrzeuge neu zugelassen als im Vorjahr. Fast alle der neu zugelassenen Personenkraftwagen waren schadstoffreduzierte Fahrzeuge (49 183).

Bei **Besitzumschreibungen**, also dem Handel mit gebrauchten Fahrzeugen, war die Entwicklung auch im Jahr 2003 wieder rückläufig. Insgesamt registrierte das Kraftfahrt-Bundesamt für Mecklenburg-Vorpommern 154 967 Ummeldungen von Kraftfahrzeugen auf einen anderen Halter, das waren 1,3 Prozent weniger als im Vorjahr (Pkw: - 1,3 Prozent). In Deutschland ging das Gebrauchtwagengeschäft um 1,0 Prozent zurück (Pkw: - 0,9 Prozent).

Wieder weniger Getötete im Straßenverkehr

Auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns wurden im Jahr 2003 insgesamt 61 745 **Straßenverkehrsunfälle** von der Polizei registriert. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Rückgang um 1,7 Prozent. Auch die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden gingen leicht zurück (- 3,7 Prozent) und erreichten mit 8 236 den niedrigsten Stand seit 1991. Insgesamt verunglückten 10 728 Verkehrsteilnehmer, das waren 5,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten ging wieder zurück (- 1,7 Prozent). Die Quote der tödlichen Straßenverkehrsunfälle in Mecklenburg-Vorpommern verringerte sich leicht auf 163 Getötete je 1 Million Einwohner (2002: 164). Im Vergleich der Bundesländer ist dies jedoch weiterhin der höchste Stand (Deutschland: 80 Getötete je 1 Million Einwohner).



Mit dem Berichtsjahr 2000 wurde erstmals die jährliche **Strukturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen** durchgeführt. Sie erhebt Daten für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für den Bereich der unternehmensnahen Dienstleister. Die Dienstleistungsstatistik ist eine Stichprobenerhebung ¹⁾. Auf der Grundlage der bei den befragten Stichprobenunternehmen erfassten Merkmalswerte werden durch Hochrechnung entsprechende Totalwerte ermittelt.

Nach den hochgerechneten Ergebnissen für das Jahr 2001 gab es 2 300 Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** und 6 700 Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt **Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen** ²⁾ mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern. Im letztgenannten, sehr heterogenen Wirtschaftsabschnitt sind sowohl Unternehmen als auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit zusammengefasst. Sie erbringen Dienstleistungen sowohl für die Wirtschaft und den Staat als auch für private Haushalte. Schwerpunkte ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit liegen in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung von beweglichen Sachen ohne Bedienpersonal, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung oder in der Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Unternehmensdienstleister). Die zuletzt genannte Tätigkeit umfasst vor allem freiberuflich Tätige wie zum Beispiel Rechts-, Steuer- und Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Architekten und Ingenieure. Ferner gehören zu den Unternehmensdienstleistern auch handwerksnahe Beschäftigungen wie die Gebäudereinigung, Schädlingsbekämpfung und das fotografische Gewerbe.

Mehr als 80 Prozent dieser Unternehmen waren Einzelunternehmen bzw. Personengesellschaften. Die durchschnittliche Unternehmensgröße lag im Wirtschaftsabschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung bei 10 tätigen Personen (Deutschland 2001: 19) und im Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen bei 7 tätigen Personen je Unternehmen (Deutschland 2001: 7).

Von den tätigen Personen waren im Wirtschaftsabschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung 91,7 Prozent (Deutschland 2001: 91,5 Prozent) und im Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen 83,4 Prozent (Deutschland 2001: 84,3 Prozent) Lohn- und Gehaltsempfänger. Im Wirtschaftsabschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung hat der Bereich Nachrichtenübermittlung einen Anteil an den Beschäftigten von 20,5 Prozent. Die dort realisierten Umsätze je Beschäftigten entsprechen jedoch nur rund 10 Prozent des deutschen Durchschnitts. Das liegt darin begründet, dass die Post- und Kurierdienste - hier besonders die Zeitungsdienste - sehr personalintensiv sind, die Einkommen jedoch relativ niedrig liegen. Umsatzstarke Unternehmen dieses Bereiches, die zwar Betriebe, nicht aber ihren Sitz in Mecklenburg-Vorpommern haben, gehen nicht in das Landesergebnis ein. Vom Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen waren drei Viertel aller tätigen Personen in der Wirtschaftsabteilung Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen tätig. Dort lagen die Umsätze je Beschäftigten um 41,8 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, die Aufwendungen insgesamt im Verhältnis zum Umsatz waren mit 75,2 Prozent etwas höher als im Bundesdurchschnitt (74,7 Prozent). Der Anteil der Personalaufwendungen an den Aufwendungen der Unternehmensdienstleister insgesamt war mit 52,9 Prozent höher als im Durchschnitt Deutschlands (43,3 Prozent).

1) Die Erhebung beruht auf dem Dienstleistungsstatistikgesetz vom 19. Dezember 2000, nach dem jährlich bundesweit von höchstens 15 Prozent aller Erhebungseinheiten (Auswahlgesamtheit aus dem Unternehmensregister der amtlichen Statistik) eine Zufallsstichprobe nach mathematisch-statistischer Methode gezogen wird.

2) Unternehmen oder Einrichtungen mit einem Umsatz von mehr als 16 620 EUR

Wirtschaftszweig	Tätige Personen ¹⁾		Umsatz ²⁾ je Beschäftigten		Verhältnis der Aufwendungen zum Umsatz insgesamt	
	insgesamt	je Unter- nehmen	Mecklen- burg- Vorpom- mern	Deutsch- land = 100	Mecklen- burg- Vorpom- mern	Deutsch- land
	2001					
	%	Anzahl	1 000 EUR	Messzahl	%	
Verkehr und Nachrichten- übermittlung insgesamt	100	10	75	55,3	75,4	88,7
davon						
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	46,9	7	60	72,6	83,3	87,4
Schifffahrt	5,6	13	312	55,4	57,5	70,7
Luftfahrt	0,2	6	42	19,2	134,5	132,0
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung	26,9	13	100	54,5	78,1	88,1
Nachrichtenübermittlung	20,5	43	13	9,6	81,0	81,6
Grundstücks- und Wohn- ungswesen, Vermietung von bewegl. Sachen, Erbringung von Dienst- leistungen überw. für Un- ternehmen insgesamt	100	7	74	71,4	65,3	69,5
davon						
Grundstücks- und Wohn- ungswesen	16,7	4	217	89,6	54,2	48,6
Vermietung bewegl. Sachen ohne Bedien- personal	2,1	4	104	32,2	62,3	49,3
Datenverarbeitung und Datenbanken	4,4	9	76	45,2	88,7	85,3
Forschung und Entwick- lung	0,9	8	47	64,2	98,8	118,0
Erbringung von Dienst- leistungen überwiegend für Unternehmen	76,0	8	42	58,2	75,2	74,7

1) Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Lohn- und Gehaltsempfänger am 30. September 2001
2) Summe von Umsatz oder Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit und sonstigen Erträgen (ohne Umsatzsteuer)

Die im Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen durchgeführten Investitionen entfielen in 2001 zu 71,0 Prozent auf das Grundstücks- und Wohnungswesen und entsprachen dort 31,8 Prozent des Umsatzes.

Betriebliche Steuern und sonstige Abgaben sowie Subventionen hielten sich im letztgenannten Wirtschaftsabschnitt 2001 die Waage.

Umwelt

Der Gesundheitszustand der Wälder in Mecklenburg-Vorpommern hat sich gegenüber schlechten Ausgangswerten zu Beginn der 90er Jahre, insbesondere aufgrund deutlich rückläufiger Luftschadstoffbelastungen, auf einem verhältnismäßig niedrigen Schadniveau stabilisiert.

Nach Angaben des aktuellen Waldzustandsberichtes ging 2003 der Anteil der Bäume ohne Schadensmerkmale im Vergleich zum Vorjahr allerdings deutlich, und zwar um 7 Prozentpunkte, zurück. Diese Differenz hat sich etwa je zur Hälfte zu den schwach bzw. mittelstark geschädigten Bäumen verlagert. Nur minimal zugenommen hat demgegenüber der Anteil stark geschädigter Bäume (+ 0,2 Prozentpunkte), während der Anteil abgestorbener Bäume gleich blieb. Im Gesamtergebnis waren 2003, wie in den Vorjahren, Laubbäume häufiger deutlich geschädigt als Nadelbäume und die über 60-jährigen Bäume zeigten wiederum häufiger deutliche Schäden als jüngere.

Die aktuelle Waldschadensentwicklung ist hauptsächlich auf starke meteorologische Einflüsse zurückzuführen. So steht der derzeitige Gesundheitszustand des Waldes in einem engen kausalen Zusammenhang mit den hohen Niederschlägen in Verbindung mit überdurchschnittlichen Temperaturen im Jahr 2002 sowie der trocken-heißen Witterung in 2003.

Waldgesundheit weiter stabilisiert

Jahr	Schadstufen			
	ohne Schadensmerkmale	schwache Schäden	mittelstark geschädigt	stark geschädigt und abgestorben
%				
1991	19,4	31,7	45,9	3,0
2000	45,0	39,3	15,1	0,6
2001	44,2	40,0	14,9	0,9
2002	46,2	43,9	9,4	0,5
2003	39,2	47,2	12,9	0,7

Quelle: Waldzustandsberichte des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern

Die Qualität der **Fließgewässer** Mecklenburg-Vorpommerns hat sich gegenüber 1989, hauptsächlich durch die rückläufigen Lasteneinträge aus kommunalen und gewerblichen Abwässern sowie durch die Verringerung der zumeist diffusen Belastungen aus der Landwirtschaft, insgesamt verbessert. Besonders in der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren deutliche Fortschritte bei der Erhöhung der Fließgewässerqualität zu verzeichnen. 2002 wurden insgesamt 84 Prozent der untersuchten Fließgewässer in Bezug auf Sauerstoffgehalt und organische Belastung als kaum bzw. gering belastet eingestuft, das entsprach einem Zuwachs von 7 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Im Einzelnen fiel der Anteil kaum belasteter Flüsse um 5 Punkte auf 15 Prozent zurück, während der Anteil gering belasteter Fließgewässer um 12 Punkte auf 69 Prozent anstieg. Nur noch 16 Prozent der untersuchten Flüsse waren stark bzw. sehr stark belastet im Vergleich zu 23 Prozent in 2001.

Fließgewässerqualität weiter verbessert

Jahr	Anzahl der Messstellen in den Fließgewässern	Davon in				
		Beschaffenheitsklasse ¹⁾				
		nach Sauerstoffhaushalt und organischer Belastung				
%						
1	2	3	4	5		
1989	156	3	37	47	10	3
2000	177	13	66	20	1	-
2001	176	20	57	22	1	-
2002	176	15	69	16	-	-

Quelle: Gewässergüteberichte des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern

1) 1 kaum belastet
2 gering belastet
3 stark belastet
4 sehr stark belastet
5 übermäßig belastet

Standgewässer reagieren aufgrund ihrer Wirkung als Nährstoffsinken wesentlich langsamer auf Belastungsveränderungen als die sich ständig freispülenden Fließgewässer. Insofern ist in Mecklenburg-Vorpommern selbst bei konsequenter Reduzierung von Nährstoffeinträgen in diesem Bereich erst ganz allmählich mit einer wesentlichen Verbesserung der Gewässergüte zu rechnen.

Überwiegend geringe Bioproduktion in Standgewässern

Der überwiegende Teil der in 2002 untersuchten Seen wurde, wie im Vorjahr, als mesotroph eingestuft. Diese Gewässer sind vor allem durch eine geringe pflanzliche Bioproduktion (Algen) und mittlere Sichttiefen gekennzeichnet. Als kaum belastete Standgewässer (oligotroph) konnten in Mecklenburg-Vorpommern erstmals 74 Hektar eingestuft werden. Bei der Beurteilung der Gewässergüte ist zu berücksichtigen, dass viele Seen, insbesondere kleine und flache, aufgrund der natürlichen Gegebenheiten aber nährstoffreich und deshalb bereits durch eine höhere Algenproduktion belastet sind.

Trophieklasse ¹⁾	Klassifizierte Seen ²⁾		Seefläche ³⁾	
	2001	2002	2001	2002
	Anzahl		ha	
Oligotroph	-	2	-	74
Mesotroph	24	36	15 592	19 203
Schwach eutroph	40	22	11 412	713
Stark eutroph	42	34	1 028	7 565
Schwach polytroph	41	33	2 129	3 692
Stark polytroph	27	23	1 385	952
Hypertroph	15	7	110	33

Quelle: Gewässergüteberichte des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern
 1) bezieht sich auf die Intensität der Bioproduktion des Phytoplanktons:
 oligotroph: kaum Bioproduktion, hohe Sichttiefe
 mesotroph: geringe Bioproduktion, mittlere Sichttiefe
 eutroph: mäßige Bioproduktion, geringe Sichttiefe
 polytroph: hohe Bioproduktion, Sichttiefen sehr gering, oft unter 1 m
 hypertroph: übermäßig hohe Bioproduktion; Sichttiefen meist unter 0,5 m
 2) Klassifizierung gemäß Richtlinie der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser „Gewässerbewertung - Stehende Gewässer“, 1998
 3) Zusammenfassung der jeweiligen Jahresangaben aufgrund von Mehrfachuntersuchungen nicht möglich, die Jahrgänge untereinander lassen sich im Sinne einer Entwicklung direkt nicht vergleichen, da in jedem Jahr zum größten Teil jeweils andere Seen untersucht worden sind.

Trinkwasserverbrauch: 101 Liter je Einwohner und Tag

Die **Wasserabgabe** öffentlicher Versorgungsunternehmen an Endverbraucher in Mecklenburg-Vorpommern betrug 2001 rund 83 Millionen Kubikmeter. Gut 78 Prozent entfielen davon auf Haushalte und Kleingewerbe. Durchschnittlich verbrauchte jeder Einwohner 101 Liter Trinkwasser am Tag, 55 Liter weniger als noch vor zehn Jahren. Der Wasserverbrauch je Einwohner liegt derzeit in Mecklenburg-Vorpommern 20 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Anschlussgrad der Haushalte an Kanalisation und Kläranlagen angestiegen

Der Anschlussgrad der Haushalte an die öffentliche Kanalisation bzw. an öffentliche Kläranlagen lag - bezogen auf die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns - 2001 bei 82 bzw. 81 Prozent. Ein Vergleich mit dem entsprechenden Bundesdurchschnitt von 93 bzw. 91 Prozent zeigt den noch vorhandenen Nachholbedarf hinsichtlich der Abwassersammlung und -behandlung. Ein Anschluss aller Haushalte an die öffentliche Abwasserbeseitigung ist aufgrund der besonders im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns geringen Bevölkerungsdichte aber nicht vorgesehen. Etwa 15 Prozent der Bevölkerung werden auch in Zukunft ihr Abwasser in Klein- bzw. Hauskläranlagen oder abflusslosen Gruben entsorgen.

Effizienz der Wassernutzung höher als im Bundesdurchschnitt

Das **industrielle Wasseraufkommen** betrug 2001 insgesamt 20,9 Millionen Kubikmeter. Der Nutzungsfaktor, also das Verhältnis zwischen mehrfach bzw. im Kreislauf genutztem und eingesetztem Frischwasser, betrug 2001 8,2, der entsprechende Bundesdurchschnitt 4,8.

Abwasser vorwiegend unbehandelt abgeleitet

Ein großer Teilstrom des Abwassers (2001: 57 Prozent) wird unbehandelt in den Wasserkreislauf zurückgeführt, da es sich dabei vorrangig um unbelastetes Abwasser, das z. B. bei der Gewinnung von Steinen und Erden anfällt, bzw. um Kühlwasser aus Industriebetrieben handelt. Die restlichen Abwassermengen werden in betriebseigene Kläranlagen (21 Prozent) bzw. in die öffentliche Kanalisation (22 Prozent) abgeleitet.

Nahezu alles, was gekauft wird, ist in irgendeiner Weise verpackt. 2002 wurden in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 154 000 Tonnen Verkaufsverpackungen in privaten Haushalten und ähnlichen Anfallstellen bzw. über Wertstoffcontainer erfasst. Mit einem Plus von 1,3 Prozent stabilisierte sich die Sammelbilanz 2002 geringfügig über dem Vorjahresniveau. Insgesamt entfielen auf jeden Bürger des Landes etwa 88 Kilogramm gebrauchte Verpackungen aus Glas, Papier, Pappe, Karton und Leichtstofffraktionen. Im Durchschnitt brachte jeder Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns rund 34 Kilogramm Glas und 18 Kilogramm Verpackungen aus Papier, Pappe und Kartonagen (ohne Zeitungen, Illustrierte und Ähnliches) zum Wertstoffcontainer. Darüber hinaus wurden über die Gelbe Tonne bzw. über den Gelben Sack pro Kopf der Bevölkerung 36 Kilogramm Leichtstoffverpackungen, wie Getränkeverbunde, Styropor, Aluminium, Mischkunststoffe und Dosen, eingesammelt.

**88 Kilogramm Verkaufs-
müll je Einwohner einge-
sammelt**

Von den einzelnen Wertstofffraktionen wurden 2002 wiederum deutlich mehr Leichtstofffraktionen (+ 5,2 Prozent) eingesammelt als 2001, während die Erfassungsmengen bei Papier, Pappe, Kartonagen und Glas sich das dritte Jahr in Folge rückläufig entwickelten. Ausschlaggebend für den Rückgang ist insbesondere der vermehrte Absatz von leichten Kunststoffverpackungen, wie PET-Flaschen, zu Lasten von Glas.

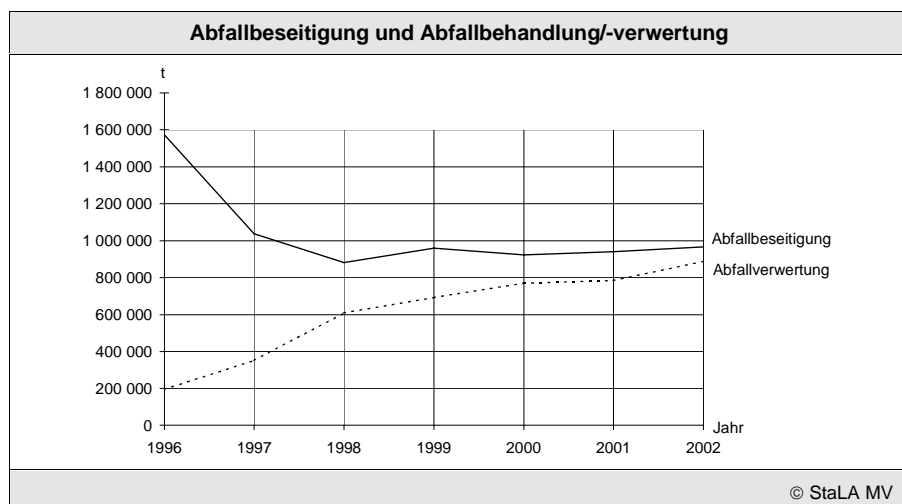
**Weniger Glas und Pa-
pier, aber mehr Leicht-
stofffraktionen einge-
sammelt**

Aufgabe einer nachhaltigen Abfallwirtschaft ist es, unvermeidbaren Müll einer umwelt- und ressourcenschonenden Entsorgung zuzuführen. Lediglich Abfälle, die nicht verwertet oder behandelt werden können, sind ordnungsgemäß zu beseitigen, d. h. zu deponieren oder zu verbrennen. In Mecklenburg-Vorpommern nehmen derzeit etwa 114 Entsorgungsanlagen Abfälle an, ausgenommen Bauschuttzubereitungs- und Sortieranlagen. 2002 wurden insgesamt 1,9 Millionen Tonnen Abfälle an Entsorgungsanlagen angeliefert. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rund 130 000 Tonnen bzw. 7 Prozent.

**2002 wieder mehr
Abfälle entsorgt**

Der angelieferte Abfall wurde 2002 zu 52 Prozent deponiert, die übrigen 48 Prozent gingen an Anlagen zur Behandlung bzw. Verwertung von Abfällen. Vor zehn Jahren lag der Anteil der Beseitigungsabfälle an der Gesamtabfallmenge noch bei 90 Prozent. Seitdem hat sich die Palette der Verwertungsmöglichkeiten und damit zugleich auch der Umfang der Behandlung bzw. Verwertung von Abfällen im Rahmen der zunehmenden Kreislaufführung deutlich erhöht. Derzeit nehmen 105 öffentlich bzw. gewerblich betriebene Entsorgungsanlagen Abfälle zur Behandlung/Verwertung an, während es 1993 nur 22 Anlagen waren. Standen zu jener Zeit 67 Deponien zur Beseitigung von Abfällen zur Verfügung, so sind heute lediglich 9 Deponien in Betrieb.

**Die Hälfte der ange-
lieferten Abfälle wird
deponiert**



Kompostierung und Vergärung gewinnen an Bedeutung

2002 wurden in Mecklenburg-Vorpommern rund 967 000 Tonnen Abfälle (ohne besonders überwachungsbedürftige Abfälle), 3 Prozent mehr als 2001, zur Deponierung angeliefert. Damit ist die Menge der Beseitigungsabfälle das dritte Jahr in Folge weiter angestiegen. Bei den deponierten Abfällen dominierten mit fast 60 Prozent Siedlungsabfälle, die sich vor allem aus Haushaltsabfällen und ähnlichen gewerblichen und industriellen Abfällen zusammensetzen. Ohnehin stellt Hausmüll in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren das größte Segment am Abfallaufkommen insgesamt dar.

An **Behandlungsanlagen** sind 2002 rund 890 000 Tonnen Abfall angeliefert worden. Das ist eine Steigerung von 13 Prozent oder 104 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr.

Gut 407 000 Tonnen bzw. 22 Prozent des Gesamtabfallaufkommens wurden in Kompostierungs- oder Vergärungsanlagen einer Verwertung zugeführt. Damit stellen Kompostierung und Vergärung hinsichtlich der angenommenen Abfallmengen nach der Deponierung in Mecklenburg-Vorpommern die wichtigsten Abfallentsorgungsverfahren dar. Gegenüber 2001 sind die in dieser Form verwerteten Abfallmengen um rund 5 Prozent angestiegen, wobei erstmals mehr organische Abfälle in Biogasanlagen als in Kompostierungsanlagen eingesetzt wurden. Das bei der Vergärung entstehende Biogas wurde zur regenerativen Strom- bzw. Wärmeerzeugung eingesetzt.

Etwa 14 Prozent der an Anlagen der Entsorgungswirtschaft abgegebenen Abfälle wurden 2002 in thermischen Behandlungsanlagen für Altholz verwertet, dabei wurden ebenfalls Strom bzw. Wärme erzeugt. Bei den in Biomasseheizkraftwerken eingesetzten Abfällen handelte es sich vorwiegend um Bau- und Abbruchholz, während in Biogasanlagen vor allem Gülle und Schlämme eingesetzt wurden.

Die übrigen Abfallmengen sind hauptsächlich Schredderanlagen und in geringem Umfang chemisch-physikalischen- oder Bodenbehandlungsanlagen zugeführt worden.

Art der Abfallentsorgung	In Anlagen der Entsorgungswirtschaft eingesetzte Abfallmengen ^{1) 2)}			
	1999	2000	2001	2002
Insgesamt	1 650 898	1 692 563	1 725 255	1 855 201
davon				
Abfallbeseitigung	959 071	923 093	940 864	967 129
Abfallbehandlung	691 827	769 470	784 391	888 072
davon				
chemisch-physikalische Behandlung	12 475	2 376	3 655	1 808
Bodenbehandlung	907	2 476	2 630	2 848
sonstige Behandlung	192 947	246 874	256 590	276 447
Kompostierung	346 268	386 932	389 115	406 769
Schredderanlagen	139 230	130 812	132 401	200 200

1) ohne besonders überwachungsbedürftige Abfälle
2) ohne Sortieranlagen und Zerlegeeinrichtungen

Bauabfallverwertungsaufkommen bedingt rückläufig

Bauabfälle stellen aufgrund ihrer alljährlich großen Anfallmengen in Mecklenburg-Vorpommern einen großen Teil des Abfallaufkommens und sind daher von besonderem entsorgungswirtschaftlichen Interesse. Im Jahr 2002 wurden rund 2,2 Millionen Tonnen Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch und Baustellenabfälle an mobile oder stationäre Bauabfallrecyclinganlagen angeliefert. Das ist ein Rückgang von 35 Prozent oder 1,2 Millionen Tonnen gegenüber der vorherigen Umfrage im Jahr 2000.

Bauabfälle verfügen in der Regel über ein hohes Wiederverwertungspotenzial. So verblieben 2002 durch das Recycling fast 97 Prozent der eingesetzten Ausgangsstoffe im Baustoffkreislauf. Die wiedergewonnenen Stoffe wurden überwiegend (84 Prozent) als Beton- und Ziegelrecyclat im Straßen-, Wege- und sonstigen Erdbau, zum Beispiel in Lärmschutzwällen, verwendet.

97 Prozent der eingesetzten Bauabfälle wiederverwertet

Zusätzlich zu den Bauabfallrecyclinganlagen haben in Mecklenburg-Vorpommern 22 Asphaltmischanlagen rund 284 000 Tonnen Ausbauspalt angenommen und diesen zu Heißmischgut für den Straßen- und Wegebau aufbereitet. Damit stieg die Wiederverwertung von Ausbauspalt 2002 gegenüber 2000 um 15 Prozent bzw. 37 000 Tonnen an.

Insgesamt zeichnete sich beim Recycling von Bauabfällen gegenüber 2000 aber ein deutlicher Rückgang ab. Eine Ursache hierfür ist nach Auskunft der Anlagenbetreiber die seit Jahren rückläufige Bautätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern, die nun zeitverzögert auch das Bauabfallrecycling beeinflusst.

Vor zehn Jahren stellten Bauabfälle noch ein gravierendes Problem im Hinblick auf die Belastung vorhandener Deponieflächen dar. Inzwischen wird der überwiegende Teil gebrauchter Bauabfälle einer Wiederverwertung als Sekundärbaustoff zugeführt und nur noch Abfälle, die nicht recycelt werden können, gelangen zur Beseitigung auf die Deponien. 2002 waren das in Mecklenburg-Vorpommern weniger als 200 000 Tonnen Bauabfälle.

Des Weiteren wurden in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 rund 1,1 Millionen Tonnen Abfall, knapp 17 Prozent mehr als im Vorjahr, durch Verfüllung in übertägigen Kiesabbaustätten einer Verwertung zugeführt. Mehr als 90 Prozent der eingesetzten Abfälle bestanden aus unbelasteter Erde und Steinen, die übrigen 9 Prozent waren Ziegel und Beton.

Die Aufwendungen für den **Umweltschutz** im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau übertrafen im Jahr 2002 mit rund 7,2 Millionen EUR das Vorjahresergebnis um 8 Prozent. Der Aufschwung ist maßgeblich auf die höhere Investitionstätigkeit in den Branchen Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden sowie dem Ernährungsgewerbe zurückzuführen.

An den Gesamtinvestitionen in Industrie und Bergbau hatten die Ausgaben für Umweltschutzmaßnahmen 2002 einen Anteil von 2,1 Prozent und lagen damit 0,7 Prozentpunkte über dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Die Betriebe veranlagten knapp die Hälfte in technische Anlagen und Maschinen zur Luftreinhaltung. Mehr als ein Drittel des Investitionsvolumens wurde für eine umweltgerechte Abfallentsorgung eingesetzt, der Rest verteilte sich vor allem auf Maßnahmen zum Schutz der Gewässer und zur Lärmbekämpfung.

Die in den zurückliegenden Jahren im Allgemeinen schwache Entwicklung der Umweltschutzausgaben ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der noch bis Mitte der 90er Jahre bestehende Aufholprozess der Industriebetriebe an produkt- und produktionsbezogenen Umweltschutzmaßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber Westdeutschland heute weitgehend abgeschlossen ist. Andererseits nimmt der so genannte integrierte Umweltschutz in technischen Anlagen und Maschinen ständig zu, ohne dass diese Aufwendungen bisher als Investitionen für den Umweltschutz quantifiziert wurden.

Umweltschutzausgaben der Industrie gestiegen

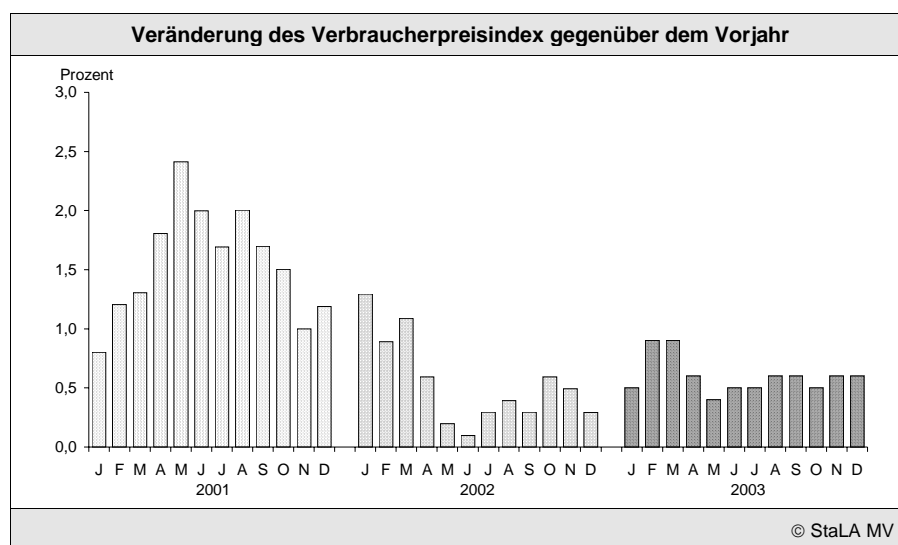
Verbraucherpreise ^{*)}

Gemäßigte Verbraucherpreisentwicklung setzt sich 2003 fort

Im Jahr 2003 setzte sich die gemäßigte **Entwicklung der Verbraucherpreise** des Jahres 2002 fort. Durchschnittlich mussten die privaten Verbraucher 2003 für Waren und Dienstleistungen nur 0,6 Prozent mehr ausgeben als im Vorjahr. Damit sind diese beiden Jahre (2002: + 0,5 Prozent) nach 1999 (+ 0,3 Prozent gegenüber 1998) aus Verbrauchersicht die günstigsten in Mecklenburg-Vorpommern seit der Wende.

In gewichtigen Hauptgruppen des privaten Verbrauchs gab es 2003 nur moderate Preisveränderungen. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verbilligten sich sogar um 0,9 Prozent, Waren und Dienstleistungen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ließen um 0,7 Prozent im Preis nach, und auch die Ausgaben für Wohnen (Bruttomiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe) erhöhten sich nur um 0,6 Prozent. Bekleidung und Schuhe waren 2003 insgesamt um 1,0 Prozent günstiger zu bekommen. Auf die vorgenannten Warengruppen entfallen fast 60 Prozent aller Ausgaben privater Haushalte.

Teurer als 2002 waren insbesondere alkoholische Getränke und Tabakwaren (+ 6,0 Prozent) sowie Waren und Dienstleistungen für Verkehr (+ 2,0 Prozent). Ursachen hierfür sind u. a. die höhere Tabaksteuer ab Januar 2003 und eine weitere Stufe der ökologischen Steuerreform, die Preisanstiege für Kraftstoffe und Heizöl von jeweils 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr mit sich brachte.



^{*)} Ab dem Berichtsmonat Januar 2003 wurde der „Verbraucherpreisindex“ für Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Er löst den bisherigen „Preisindex für die Lebenshaltung“ ab. Gleichzeitig erfolgte die Umstellung auf das Basisjahr 2000 (das bisherige Basisjahr war 1995) und damit eine Anpassung des Warenkorbes an die veränderten Verbrauchsgewohnheiten. Auf dieser Grundlage wurden rückwirkend auch die hier dargestellte Verbraucherpreisentwicklung seit 2001 ermittelt.

Finanzen und Steuern

Im Jahr 2003 hat sich die Lage der öffentlichen Haushalte nicht verbessert. Die anhaltende Stagnation der Wirtschaft sowie stark steigende Sozialausgaben bestimmten die Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Bei den **Staatsfinanzen** sind die kassenmäßigen Gesamteinnahmen des Landes im Vergleich zum Vorjahr um 256,8 Millionen EUR (- 4,0 Prozent) auf 6 190,9 Millionen EUR gesunken, gleichzeitig sind die Ausgaben durch Sparmaßnahmen aber nur um 101,6 Millionen EUR auf 7 172,8 Millionen EUR zurückgegangen, der Finanzierungssaldo betrug somit - 981,9 Millionen EUR.

Fast die Hälfte der Einnahmen wird durch Steuern und steuerähnliche Abgaben erzielt. Diese sind zwar binnen Jahresfrist um 17,6 Millionen EUR (0,6 Prozent) auf 2 934,0 Millionen EUR gestiegen, lagen aber noch deutlich unter denen der Jahre 2000 (- 11,2 Prozent) und 2001 (- 8,0 Prozent).

Die laufenden Ausgaben des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. So sind die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an den nichtöffentlichen Bereich um 15,2 Millionen EUR, die Zinsausgaben um 3,9 Millionen EUR und die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand um 2,5 Millionen EUR angestiegen, die Personalausgaben und die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an den öffentlichen Bereich dagegen um 7,8 Millionen EUR bzw. um 6,0 Millionen EUR gesunken.

27,0 Prozent der Gesamtausgaben waren Ausgaben für das Personal. Sie sind erstmals seit Jahren, trotz Tarifanpassungen, zurückgegangen. Zurückzuführen ist das auf einen höheren Beschäftigungsrückgang als in den Vorjahren (nur im Jahr 2001 und vor 1994 war er höher), eine stärkere Nutzung der Teilzeitbeschäftigung, insbesondere der Altersteilzeit, sowie die Reduzierung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten.

Die Ausgaben der Kapitalrechnung sind trotz erhöhter Investitionsausgaben des Landes um 109,4 Millionen EUR gesunken. Während die Ausgaben für Sachinvestitionen des Landes um 7,6 Millionen EUR angestiegen sind, lagen die Investitionszuweisungen an den öffentlichen (insbesondere an Gemeinden und Gemeindeverbände) sowie nichtöffentlichen Bereich um 30,6 bzw. um 6,3 Millionen EUR und die Darlehensgewährung um 80,1 Millionen EUR unter dem Vorjahresniveau.

Im Jahr 2003 war die Nettokreditaufnahme deutlich höher als in den Vorjahren. Dadurch hat sich der Schuldenstand um 812,4 Millionen EUR gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das Land Mecklenburg-Vorpommern war am 31.12.2003 mit 9 498,6 Millionen EUR verschuldet (5 465 EUR je Einwohner; zum Vergleich Schleswig-Holstein am 31.12.2002: 6 306 EUR je Einwohner).

Bei den **Kommunalfinanzen** betragen die kassenmäßigen Gesamtausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände Mecklenburg-Vorpommerns im Jahr 2003 3 466,0 Millionen EUR. Das waren 19,5 Millionen EUR weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig erzielten die Kommunen Einnahmen von insgesamt 3 403,6 Millionen EUR, 50,4 Millionen EUR mehr als 2002. Daraus ergibt sich ein Finanzierungsdefizit der Gemeinden/Gemeindeverbände von 62,4 Millionen EUR.

Die finanzielle Lage der Kommunen wurde, wie in den Vorjahren, entscheidend durch steigende Ausgaben für soziale Leistungen beeinflusst.

Jahr	Bereinigte Ausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände insg.	Darunter			
		Personalausgaben	laufender Sachaufwand	soziale Leistungen	Sachinvestitionen
Mill. EUR					
2000	3 425,7	935,7	702,1	569,7	681,3
2002	3 485,5	919,4	716,9	627,8	625,6
2003	3 466,0	910,1	698,3	676,2	571,7

Steuereinnahmen des Landes haben noch nicht wieder Niveau der Vorjahre erreicht

Trotz sinkender Personalausgaben steigende laufende Ausgaben

Gesamtausgaben der Kommunen leicht gesunken

Kommunale Steuereinnahmen auf geringem Niveau

Die kommunalen Einnahmen aus Steuern erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozent bzw. 24,8 Millionen EUR. In den Kassen der Kommunen machten sich besonders die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bemerkbar. Die Gewerbesteuerereinnahmen (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) fielen um 10,5 Millionen EUR (+ 7,4 Prozent) höher aus und betragen 151,3 Millionen EUR. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stiegen um 9,5 Millionen EUR bzw. 7,7 Prozent auf 133,3 Millionen EUR.

Der Anteil der Steuereinnahmen an den kommunalen Gesamteinnahmen ist dadurch von 13,7 Prozent auf 14,2 Prozent gestiegen, bleibt aber im Vergleich zu den alten Bundesländern (36,5 Prozent; z. B. Schleswig-Holstein: 33,0 Prozent) weiterhin sehr gering.

Die Zuweisungen und Zuschüsse (z. B. Schlüssel- und Bedarfszuweisungen, Erstattungen sowie Zuweisungen für Investitionen) machen weiterhin etwas mehr als die Hälfte der Gesamteinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände in Mecklenburg-Vorpommern aus.

Personalausgaben weiter gesunken

Obwohl die Personalausgaben in den letzten Jahren zurückgegangen sind, blieben sie mit einem Anteil von 26,3 Prozent weiterhin der größte Ausgabeposten der Gemeinden/Gemeindeverbände (zum Vergleich Schleswig-Holstein: 26,4 Prozent). Die Ausgaben für Sachinvestitionen wurden, wie schon in den Vorjahren, weiter verringert. Im Jahr 2003 investierten die Kommunen 53,9 Millionen EUR bzw. 8,6 Prozent weniger als im Vorjahr.

Wachsender Aufwand für kommunale Sozialleistungen

Die Ausgaben für soziale Leistungen, fast ausschließlich durch Gesetze festgelegt, sind dagegen im Vergleich zu 2002 um 48,5 Millionen EUR angestiegen. Die Ausgaben für kommunale Sozialleistungen erreichten einen Umfang von 676,2 Millionen EUR und sind, wie schon in den Vorjahren, deutlich angestiegen (innerhalb der letzten vier Jahre um ein Viertel).

Die Zinsausgaben betragen im Jahr 2003 120,2 Millionen EUR. Damit mussten die Gemeinden/Gemeindeverbände 3,53 EUR je 100 EUR Einnahmen für Zinsen ausgeben.

Obwohl die Kreditmarktschulden gegenüber dem Vorjahr gesunken sind, hat sich der Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände insgesamt gegenüber dem 31.12.2002 um 17,2 Millionen EUR auf 2 418,2 Millionen EUR erhöht. Damit liegt die Pro-Kopf-Verschuldung bereits bei 1 391 EUR (zum Vergleich Schleswig-Holstein 2002: 972 EUR je Einwohner). Von den kreisfreien Städten hatten Wismar (2 072 EUR je Einwohner), Neubrandenburg und Stralsund (1 732 bzw. 1 759 EUR je Einwohner) eine überdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung. In Schwerin (1 248 EUR je Einwohner), Rostock und Greifswald (1 117 bzw. 915 EUR je Einwohner) lag sie dagegen unter dem Landesdurchschnitt.

Von 964 Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern waren am Jahresende 2003 nur 136 zumeist kleinere schuldenfrei (2002: 143 Gemeinden).

Weiterer Abbau des Personalüberhangs im öffentlichen Dienst des Landes

Die Anzahl der **Beschäftigten im öffentlichen Dienst** Mecklenburg-Vorpommerns (ohne Bund) belief sich am 30.6.2003 auf 91 466 Personen. Die Personalreduzierung der Vorjahre konnte auch im Jahr 2003 fortgesetzt werden. Gegenüber dem Vorjahr wurden 2 473 Personen (- 2,6 Prozent) weniger beschäftigt. Wie in den Vorjahren war der Beschäftigungsrückgang in den Gemeinden/Gemeindeverbänden (- 3,8 Prozent) höher als bei den Landesbediensteten (- 2,0 Prozent).

Jahr	Personal am 30.6.				
	Personal im Landesdienst insgesamt	davon			
		Personal des Landes	Gemeinden/Gemeindeverbände	kommunale Zweckverbände	Sozialversicherungsträger des Landes
Personen					
2000	99 022	56 063	38 366	1 247	3 346
2002	93 939	54 306	35 189	1 127	3 317
2003	91 466	53 202	33 863	1 156	3 245

Einer Teilzeitbeschäftigung gingen 22 041 Personen nach. Die Zahl der Mitarbeiter, die eine verkürzte Arbeitszeit leisten, ist - wie schon in den Vorjahren - weiter angestiegen. Die Teilzeitquote lag bei 24,1 Prozent (1995: 19,7 Prozent).

3 303 Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern arbeiteten in Altersteilzeit. Das waren 30,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Von den Beschäftigten in Altersteilzeit waren 154 Beamte und Richter, 2 882 Angestellte und 267 Arbeiter.

Mit 29 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) je 1 000 Einwohner ist die „Personaldichte“ beim Landespersonal Mecklenburg-Vorpommerns nur um 2,0 Prozent niedriger als im Vorjahr (früheres Bundesgebiet 2002: 21; neue Bundesländer 2002: 27). Die annähernde Übereinstimmung dieses überhöhten Personalbesatzes, auch in der Struktur, mit dem Durchschnitt der neuen Bundesländer verweist auf ein offenbar spezifisch ostdeutsches Problem, denn im nordwestlichen Nachbarland Schleswig-Holstein liegt der Personalbesatz unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Trotz der relativ starken Personalreduzierung bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden Mecklenburg-Vorpommerns konnte auch im Jahr 2003 nur eine geringfügige weitere Angleichung an das Niveau des Personalbestandes im früheren Bundesgebiet erfolgen (Mecklenburg-Vorpommern: 18; früheres Bundesgebiet 2002: 16; Schleswig-Holstein 2002: 14).

Weitere Zunahme der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst

Personaldichte unverändert hoch

Aufgabenbereich	Personal am 30.6.				
	2003	2002			
	Mecklenburg-Vorpommern	Schleswig-Holstein	alte Bundesländer	neue Bundesländer	
	Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner				
Landesbehörden	25,2	25,8	18,8	19,1	24,5
darunter					
allgemeine Dienste	9,8	9,8	7,3	7,3	9,4
darunter					
Polizei	3,8	3,8	2,8	2,8	3,7
Bildung, Wissenschaft, Kultur	12,4	12,9	9,8	10,4	12,3
darunter					
Schulen, Unterrichtsverwaltung	9,2	9,7	7,8	8,1	9,6
Rechtlich unselbstständige Wirtschaftsunternehmen, Krankenhäuser	3,8	3,7	0,1	1,7	2,2
Personal des Landes	29,0	29,5	18,9	20,9	26,7
Gemeindeverwaltung	13,7	14,2	11,1	11,5	14,9
darunter					
allgemeine Verwaltung	4,1	3,7	2,6	2,5	3,5
öffentliche Sicherheit und Ordnung	1,9	2,0	1,3	1,3	1,8
soziale Sicherung	2,4	2,7	2,4	2,6	3,4
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	1,6	1,8	1,3	1,4	1,6
Rechtlich unselbstständige Wirtschaftsunternehmen, Krankenhäuser	3,9	3,9	3,0	4,0	4,2
Personal der Gemeinden/Gemeindeverbände	17,5	18,1	14,1	15,5	19,1

Die Anzahl der geringfügig Beschäftigten (sie sind nicht in dem oben genannten Personalbestand enthalten) im öffentlichen Dienst Mecklenburg-Vorpommerns entspricht mit 2 217 Personen 2,4 Prozent des gesamten Personalbestandes, in dem sie jedoch nicht enthalten sind. Ungefähr die Hälfte war in den Landesbehörden tätig.

2 200 geringfügig Beschäftigte

Die Gesamtzahl der **umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen** (Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 16 617 EUR) ist auch 2002 rückläufig. Während in den Jahren bis 2000 jährlich etwa 1 000 Unternehmen neu hinzukamen, verringerte sich deren Zahl in 2001 um 11 und in 2002 um 198 Unternehmen. Die Rückgänge erfolgten ausschließlich im produzierenden Bereich, und zwar um 91 Unternehmen in 2001 und um 280 Unternehmen in 2002.

Unternehmenszahl auch 2002 rückläufig

Im Steuerjahr 2002 realisierten die insgesamt 50 315 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen einen steuerbaren Umsatz von 32,7 Milliarden EUR. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Rückgang von 0,9 Milliarden EUR bzw. 2,8 Prozent.

**4,1 Prozent mehr
Umsatzsteuer
an den Fiskus**

An den Fiskus wurden 2002 Umsatzsteuer-Vorauszahlungen von insgesamt 815,9 Millionen EUR geleistet. Damit lag das Aufkommen an Umsatzsteuer um 32,4 Millionen EUR bzw. 4,1 Prozent über dem Vorjahreswert.

Hauptbereiche	Umsatzsteuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz	Umsatzsteuer-Vorauszahlung
	1996	2001	2002		
	Anzahl			1 000 EUR	
Produzierendes Gewerbe	14 160	15 317	15 037	14 870 302	244 251
Verarbeitendes Gewerbe	3 823	3 760	3 664	7 659 947	5 160
Bau	7 421	8 490	8 279	3 826 635	220 358
Dienstleistungsbereich	32 109	35 196	35 278	17 875 934	571 659
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	12 745	12 124	11 828	8 419 561	180 648
Gastgewerbe	4 922	5 019	5 022	1 045 958	72 331
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	7 240	9 657	9 812	4 959 641	212 831

70 Prozent der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen aus dem Dienstleistungsbereich

Rund 70 Prozent der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen kamen 2002 aus dem Dienstleistungsbereich und 30 Prozent aus dem produzierenden Bereich. Jeweils etwa ein Viertel des Gesamtaufkommens im Land an Umsatzsteuer-Vorauszahlungen leisteten die Wirtschaftsbereiche Baugewerbe (Anteil: 27,0 Prozent), Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Anteil: 26,1 Prozent) sowie Handel und Instandhaltung von Kfz und Gebrauchsgütern (Anteil: 22,1 Prozent).

Gesundheitswesen und Soziales

Für die Behandlung von Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige Versorgung notwendig. Nach den Meldungen der Berufskammern gab es am Jahresende 2002 **6 054 Ärzte**, **1 526 Zahnärzte** und **766 Apotheker**. Die Zahl der Ärzte und Zahnärzte nahm im Vorjahresvergleich um 23 bzw. 4 zu. Damit kamen auf jeden Arzt durchschnittlich 288 Einwohner (Bundesdurchschnitt: 274) und jeden Zahnarzt 1 143 Einwohner (Bundesdurchschnitt: 1 280).

Versorgungsgrad der Bevölkerung weiter gestiegen

Niedergelassene Ärzte hatten einen Anteil von 40 Prozent (Bundesdurchschnitt: 41 Prozent) und Zahnärzte von 87 Prozent (Bundesdurchschnitt: 85 Prozent). Ein niedergelassener Arzt betreute durchschnittlich 727 Einwohner (2001: 709), 57 mehr als im Bundesdurchschnitt. 42 Prozent von ihnen waren Allgemeinmediziner und praktische Ärzte (Bundesdurchschnitt: 33 Prozent).

Weniger niedergelassene Ärzte, ...

Von den Ärzten waren nach vorläufigen Ergebnissen 2 535 in Krankenhäusern (76 mehr als 2001) und 397 in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (+ 19) hauptamtlich tätig. Beim nichtärztlichen Personal hat sich die Beschäftigtenzahl in Krankenhäusern (+ 288 auf 16 767 Personen) und in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (+ 126 auf 4 664 Personen) erhöht.

... aber mehr Ärzte in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

In den 36 **Krankenhäusern** wurden im Jahr 2002 396 465 Krankenhausesfälle (einschließlich Stundenfällen) vollstationär behandelt, das waren im Vorjahresvergleich erstmals weniger (- 1,2 Prozent). Die Anzahl der Berechnungs- und Belegungstage (bisher Pflegetage) verringerte sich im gleichen Zeitraum um 2,3 Prozent auf 3,2 Millionen und die der aufgestellten Betten (10 859) um 2,5 Prozent. Nach der Einbeziehung von Stundenfällen blieben die Patienten im Durchschnitt 8,1 Tage (2001: 8,2 Tage) in den Krankenhäusern des Landes. Infolge der im Vorjahresvergleich rückläufigen Bettenzahl konnte die Bettenauslastung mit 81,3 Prozent etwa auf dem Vorjahresniveau (81,2 Prozent) gehalten werden. Der Versorgungsgrad ging von 63 Betten im Jahr 2001 auf 62 Betten je 10 000 Einwohner zurück.

Erstmals Rückgang der Patientenzahl

Merkmal	Einheit	1991	1995	2001	2002
Krankenhäuser	Anzahl	47	37	36	36
Aufgestellte Betten	Anzahl	16 008	12 526	11 132	10 859
Stationär Behandelte ¹⁾	Anzahl	343 741	365 924	401 117	396 465
Berechnungs- und Belegungstage	1 000	4 463	3 651	3 299	3 223
Durchschnittliche Verweildauer	Tage	13,0	10,0	8,2	8,1
Bettenauslastung	%	76,4	79,9	81,2	81,3
Gesamtkosten der Krankenhäuser	Mill. EUR	600,9	990,2	1 101,8	1 168,5
dar.: Personalkosten	Mill. EUR	378,5	626,6	705,1	749,5
Sachkosten	Mill. EUR	517,1	358,1	388,6	409,2
dar.: bereinigte Kosten	Mill. EUR	571,9	926,2	1 049,3	1 083,0
je Behandlungsfall ¹⁾	EUR	1 664	2 531	2 616	2 732
je Bett	EUR	35 724	73 945	94 257	99 735
je Berechnungs- und Belegungstag	EUR	128	254	318	328
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	Anzahl	23	35	62	63
Aufgestellte Betten	Anzahl	2 422	5 619	10 841	10 848
Stationär Behandelte	Anzahl	14 320	60 091	122 114	116 650
Pflegetage	1 000	505	1 760	2 900	2 899
Durchschnittliche Verweildauer	Tage	35,3	29,3	23,7	24,9
Bettenauslastung	%	57,1	85,8	73,3	73,2

¹⁾ einschließlich Stundenfällen

Die Krankenhäuser und deren Ausbildungsstätten verursachten im Jahr 2002 **Gesamtkosten** von 1,2 Milliarden EUR, 6,0 Prozent mehr als im Jahr 2001. Der Hauptanteil (64,1 Prozent) entfiel auf Personalkosten (+ 6,3 Pro-

Weiterer Kostenanstieg in den Krankenhäusern

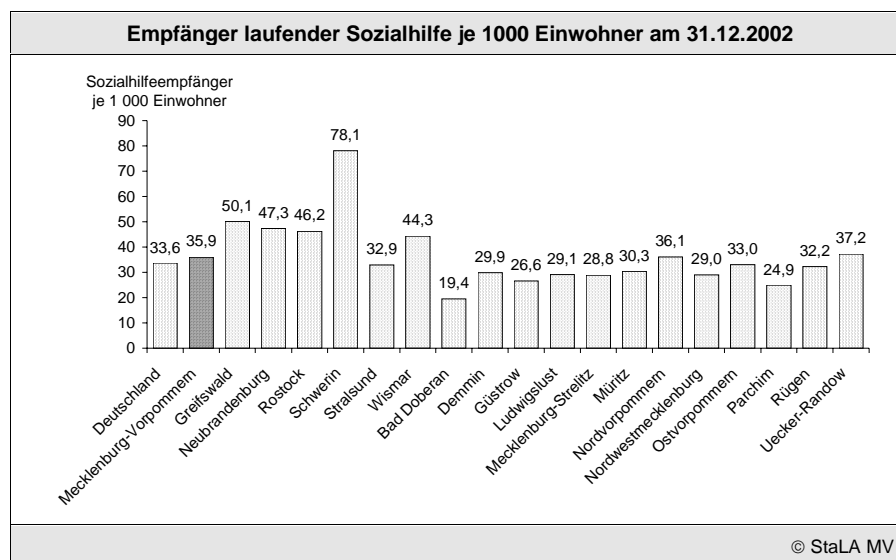
zent gegenüber 2001), 35,0 Prozent waren Sachkosten (+ 5,3 Prozent). Auf Grundlage der bereinigten Kosten von 1,1 Milliarden EUR (+ 3,2 Prozent) erhöhten sich die Kosten je Bett um 5,8 Prozent auf 99 735 EUR, je Berechnungs- und Belegungstag um 3,1 Prozent auf 328 EUR und je Behandlungsfall um 4,4 Prozent auf 2 732 EUR.

Erstmals auch weniger Patienten in Reha-Einrichtungen

In den 63 **Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen** mit 10 848 Betten wurden im Jahr 2002 116 650 Patienten versorgt, erstmals weniger im Vorjahresvergleich (- 4,5 Prozent). Durch eine fast unveränderte Anzahl an Pflegetagen für die Patienten und aufgestellten Betten nahm die durchschnittliche Verweildauer um 1,2 auf 24,9 Tage zu, während die Bettenauslastung mit 73,2 Prozent nicht ganz das Vorjahresniveau erreichte. Die Bettendichte war mit 61,9 Betten je 10 000 Einwohner (2001: 61,3 Betten) weiterhin die höchste aller Bundesländer.

Weiterer deutlicher Anstieg der Anzahl der Sozialhilfeempfänger ...

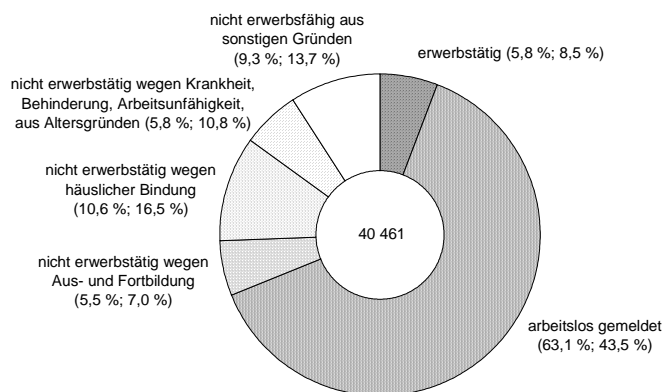
Am Jahresende 2002 erhielten in Mecklenburg-Vorpommern 62 694 Personen vollständig oder teilweise **Sozialhilfe** als **laufende Hilfe zum Lebensunterhalt**. Die Zahl der Hilfeempfänger erhöhte sich gegenüber 2001 um weitere 8,6 Prozent oder 4 972 Personen (2001: + 10,3 Prozent), darunter die der Ausländer um 14,5 Prozent auf 4 672 Personen. Die Sozialhilfequote lag mit 3,6 Prozent erstmals über dem Bundesdurchschnitt (3,4 Prozent). Weibliche Personen (Anteil: 53,5 Prozent) beanspruchten mit einer Sozialhilfequote von 3,8 Prozent häufiger laufende Hilfe zum Lebensunterhalt als männliche (3,4 Prozent), Ausländer (12,4 Prozent) wesentlich öfter als Deutsche, Kinder und Jugendliche (unter 15 Jahren: 9,2 Prozent) weit häufiger als Erwachsene. Sozialhilfeempfänger unter 15 Jahren hatten einen Anteil von 31,1 Prozent (+ 5,6 Prozent gegenüber 2001) und Rentner (ab 65 Jahren) von 4,0 Prozent (+ 1,5 Prozent). Die Bezugsberechtigten waren mit einem Durchschnittsalter von 26,6 Jahren jünger als im Bundesgebiet (29,7 Jahre).



... vor allem durch Arbeitslosigkeit

Von den Sozialhilfeempfängern mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt lebten 99 Prozent (61 970 Personen) außerhalb von Einrichtungen, 9,0 Prozent mehr als 2001. Unter diesen waren 40 461 Bezugsberechtigte im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren (+ 10,8 Prozent). Im Vergleich zum Jahresende 2001 hat sich vor allem die Zahl der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger um 17,4 Prozent auf 25 538 nochmals spürbar erhöht (2001: + 14,4 Prozent). Für 2 347 Hilfsbedürftige (2001: 2 241) reichte das Einkommen aus einem Beschäftigungsverhältnis nicht aus, um den notwendigen Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten.

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im erwerbsfähigen Alter nach dem Erwerbsstatus *)



*) Angaben in Klammern: Mecklenburg-Vorpommern; Deutschland

© StaLA MV

Die Zahl der Haushalte (Bedarfsgemeinschaften), die Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen erhielten, nahm gegenüber 2001 um 9,8 Prozent auf 32 371 zu, die stärkste Gruppe der Sozialhilfebezieher waren Einpersonenhaushalte (40,6 Prozent), gefolgt von allein erziehenden Frauen (24,1 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr nahmen vor allem mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften (2 706; + 16,9 Prozent) und mehr Ehepaare (4 346; + 11,8 Prozent) Sozialhilfe in Anspruch. Die durchschnittliche Dauer der bisherigen Hilfgewährung betrug rund 20 Monate (Bundesdurchschnitt: 32 Monate), darunter waren 2 561 Haushalte (7,9 Prozent; Bundesdurchschnitt: 18,7 Prozent), die bereits mehr als fünf Jahre auf Sozialhilfe angewiesen waren (2001: 6,3 Prozent).

Jahr	Sozialhilfeempfänger					
	mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ¹⁾				mit Hilfe in besonderen Lebenslagen	
	insgesamt	darunter		je 1 000 Einwohner	insgesamt	darunter in Einrichtungen
	unter 15 Jahren	weiblich				
1994	29 888	11 858	16 106	16,3	28 738	18 980
1998	52 296	17 067	28 457	29,1	24 600	15 188
2000	52 315	16 563	28 281	29,5	25 558	14 257
2001	57 722	18 445	31 237	32,8	26 356	14 447
2002	62 694	19 473	33 537	35,9	28 281	15 282

1) am Jahresende

Eine andere Art von **Sozialhilfe**, nämlich **Hilfe in besonderen Lebenslagen**, die unabhängig vom Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wird, erhielten im Laufe des Jahres 2002 28 281 Personen, ebenfalls deutlich mehr (+ 7,3 Prozent) als im Vorjahr. Mit dieser besonderen Form der Sozialhilfe wurden Hilfsbedürftige bei außergewöhnlichen Belastungen, wie z. B. Behinderung (14 411 Personen), Krankheit (8 907 Personen) oder Pflegebedürftigkeit (4 604 Personen), unterstützt, weil sie die damit verbundenen Kosten nicht aus eigenen Mitteln oder anderweitigen Ansprüchen aufbringen konnten. Bei diesen drei Haupthilfearten nahm im Vorjahresvergleich die Empfängerzahl von Hilfe bei Krankheit, Sterilisation sowie zur Familienplanung um 10,9 Prozent und von Eingliederungshilfe für Behinderte (+ 6,5 Prozent) weiter zu, während sich die Zahl der Fälle von Hilfe zur Pflege kaum veränderte. Im Vergleich zur laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt hatten diese Hilfsbedürftigen ein höheres Durchschnittsalter (38 Jahre), waren überwiegend männlich (57,3 Prozent) und lebten in über der Hälfte aller Fälle in Einrichtungen (15 282 Personen).

Zunahme auch bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen

Steigende Nettoaufwendungen für Sozialhilfeempfänger ...

Die **Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz** stiegen im Jahr 2002 auf 421,4 Millionen EUR, das waren 18,1 Millionen EUR (+ 4,5 Prozent) mehr als im Vorjahr. Verrechnet mit den Einnahmen (44,1 Millionen EUR) ergeben sich Nettoaufgaben von 377,2 Millionen EUR (+ 5,8 Prozent). Mit 215 EUR je Einwohner lag die finanzielle Belastung damit bei 80,8 Prozent des Bundesdurchschnitts (neue Bundesländer: 178 EUR je Einwohner). Die Nettoaufgaben stiegen gegenüber 2001 für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (+ 5,5 Prozent auf 162,8 Millionen EUR) und für die Hilfe in besonderen Lebenslagen (+ 6,1 Prozent auf 214,5 Millionen EUR) in etwa gleichem Maße. Die Entwicklung der Nettoaufgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde mit 172,4 Millionen EUR (+ 6,3 Prozent) durch den kostenintensiven Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte bestimmt.

... und Asylbewerber, ...

Der seit 1999 zu verzeichnende Rückgang der Anzahl der **Asylbewerber** und gleichgestellter Personen mit Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hat sich auch im Jahr 2002 fortgesetzt (- 4,5 Prozent; - 283 Personen gegenüber Ende 2001). Von den 6 032 Regelleistungsempfängern erhielten 4 932 Grundleistungen in Form von Sachleistungen, Wertgutscheinen und in Einzelfällen Geldleistungen (- 8,2 Prozent) und 1 100 waren Leistungsbezieher (+ 16,9 Prozent) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt analog dem Bundessozialhilfegesetz. Neben den Regelleistungen wurden in 2 527 Fällen (+ 10,2 Prozent) besonders Leistungen in Form von Krankenhilfe und Ähnlichem gewährt.

Die Bruttoausgaben erhöhten sich im Jahr 2002 geringfügig um 0,3 Millionen EUR (+ 1,0 Prozent) auf 31,1 Millionen EUR, weil mit 4,5 Millionen EUR (+ 13,2 Prozent) für Leistungen in besonderen Fällen sowie für die Unterstützung bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (6,3 Millionen EUR; + 3,3 Prozent) mehr ausgegeben wurde als im Vorjahr. Den Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von 0,4 Millionen EUR gegenüber, sodass sich Nettoaufwendungen von 30,8 Millionen EUR (18 EUR je Einwohner) ergaben, 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

... aber weniger für die Kriegsofferfürsorge

Empfänger von **Kriegsofferfürsorge** sind Kriegsbeschädigte, aber auch Bundeswehresoldaten, Zivildienstleistende sowie deren Hinterbliebene, ein im Vergleich zu anderen Sozialleistungen kleiner und schrumpfender Empfängerkreis. Am Jahresende 2002 gab es noch 1 399 Empfänger von Kriegsofferfürsorge, 279 Personen oder 16,6 Prozent weniger als Ende 2000. Einmalige Leistungen wurden im Berichtsjahr in 1 397 Fällen gewährt (- 30,7 Prozent). Die Ausgaben für die Kriegsofferfürsorge gingen gegenüber 2000 um weitere 10,9 Prozent (0,3 Millionen EUR) auf 2,5 Millionen EUR zurück. Rund 14 Prozent (2000: 22 Prozent) konnten durch Einnahmen ausgeglichen werden, sodass sich die Nettoaufgaben nur leicht um 1,8 Prozent auf 2,2 Millionen EUR verringerten. Der Hauptanteil der Ausgaben entfiel mit jeweils 0,8 Millionen EUR auf Hilfe zur Pflege und Hilfe zur beruflichen Rehabilitation. Während im Vergleich zum Jahr 2000 die Ausgaben bei der Hilfe zur beruflichen Rehabilitation um 0,5 Millionen EUR zugenommen haben, waren sie bei den übrigen Hilfearten, wie z. B. Hilfe zur Pflege, Hilfe in besonderen Lebenslagen, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, rückläufig.

Mit dem ab 1.1.2001 geltenden neuen **Wohngeldgesetz** erfolgte wieder eine allgemeine Leistungsanpassung unter Berücksichtigung der Mieten- und Einkommensentwicklung, und zwar durch Anhebung der Miethöchstbeträge, der Werte in den Wohngeldtabellen sowie der Einkommensgrenzen, was zu einer Zunahme auf insgesamt 120 562 Empfängerhaushalte von Wohngeld (+ 13,9 Prozent) im Jahr 2001 führte. Der Anstieg war durch familienfreundliche Verbesserungen der Leistungen für Empfänger von Allgemeinem Wohngeld (bisher Tabellenwohngeld: + 16,6 Prozent auf 100 587 Haushalte) besonders hoch, während die Anzahl der Empfängerhaushalte mit Besonderem Mietzuschuss (19 975) für Sozialhilfe- und Kriegsofferfürsorgeempfänger geringer ausfiel (+ 2,0 Prozent).

Mehr Haushalte mit Bezug von Allgemeinem Wohngeld

Am Jahresende 2002 bezogen 121 545 Haushalte Leistungen nach dem Wohngeldgesetz. Damit hat sich die Zahl der Wohngeldempfänger gegenüber 2001 geringfügig um 983 Haushalte bzw. 0,8 Prozent weiter erhöht.

Von den 103 253 Haushalten, die auf Antrag von den Wohngeldstellen das Allgemeine Wohngeld erhielten (2 666 oder 2,7 Prozent mehr als vor Jahresfrist), bekamen 93 616 Haushalte das Wohngeld als Mietzuschuss und 9 637 als Lastenzuschuss auf ihr Wohneigentum (+ 2,8 bzw. + 1,3 Prozent). Erstmals rückläufig war dagegen die Zahl der Empfänger von Besonderem Mietzuschuss, und zwar um 1 683 oder 8,4 Prozent auf 18 292 Empfänger.

Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung je Empfängerhaushalt von Allgemeinem Wohngeld (291 EUR; 2001: 286 EUR) wurde im Jahr 2002 durch einen Wohngeldanspruch von 92 EUR (2001: 89 EUR) abgesichert. An die Lastenzuschussempfänger, mit in der Regel höheren Wohnkosten, wurden im Durchschnitt deutlich höhere Beträge (107 EUR; 2001: 104 EUR) gezahlt als an Empfänger von Mietzuschuss (91 EUR; 2001: 88 EUR). Für die Bezieher von Besonderem Mietzuschuss betrug die monatliche Wohngeldleistung im Durchschnitt 134 EUR (2001: 131 EUR). Insgesamt wurden im Laufe des Jahre 136,5 Millionen EUR ausgegeben, 6,2 Prozent mehr als im Jahr 2001.

Am Jahresende 2001 gab es in Mecklenburg-Vorpommern 150 538 Schwerbehinderte, 9,3 Prozent mehr als 1999, und 47 676 Pflegebedürftige (+ 4,7 Prozent). Der Anteil der Schwerbehinderten an der Bevölkerung erhöhte sich von 7,7 Prozent auf 8,6 Prozent (Bundesdurchschnitt: 8,1 Prozent) und der Pflegebedürftigen von 2,5 Prozent auf 2,7 Prozent (Bundesdurchschnitt: 2,5 Prozent).

Im Bereich der **Kinder- und Jugendhilfe** nahmen die **ambulanten erzieherischen Hilfen** im Jahr 2002 geringfügig zu. Im Laufe des Jahres wurden in den Beratungsstellen öffentlicher und freier Träger 3 080 Beratungsgespräche mit jungen Menschen unter 27 Jahren wegen individueller oder familienbezogener Probleme durchgeführt und abgeschlossen, das waren 157 (- 4,9 Prozent) weniger als im Jahr 2001. Die im Durchschnitt fünf Monate dauernden Hilfen bezogen sich vor allem (84 Prozent) auf Erziehungs- und Familienberatung (- 74 Fälle), 2 472 Beratungen (80 Prozent) wurden einvernehmlich beendet, in 11 Prozent der Fälle erfolgte ein Abbruch und in 9 Prozent eine Weiterverweisung an eine andere Stelle zur Einleitung einer anderen erzieherischen Hilfe. Unterstützung durch eine erzieherische Einzelbetreuung erhielten 2 166 junge Menschen, einige mehr als 2001 (2 130). Dabei nahm sowohl die Anzahl der beendeten Hilfen im Laufe des Jahres 2002 (1 150), als auch die Anzahl der andauernden Hilfen (Jahresende: 1 016) um jeweils 1,7 Prozent zu. Hilfe zur Bewältigung von Erziehungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen wurde durch einen Erziehungsbeistand (74 Prozent), einen Betreuungshelfer (15 Prozent) bzw. in Form sozialer Gruppenarbeit (11 Prozent) geleistet.

Sozialpädagogische Familienhilfe wurde im Jahr 2002 1 859 Familien mit rund 3 800 minderjährigen Kindern gewährt, das waren deutlich mehr Familien (167; + 9,9 Prozent) als im Vorjahr. Während für 652 Familien diese intensivste Form der Betreuung im Laufe des letzten Jahres nach einer durchschnittlichen Dauer von 18 Monaten endete, befanden sich am Jahresende noch 1 207 Familien, 14,1 Prozent mehr als vor Jahresfrist, in weiterer Betreuung. Diese einzelnen ambulanten Hilfeleistungen sollen der Unterbringung von jungen Menschen in Heimen und ähnlichen Einrichtungen vorbeugen.

Im Jahr 2002 erhielten 5 239 Kinder, Jugendliche und Volljährige (unter 27 Jahren) Hilfe zur **Erziehung außerhalb des Elternhauses**, das waren 1,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Am Jahresende waren es 3 829 junge Menschen, fast so viele wie 2001 (3 831). Die Mehrzahl von ihnen lebte in einem Heim (1 791), weitere 266 Personen wurden in einer Wohngemeinschaft oder in der eigenen Wohnung von Sozialarbeitern betreut. In Vollzeitpflege in einer anderen Familie befanden sich 1 270 junge Menschen, davon 280 bei Großeltern und Verwandten und 990 in einer Pflegefamilie. 408 Kinder und Jugendliche erhielten Hilfe in einer Tagesgruppe und die übrigen 94 intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung. Im Vergleich zum Jahresende 2001 ging vor allem die Anzahl der bei Großeltern und

Mehr Schwerbehinderte und Pflegebedürftige

Geringer Zuwachs bei ambulanten erzieherischen Hilfen und ...

... weniger Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses

Verwandten untergebrachten jungen Menschen um 44 Personen bzw. im Heim um 13 Personen zurück, während mehr (52 Personen) in Pflegefamilien lebten. Von den nach durchschnittlich 28 Monaten beendeten 1 410 Hilfen wurden im Berichtsjahr über ein Drittel erfolgreich abgeschlossen, für 218 junge Menschen war eine Überleitung in eine andere Hilfeart notwendig.

In Adoption gegeben wurden im Jahr 2002 89 Kinder und Jugendliche, 15 weniger als 2001. Am Jahresende standen 15 zur Adoption vorgemerkten Kindern und Jugendlichen (+ 6 gegenüber 2001) 169 Adoptionsbewerber (2001: 188) gegenüber.

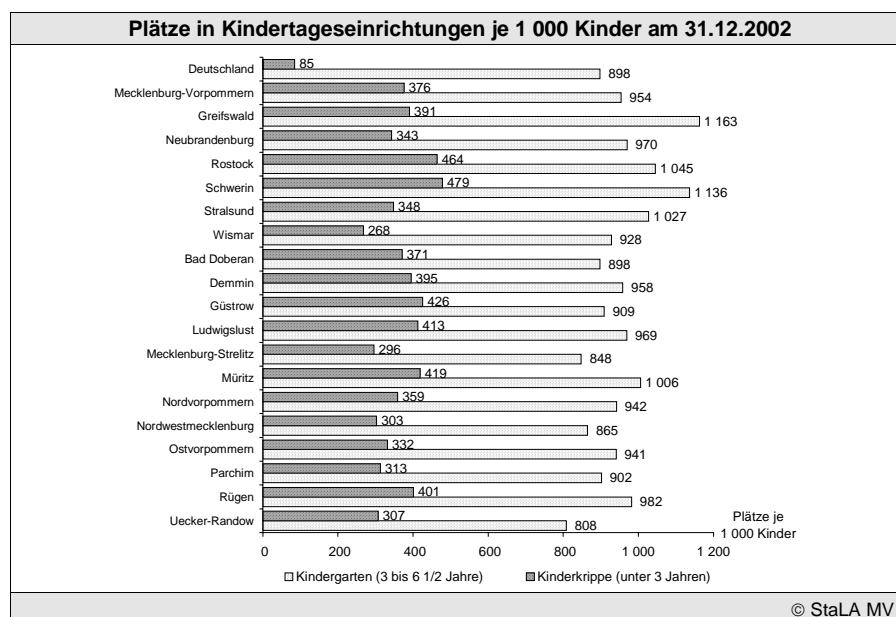
Die Anzahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche verringerte sich im Jahr 2002 um weitere 28 auf 1 002. Fast die Hälfte (49 Prozent) aller Maßnahmen wurde nach 1 bis 3 Tagen beendet, 61,2 Prozent kehrten anschließend zu ihrem vorherigen Aufenthaltsort zurück, in 24,9 Prozent (2001: 28,7 Prozent) der Fälle wurde eine erzieherische Hilfe außerhalb des Elternhauses eingeleitet.

Am Jahresende 2002 gab es in Mecklenburg-Vorpommern 2 465 **Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe** (einschließlich Behörden und Geschäftsstellen) mit 14 153 Beschäftigten, das waren 115 Einrichtungen (- 4,5 Prozent) und 759 Beschäftigte (- 5,1 Prozent) weniger als bei der letzten Erhebung im Jahr 1998. In den 1 020 Tageseinrichtungen für Kinder (8,8 Prozent weniger als 1998) mit 80 519 Plätzen (- 14,1 Prozent) erhöhte sich im Vergleichszeitraum der Personalbestand durch die weitere Einstellung von Teilzeitkräften um 2,0 Prozent auf 8 912 Beschäftigte. Aufgrund der demographischen Entwicklung in den letzten zehn Jahren erfolgten weitere Strukturanpassungen innerhalb der Einrichtungsarten. Dabei erhöhte sich gegenüber 1998 das Platzangebot für Krippenkinder um 31,9 Prozent auf 14 429 Plätze und für Kindergartenkinder (+ 8,0 Prozent) auf 40 267 Plätze. Der Versorgungsgrad, bezogen auf 1 000 Kinder in der jeweiligen Altersgruppe, war höher als 1998 (außer bei Kindergartenkindern) und als im Bundesdurchschnitt, gegenüber letzterem bei Krippen- und Hortplätzen ganz erheblich.

Anpassungen in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Gebiet		Zahl der verfügbaren Plätze im Alter von ... bis unter ... Jahren		
		unter 3	3 - 6 ½	6 ½ - 10
		Krippenplätze	Kindergartenplätze	Hortplätze
Mecklenburg-Vorpommern	1998	308	1 059	686
	2002	376	954	734
Deutschland	1998	70	895	142
	2002	85	898	143

In einigen Kreisen war die Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz nicht mehr gewährleistet.



Im Vergleich zu den Tageseinrichtungen für Kinder blieb die Anzahl der sonstigen Einrichtungen (ohne Behörden und Geschäftsstellen) der Kinder- und Jugendhilfe (Ende 2002: 1 331), wie z. B. Einrichtungen für die Hilfe zur Erziehung und Hilfe für junge Volljährige sowie Inobhutnahme, der Jugendarbeit, der Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen, fast konstant (1998: 1 354). Die Anzahl der in diesen Einrichtungen Beschäftigten (4 118) ging gegenüber 1998 jedoch erheblich zurück (- 19,3 Prozent).

Nach einer rückläufigen Tendenz in den 90er Jahren stiegen die **Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe** wieder an, im Jahr 2002 auf 466,3 Millionen EUR; dies waren 2,4 Prozent (10,7 Millionen) mehr als im Vorjahr (2001: + 1,6 Prozent). Abzüglich der Einnahmen vor allem aus Kostenbeiträgen, Gebühren und Entgelten von 48,9 Millionen EUR ergaben sich reine Ausgaben (Nettoaussgaben) von 417,5 Millionen EUR, das sind 238 EUR je Einwohner (Bundesdurchschnitt 2001: 208 EUR). Während in den 90er Jahren die Ausgaben für die Einzel- und Gruppenhilfe nach dem Inkrafttreten des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes tendenziell stiegen, waren sie für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere für Tageseinrichtungen für Kinder, aufgrund der massiv rückläufigen Geburtenentwicklung zurückgegangen. Nur noch die Hälfte der Ausgaben flossen im Jahr 2002 in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, zu 43 Prozent wurden Einzel- und Gruppenhilfen finanziert.

Mehr Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe

Die Bruttoausgaben für die Einrichtungen beliefen sich im Jahr 2002 auf 240,3 Millionen EUR (+ 0,9 Prozent; Nettoaussgaben: 208,0 Millionen EUR; + 1,3 Millionen EUR), das waren geringfügig mehr als im Vorjahr. Die Tageseinrichtungen für Kinder hatten mit 218,8 Millionen EUR (+ 1,1 Prozent; Nettoaussgaben: 188,3 Prozent; + 1,4 Prozent) weiterhin den größten Anteil. In diesen Einrichtungen war mit 30,3 Millionen EUR auch der größte Teil der Einnahmen zu verbuchen.

Einzel- und Gruppenhilfen wurden mit 200,4 Millionen EUR, 2,3 Prozent mehr als im Jahr 2001 (Nettoaussgaben: 183,9 Millionen EUR; + 1,8 Prozent) finanziert. Größter Ausgabeposten war, wie im Vorjahr, mit 97,1 Millionen EUR die Hilfe zur Erziehung. Schwerpunkt war hier Heimerziehung/sonstige betreute Wohnform (58,3 Millionen EUR), gefolgt von Vollzeitpflege in einer anderen Familie (13,7 Millionen EUR), sozialpädagogischer Familienhilfe (8,9 Millionen EUR), Erziehung in einer Tagesgruppe (6,2 Millionen EUR) sowie Ausgaben für Erziehungshelfer und Betreuungsbeistand (4,8 Millionen EUR). Weiterhin wurden 57,0 Millionen EUR zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (+ 5,8 Prozent), 14,2 Millionen EUR (- 6,3 Prozent) für die Jugendarbeit sowie 8,0 Millionen EUR (+ 2,6 Prozent) für die Jugendsozialarbeit bereitgestellt.

Schulen, Hochschulen, Weiterbildung

Weiterhin Schülerrückgang an allgemein bildenden Schulen

Im Schuljahr 2003/04 begannen in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 183 404 Schüler ihren Unterricht an den 715 **allgemein bildenden Schulen** (vorläufige Ergebnisse). Das waren 7,1 Prozent weniger Schüler als im Vorjahr und anteilig rund 1,9 Prozent aller Schüler Deutschlands (Bevölkerungsanteil: 2,1 Prozent). Seit 1991 hat sich der Schülerbestand Mecklenburg-Vorpommerns im Zusammenhang mit der rückläufigen Geburtenentwicklung nach der Wende von ehemals 287 696 Schülern im Jahr 1991 um über 104 000 Kinder und Jugendliche verringert.

Mehr Schüler in Schularten mit mehreren Bildungsgängen

Die Entwicklung der Schülerzahlen auf die Schularten bezogen verlief in den letzten Jahren strukturell bedingt sehr unterschiedlich. So beträgt der Schülerrückgang im Schuljahr 2003/04 gegenüber dem Schuljahr 1991/92 an den Grundschulen 63,9 Prozent, an den Realschulen 59,6 Prozent und an Hauptschulen 53,1 Prozent. Die **Schularten mit mehreren Bildungsgängen**, die im Schuljahr 2003/04 aufgrund schulstruktureller Veränderungen bereits einen Schüleranteil von 12,7 Prozent haben, waren 1991/92 noch völlig bedeutungslos. In dieser Schulart sind Kinder und Jugendliche aus Bildungsgang übergreifenden Klassen (hier werden Haupt- und Realschüler gemeinsam unterrichtet), Förderklassen für Kinder von Aussiedlern bzw. ausländischen Bürgern sowie seit dem Schuljahr 2002/03 auch aus Klassen der Regionalen Schule. Fasst man Haupt- und Realschulen und solche mit mehreren Bildungsgängen zusammen, so hat sich deren **Schülerzahl** des Schuljahres 2003/04 seit 1991/92 um 36,6 Prozent und gegenüber 2002/03 um 13,5 Prozent verringert. Den größten Anteil bilden mit 30,3 Prozent Gymnasiasten (Schuljahr 1991/92: 18,1 Prozent). Vergleichsweise geringe Schüleranteile haben dagegen die Integrierten Gesamtschulen (3,7 Prozent) und die Freien Waldorfschulen (0,4 Prozent). Sonderpädagogisch werden 7,1 Prozent der Schüler an Förderschulen betreut.

Schulart/Bildungsbereich	Schüler insgesamt					Veränderung zum Vorjahr
	1991/92	2001/02	2002/03	2003/04 ¹⁾	Anteil	
	Anzahl				%	
Vorklasse/Frühförderung	. ²⁾	246	328	397	0,2	+ 21,0
Grundschule	112 708	41 945	39 836	40 708	22,2	+ 2,2
Hauptschule	15 238	11 451	9 093	7 147	3,9	- 21,4
Realschule	87 635	59 607	46 658	35 432	19,3	- 24,1
Gymnasium	52 094	63 977	59 699	55 561	30,3	- 6,9
Schulart mit mehreren Bildungsgängen	943	15 204	20 350	23 274	12,7	+ 14,4
Integrierte Gesamtschule	6 898	7 290	7 062	6 787	3,7	- 3,9
Freie Waldorfschule	-	605	681	688	0,4	+ 1,0
Förderschule	12 180	13 709	13 218	12 952	7,1	- 2,0
Abendgymnasium	-	396	422	458	0,2	+ 8,5
Insgesamt	287 696	214 430	197 347	183 404	100	- 7,1

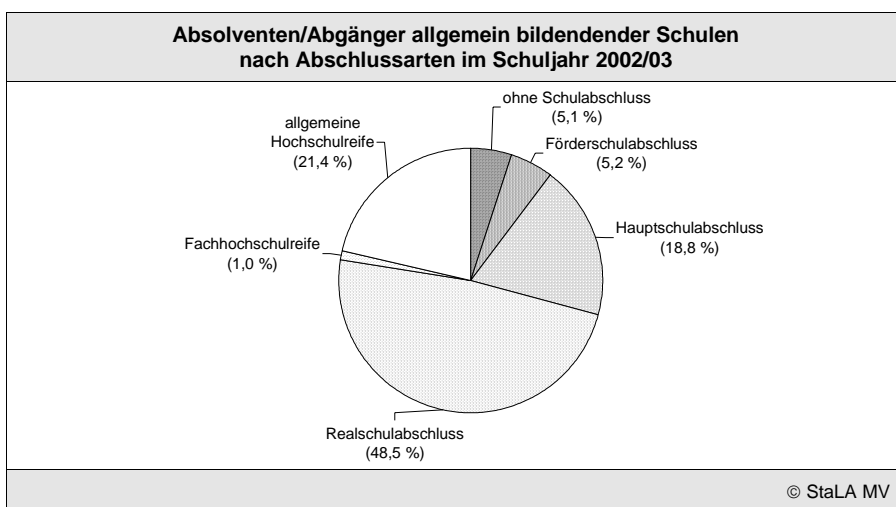
1) vorläufige Angaben
2) wurde nicht erhoben

Wieder mehr Einschulungen

Unter den Schülern waren auch 12 137 ABC-Schützen (darunter: 48,3 Prozent Mädchen), die zum Schuljahr 2003/04 ihre Schullaufbahn starteten. Das waren 12,5 Prozent mehr **Einschulungen** als im Vorjahr. 95,1 Prozent dieser Kinder wurden an Grundschulen eingeschult, 4,5 Prozent an Förderschulen und 0,4 Prozent begannen an Freien Waldorfschulen. Allerdings hatte es im Schuljahr 1991/92 noch mehr als doppelt so viele Einschulungen (29 504) gegeben. Nach dem Tiefststand von 2001 (9 868 Eingeschulte) stieg die Zahl der Einschulungen erstmals wieder 2002 infolge der Geburtenentwicklung seit Mitte der 90er Jahre auf 10 793 an, was einer Steigerung von 9,4 Prozent entsprach.

Zum Ende des Schuljahres 2002/03 verließen insgesamt 25 930 **Absolventen/Abgänger** die allgemein bildenden Schulen (einschließlich Nichtschülerprüfungen), das waren 4,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Wie bereits in den Vorjahren erreichten anteilig mehr Mädchen einen höher qualifizierten Abschluss. Die allgemeine Hochschulreife (Abitur) erwarben 21,4 Prozent der Absolventen/Abgänger (59,0 Prozent Mädchen). Im Vergleich dazu waren es 2001/02 in Schleswig-Holstein 20,4 Prozent. Die meisten Absolventen/Abgänger des Schuljahres 2002/03 erreichten einen Real schulabschluss (48,5 Prozent; Anteil Mädchen: 52,0 Prozent) bzw. einen Hauptschulabschluss (18,8 Prozent; 41,1 Prozent Mädchen). Die Fachhochschulreife erwarben 1,0 Prozent (60,6 Prozent Mädchen) und 5,2 Prozent der Absolventen (36,4 Prozent Mädchen) erhielten ein Abschlusszeugnis von den Förderschulen. Ohne Schulabschluss blieben 1 331 Schulabgänger (5,1 Prozent). Hier war der Mädchenanteil am geringsten (27,0 Prozent). Damit gingen zusammen 10,3 Prozent der Schüler ohne Hauptschulabschluss von der Schule ab (0,4 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr).

Mädchen haben meist höher qualifizierte Schulabschlüsse

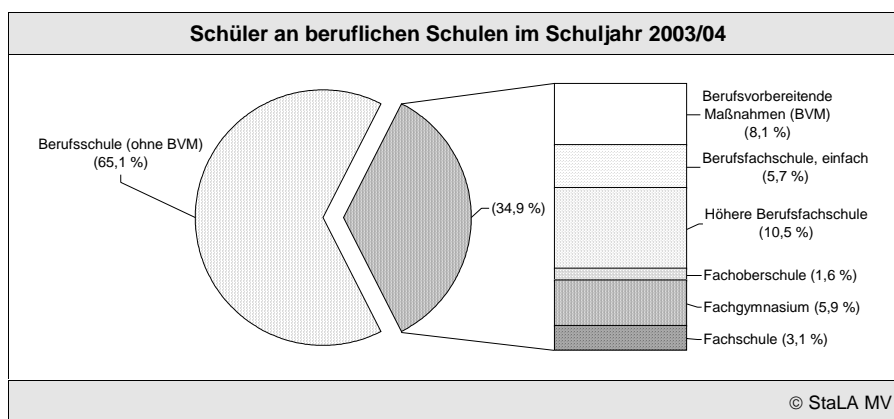


Insgesamt sind im Schuljahr 2003/04 an den allgemein bildenden Schulen 13 847 **Lehrkräfte** in einem hauptberuflichen Arbeitsverhältnis angestellt, davon 45,8 Prozent als Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr: 64,5 Prozent) und 54,2 Prozent als Teilzeitbeschäftigte. 237 Personen lehren außerdem als „stundenweise Beschäftigte“. Der Anteil der Frauen (81,4 Prozent; Schleswig-Holstein: 65 Prozent) ist weiterhin überdurchschnittlich hoch. Der seit Jahren anhaltende Rückgang der Anzahl der Lehrkräfte (- 35,8 Prozent gegenüber 1991; - 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr) ist Folge der demographisch bedingt stark rückläufigen Schülerzahlen. Die meisten hauptberuflichen Lehrer unterrichten an Regionalen Schulen und Realschulen (37,9 Prozent) sowie an Gymnasien (26,5 Prozent), gefolgt von Grundschulen (17,1 Prozent) und Förderschulen (12,5 Prozent). In den übrigen Schularten zusammen unterrichten 6 Prozent der hauptberuflich angestellten Lehrkräfte.

Anteil der vollzeitbeschäftigten Lehrkräfte weiter rückläufig

Die 76 **beruflichen Schulen** des Landes werden im Schuljahr 2003/04 von insgesamt 68 903 Schülern (darunter: 45,8 Prozent Frauen) in 3 296 Klassen besucht. Das ist fast die gleiche Schülerzahl wie im Vorjahr (+ 0,2 Prozent). Bis 1999 waren die Schülerzahlen demographisch bedingt jährlich angestiegen, seitdem gingen sie bis zu diesem Schuljahr leicht zurück. Die meisten Schüler lernen an Berufsschulen des dualen Systems (65,1 Prozent), gefolgt von den Höheren Berufsfachschulen (10,5 Prozent), Berufsvorbereitenden Maßnahmen (8,1 Prozent), Fachgymnasien (5,9 Prozent) und Berufsfachschulen (5,7 Prozent). 3,1 Prozent der Schüler lernen an Fachschulen und 1,6 Prozent an Fachoberschulen.

68 900 junge Menschen besuchen berufliche Schulen



Die Schülerzahl entwickelte sich in den einzelnen beruflichen Schularten allerdings unterschiedlich. Diejenigen Schularten, die auch zu einer Hochschul- bzw. Fachhochschulreife führen können, verzeichneten in diesem Jahr einen weiteren Schüleranstieg (Fachgymnasien: + 6,1 Prozent; Fachschulen: + 5,0 Prozent). Dagegen verminderte sich die Zahl der Schüler an Fachoberschulen geringfügig (- 0,8 Prozent). Die große Zahl der Schüler an Berufsschulen des dualen Systems blieb gegenüber dem Vorjahr fast gleich, genauso wie die Anzahl der Schüler an Berufsfachschulen. Ein Schülerrückgang um 10,4 Prozent ist jedoch bei Berufsvorbereitenden Maßnahmen zu verzeichnen, dagegen gab es an den Höheren Berufsfachschulen einen deutlichen Anstieg um 7,1 Prozent. Anteilig sind die meisten jungen Frauen an Höheren Berufsfachschulen (76,6 Prozent) sowie den Berufsfachschulen (74,5 Prozent), am wenigsten Frauen sind dagegen in Berufsvorbereitenden Maßnahmen (35,3 Prozent).

Deutlicher Aufwärtstrend in Elektronik-, Multimedia- und IT-Berufen

Im Schuljahr 2003/04 werden 4 461 berufliche Schüler in Berufen der **Elektronik, Multimedia- oder Informationstechnik** ausgebildet. Ihr Anteil an den beruflichen Schülern insgesamt beträgt bereits 6,5 Prozent (darunter: 34,9 Prozent Frauen). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Schülerzahl dieses modernen Berufsgebietes um 3,1 Prozent und gegenüber 1999/2000 um 48,5 Prozent erhöht. Die meisten dieser jungen Menschen werden an den Berufsschulen ausgebildet (2 564 Jugendliche). An Berufsfachschulen sind es 1 127 und den Fachgymnasien 720. Nur wenige sind es an Fachoberschulen (31) und Fachschulen (19). Besonders viele Schüler wollen Kaufleute für Bürokommunikation (1 154), Kaufmännische Assistenten in der Informationsverarbeitung (408) oder IT-Systemelektro- niker (406) werden.

83,8 Prozent erfolgreiche Abschlüsse an beruflichen Schulen

Zum Ende des Schuljahres 2002/03 beendeten 24 447 **Absolventen und Abgänger** (45,8 Prozent Frauen) einen beruflichen Bildungsgang, 1,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Von den Absolventen/Abgängern erwarben 83,8 Prozent nach ihrer erfolgreichen beruflichen Ausbildung ein Abschlusszeugnis (Frauenanteil: 48,8 Prozent) und 16,0 Prozent (30,7 Prozent Frauen) bekamen ein Abgangszeugnis - hatten also nicht erfolgreich bestanden. Ohne Angabe einer Zeugnisart gingen 0,2 Prozent der Schüler von den Beruflichen Schulen ab. Die meisten Absolventen/Abgänger beendeten ihre Ausbildung an Berufsschulen des dualen Systems (13 743; darunter 5 645 Frauen). Berufsvorbereitende Maßnahmen schlossen 5 115 Absolventen/Abgänger (1 928 Frauen) ab und von den Berufsfachschulen kamen 1 062 Absolventen/Abgänger (823 Frauen). Die Höheren Berufsfachschulen verließen 2 102 junge Menschen (1 687 Frauen; darunter 369 Krankenschwestern), Fachoberschulen 855 (316), Fachgymnasien 922 (485) und Fachschulen 648 (323).

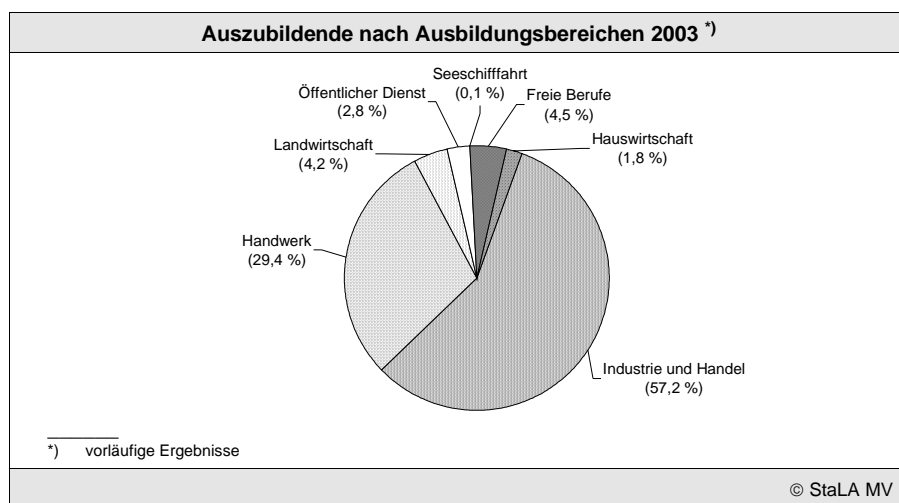
Leichter Rückgang auch bei Lehrkräften beruflicher Schulen

An den beruflichen Schulen sind im Schuljahr 2003/04 insgesamt 2 508 **Lehrkräfte beruflicher Schulen** in einem hauptberuflichen Arbeitsverhältnis beschäftigt (darunter: 59,7 Prozent Frauen). Die Lehrerschaft verringerte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig (- 0,6 Prozent). Von den Berufs-

schullehrern sind 92,3 Prozent Vollzeitbeschäftigte und 7,7 Prozent Teilzeitbeschäftigte. Von ihnen lehren 91,4 Prozent an öffentlichen Schulen und 8,6 Prozent an Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft. Im Schuljahr 2003/04 kommen (wie im Vorjahr) auf jede Lehrkraft der beruflichen Schulen Mecklenburg-Vorpommerns durchschnittlich 27 Schüler (ähnlich wie in Brandenburg und Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2002/03). In Schleswig-Holstein und im Bundesdurchschnitt sind es jeweils rund 23 Schüler je Lehrkraft. In den Unterrichtsstunden betreuen die Lehrkräfte an beruflichen Schulen durchschnittlich Klassenstärken von 21 Schülern (Schleswig-Holstein: 18,0; Bundesdurchschnitt: 19,7). Die meisten Lehrkräfte waren zum Erhebungsschichttag zwischen 40 und 60 Jahre alt (71,5 Prozent), unter 40 Jahre waren 18,8 Prozent und 60 Jahre bzw. älter 9,7 Prozent. Über einen Lehramtsabschluss für die Sekundarstufe II beruflicher Schulen verfügen 693 Lehrkräfte und 514 haben einen Abschluss für die Sekundarstufe II für allgemein bildende Schulen. Die übrigen Lehrkräfte üben ein Lehramt auf der Grundlage der Anerkennung ihrer ehemals in der DDR erworbenen Abschlüsse aus, haben sonstige Lehramtsabschlüsse bzw. sind ohne anerkannten Lehramtsabschluss eingesetzt (z. B. Meister oder qualifizierte Facharbeiter).

Im Jahr 2003 wurden bei den für die Berufsausbildung zuständigen Stellen insgesamt 45 744 **Auszubildende** im dualen System der beruflichen Ausbildung registriert, 0,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Darunter waren 38,5 Prozent Frauen. Einen neuen Ausbildungsvertrag hatten 38,6 Prozent der Auszubildenden abgeschlossen (17 662; + 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Das waren prozentual mehr Neuabschlüsse als in allen übrigen Bundesländern. Fast jeder zehnte Ausbildungsvertrag (4 423) wurde jedoch bis zum 31.12.2003 vorzeitig gelöst.

**Mehr neu
abgeschlossene
Ausbildungsverträge**



Den größten Anteil an der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen hat der Bereich **Industrie und Handel** mit 57,2 Prozent (26 162 Auszubildende; davon bei der IHK Rostock: 10 797; IHK Neubrandenburg: 8 403; IHK Schwerin: 6 962). An zweiter Stelle steht das **Handwerk** mit 29,4 Prozent (13 470; davon bei der HWK Ostmecklenburg-Vorpommern: 9 120; HWK Schwerin: 4 350). Während es im Bereich Industrie und Handel einen leichten Zuwachs der Zahl von Azubis gab (+ 3,2 Prozent), verringerte sich diese im Handwerk erneut (- 8,6 Prozent). Die übrigen Ausbildungsbereiche, Freie Berufe (2 047), Landwirtschaft (1 930), Öffentlicher Dienst (1 261), Hauswirtschaft (842), Seeschifffahrt (37), stellten zusammen einen Anteil von 13,4 Prozent der Auszubildenden.

Zum Wintersemester 2003/04 waren an den Hochschulen mit insgesamt 32 371 angehenden Akademikern (51,0 Prozent Frauen) so viele **Studierende** eingeschrieben wie in keinem Jahr zuvor. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Studierenden um 8,7 Prozent. Rund jeder Zehnte studiert ein Lehramt. Stark zugenommen haben Studiengänge mit international anerkannten Abschlüssen, denn bereits 9,8 Prozent aller Studieren-

**Studierendenanzahl an
Hochschulen erreicht
Höchststand**

den streben einen Bachelorabschluss an und 1,4 Prozent wollen einen Masterabschluss erwerben. Während die Universitäten Greifswald (+ 11,9 Prozent) und Rostock (+ 10,9 Prozent) sowie die Hochschule Wismar (+ 7,2 Prozent) und die Fachhochschule Stralsund (+ 5,4 Prozent) deutliche Zugänge an Studierenden gegenüber dem Vorjahr verzeichneten, verminderte sich die Studentenzahl an der Fachhochschule Neubrandenburg um 2,6 Prozent, der Hochschule für Musik und Theater Rostock um 1,7 Prozent und der Verwaltungsfachhochschule Güstrow sogar um 13,3 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern hatte im Wintersemester 2003/04 durchschnittlich 18,7 Studierende je 1 000 Einwohner gegenüber 15,5 in Schleswig-Holstein (2002/03) und 23,5 im Bundesdurchschnitt.

Hochschule	Studierende im Wintersemester insgesamt					Veränderung zum Vorjahr
	1992/93	2001/02	2002/03	2003/04	darunter weiblich	
	Anzahl					%
Universität Greifswald	3 590	7 281	7 985	8 934	5 301	+ 11,9
Universität Rostock	8 509	11 829	12 178	13 501	6 902	+ 10,9
HS für Musik u. Theater Rostock	-	445	462	454	284	- 1,7
Fachhochschule Neubrandenburg	359	2 043	2 129	2 074	1 205	- 2,6
Fachhochschule Stralsund	431	2 733	2 753	2 901	1 061	+ 5,4
Fachhochschule Wismar	525	3 773	3 863	4 141	1 560	+ 7,2
Insgesamt	13 414	28 104	29 370	32 005	16 313	+ 9,0
nachrichtlich Verwaltungs-FH Güstrow	388	437	422	366	208	- 13,3

Ein Fünftel mehr ausländische Studierende

Die Anzahl ausländischer Studierender verdoppelte sich seit 1998 und ist im Vergleich zum Vorjahr im Wintersemester 2003/04 um 19,4 Prozent gestiegen. Von den insgesamt 1 901 ausländischen Studierenden des Wintersemesters 2003/04 sind zahlenmäßig die meisten an der Universität Rostock immatrikuliert (849 Studierende). An der Hochschule für Musik und Theater Rostock beträgt ihr Anteil sogar 33,5 Prozent (152 Studierende).

Erhebliche Zunahmen bei den Studienanfängern

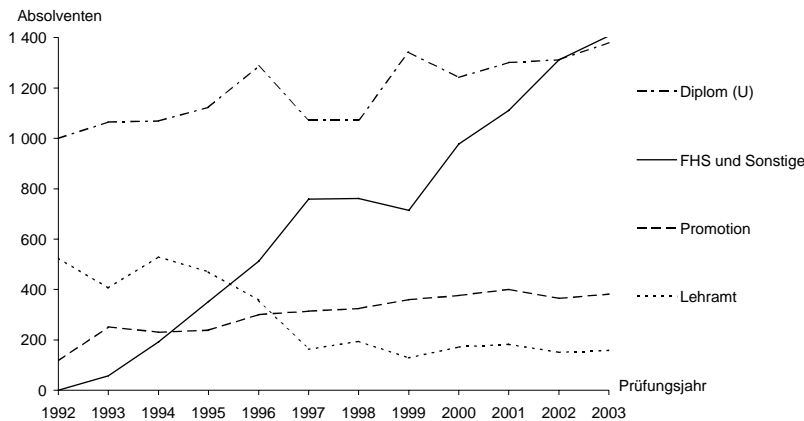
Zum Wintersemester 2003/04 war ein Fünftel aller Studierenden als Studienanfänger im 1. Hochschulsesemester (6 566) eingeschrieben. Gesteigert hat sich die Zahl der Studienanfänger gegenüber dem Vorjahr an der Universität Rostock (+ 36,0 Prozent), der Hochschule Wismar (+ 23,5 Prozent), der Universität Greifswald (+ 21,1 Prozent) sowie der Fachhochschule Stralsund (+ 20,3 Prozent). Vermindert hat sich dagegen die Studienanfängerzahl an der Hochschule für Musik und Theater Rostock (- 6,3 Prozent), der Fachhochschule Neubrandenburg (- 3,1 Prozent) sowie ganz beträchtlich an der Verwaltungsfachhochschule Güstrow (- 29,9 Prozent).

Über zwei Drittel der Hochschulabsolventen erreichten gute bzw. sehr gute Abschlüsse

Seit dem Prüfungsjahr 1992 (1 642 Abschlüsse) bis Ende 2003 wurden an den Hochschulen insgesamt 29 530 **Abschlussprüfungen** erfolgreich bestanden. Besonders die Zahl der Abschlussprüfungen an den Fachhochschulen ist in den letzten elf Jahren stetig gestiegen und hat 2003 anzahlmäßig bereits die der Diplomabschlüsse an Universitäten überschritten. Im Prüfungsjahr 2003 hatten insgesamt 3 382 Studierende eine Abschlussprüfung abgelegt. Von den 3 328 erfolgreich bestandenen Prüfungen (98,4 Prozent) wurden anteilig die meisten in der Fächergruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (34,9 Prozent) absolviert. 41,5 Prozent aller Absolventen beendeten ihr Studium mit einem Diplom bzw. entsprechenden Abschlüssen der Universitäten oder der Kunsthochschule. 11,5 Prozent der Absolventen promovierten an den Universitäten und 4,8 Prozent bestanden dort erfolgreich ihre Lehramtsprüfung. 3,4 Prozent erwarben einen Bachelor- bzw. Masterabschluss. Einen Fachhochschulabschluss erlangten 38,9 Prozent. Über die Hälfte der Erfolgreichen (50,7 Prozent) erreichten die Prüfungsnote „Gut“, 19,1 Prozent „Sehr gut“ und 2,0 Prozent waren sogar „Mit Auszeichnung“ erfolgreich. Die meisten bestandenen Prüfungen wurden aus dem Studienfach Betriebswirtschaftslehre gemeldet (390), gefolgt von der Allgemeinmedizin (275) und den Rechtswissenschaften (237).

Erste Bachelor- bzw. Masterabschlüsse

Bestandene Abschlussprüfungen nach einem ersten bzw. weiteren Studium an Hochschulen



© StaLA MV

Insgesamt wurden für das Jahr 2003 von den Hochschulen 13 351 Beschäftigte (+ 1,7 Prozent; darunter: 61,1 Prozent Frauen) gemeldet (darunter: 1 768 studentische Hilfskräfte; + 19,1 Prozent). 45,5 Prozent der Mitarbeiter sind **wissenschaftliches bzw. künstlerisches Personal** (darunter: 856 Professoren) und 54,5 Prozent **Verwaltungs-, technisches bzw. sonstiges Personal**. Somit kommt jeweils auf rund 37 Studierende eine Professorenstelle (Deutschland: rund 39 Studierende). Vom wissenschaftlichen und künstlerischen Personal (6 071 Personen) sind 59,7 Prozent hauptberuflich und 40,3 Prozent nebenberuflich Beschäftigte. Von den 3 625 hauptberuflich Beschäftigten waren 79,6 Prozent in einem Vollzeit- und 20,4 Prozent in einem Teilzeitverhältnis angestellt.

An den **Studienkollegs** der Universität Greifswald und der Hochschule Wismar bereiteten sich im Wintersemester 2003/04 insgesamt 283 Ausländer (15,9 Prozent Frauen) aus 32 meist außereuropäischen Ländern auf das Studium an einer Hochschule in Deutschland vor. Die meisten Kollegiaten kommen aus Marokko (129), gefolgt von Russland (24) und dem Jemen (22). Erstmals seit Jahren stieg in diesem Wintersemester die Anzahl der Kollegiaten gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich (+ 17,4 Prozent). An der Universität Greifswald nahmen 136 und der Hochschule Wismar 147 Ausländer an den Studienkollegs teil. Von den 45 Frauen und 238 Männern kamen 51,3 Prozent aus Afrika, 33,2 Prozent aus Asien, 13,4 Prozent aus Europa und 2,1 Prozent sind staatenlos. 79,8 Prozent waren 20 bis unter 25 Jahre, 11,7 Prozent 25 bis unter 30 Jahre und 8,5 Prozent unter 20 Jahre alt.

In den Aktivitäten der 18 **Volkshochschulen** des Landes bildeten im Jahr 2002 von den insgesamt 59 242 Belegungen die Programmangebote Sprachen (32,6 Prozent) und Gesundheit (23,9 Prozent) die Bildungsschwerpunkte. Die übrigen 43,5 Prozent verteilten sich auf die Programmbereiche Kultur/Gestalten (18,0 Prozent), Arbeit/Beruf (13,6 Prozent), Politik/Gesellschaft/Umwelt (6,6 Prozent) und Grundbildung/Schulabschlüsse (5,3 Prozent). Insgesamt belegten die Teilnehmer 183 320 Unterrichtsstunden in 4 837 Kursveranstaltungen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Kurse und Belegungen um rund 5 Prozent verringert. Die Kurse dauerten durchschnittlich 38 Unterrichtsstunden und wurden von jeweils rund 12 Teilnehmern besucht. Insgesamt wurden 1 153 Prüfungen abgeschlossen (davon: 348 schulische und 805 nichtschulische). Drei Viertel aller Kursteilnehmer waren Frauen. Die Altersstruktur der Besucher erhöhte sich in den letzten Jahren, fast 31 Prozent der Zuhörer waren bereits älter als 50 Jahre. Die Aufwendungen für die Unterhaltung der Volkshochschulen beliefen sich 2002 insgesamt auf 11,6 Millionen EUR, von denen anteilig 5,5 Millionen EUR aus Einnahmen (darunter: Teilnehmergebühren 3,1 Millionen EUR) und 6,1 Millionen EUR aus öffentlichen Zuschüssen der Gemeinden, Kreise bzw. des Landes kamen.

Relation Studierende - Professoren entspricht annähernd Bundesdurchschnitt

17,4 Prozent mehr Ausländer bereiten sich in studienvorbereitenden Kollegs auf ein Hochschulstudium vor

Weniger Kursveranstaltungen an den Volkshochschulen

Jeder dritte Studierende erhält BAföG

Finanzielle Leistungen nach dem **Bundesausbildungsförderungsgesetz** (BAföG) erhielten 2002 insgesamt 24 986 Personen, davon 11 672 Studierende und 13 314 Schüler. Die Anzahl der Geförderten erhöhte sich um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Somit wird jeder dritte Studierende gefördert. Von den rund 67 Millionen EUR Gesamtaufwand für die BAföG-Förderung (+ 14,9 Prozent) wurden den Geförderten 73,1 Prozent als Zuschuss ausgezahlt und 26,9 Prozent als rückzahlbares Darlehen gewährt. Von den BAföG-Empfängern erhielten 43,7 Prozent (10 925 Personen) den maximalen Förderungsbetrag in Form einer Vollförderung. Eine Teilförderung kam 56,3 Prozent (14 061 Personen) zugute. Für Schüler wurden 30,8 Millionen EUR und für die Förderung der Studierenden 36,2 Millionen EUR bereitgestellt. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler monatlich 302 EUR und ein geförderter Studierender 369 EUR.

60 Prozent mehr Fördermittel für Aufstiegsfortbildung

Eine Förderung nach dem **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz** (AFBG), oft auch „Meister-BAföG“ genannt, erhielten im Jahr 2002 insgesamt 1 293 Geförderte (darunter: 22,9 Prozent Frauen). Das waren insgesamt 39,2 Prozent mehr Förderfälle als im Vorjahr (Frauen: + 74,1 Prozent; Männer: + 31,4 Prozent), aber nur 1,5 Prozent aller 2002 nach dem AFBG Geförderten in Deutschland (Erwerbstätigenanteil: 2,0 Prozent). Der finanzielle Aufwand für bewilligte Fördermaßnahmen betrug im Jahr 2002 insgesamt 3,8 Millionen EUR. Das war eine Erhöhung gegenüber 2001 um 59,5 Prozent. Davon wurden rund 2,6 Millionen EUR als Darlehen und 1,2 Millionen EUR als Zuschüsse gewährt. Die Zahl der Geförderten in Vollzeitmaßnahmen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 267 auf 365 Geförderte (+ 36,7 Prozent), die der Geförderten in Teilzeitmaßnahmen sogar von 662 auf 928 Geförderte (+ 40,2 Prozent). Die Geförderten in Vollzeitmaßnahmen erhielten durchschnittlich 5 802 EUR, diejenigen in Teilzeitmaßnahmen 1 798 EUR.

Rechtspflege

Am Jahresende 2002 waren im Rechtswesen unverändert zum Vorjahr insgesamt 494 Richter beschäftigt. Einem leichten Zugang bei den Richtern an ordentlichen Gerichten (um 1 auf 379) steht ein Rückgang auf 115 tätige Richter in der speziellen Gerichtsbarkeit gegenüber. Die Zahl der Staatsanwälte ging um 4 auf 170 und der Rechtsanwälte um 2 auf 1 370 zurück.

Von den Amtsgerichten des Landes wurden im Jahr 2003 22 623 **Strafverfahren** erledigt, das waren nach einem Rückgang in den Vorjahren (2001: - 9,0 Prozent; 2002: - 8,0 Prozent) 1,0 Prozent mehr als 2002. In 9 662 Verfahren (42,7 Prozent) wurde ein Urteil gefällt, welches in 86,8 Prozent der Fälle rechtskräftig wurde. Von den erledigten Verfahren betrafen 5 656 eine im Straßenverkehr begangene Straftat (Anteil: 25,0 Prozent; 2001: 26,7 Prozent). Ihr Anteil lag damit im Jahr 2001 über dem Bundesdurchschnitt (23,1 Prozent; neue Länder: 24,2 Prozent). Die Landgerichte beendeten 269 Strafverfahren (2002: 274) in 1. Instanz und 1 166 (2002: 1 173) in der Berufungsinstanz. Vor dem Oberlandesgericht waren es 169 Strafverfahren (2002: 123) in der Rechtsmittelinstanz. Nach Rückgängen in den Vorjahren (2001: - 6,0 Prozent; 2000: - 5,8 Prozent) stieg die Anzahl der erledigten Bußgeldverfahren (8 675) vor den Amtsgerichten im Jahr 2002 erheblich an (+ 9,3 Prozent), eine Zunahme war ebenfalls bei den Rechtsbeschwerden bzw. Anträgen auf Zulassung (226; 2002: 208) vor dem Oberlandesgericht zu verzeichnen.

An **Zivilprozesssachen** (ohne Familiensachen) wurden im Jahr 2003 von den Amtsgerichten 29 953 Verfahren (381 mehr als im Vorjahr) und von den Landgerichten 8 595 Verfahren (728 weniger als im Vorjahr) in 1. Instanz abschließend behandelt. Weiterhin wurden von den Landgerichten 1 630 Berufungsverfahren (277 weniger als im Vorjahr) und vom Oberlandesgericht 1 572 (28 mehr als im Vorjahr) beendet.

Die Zahl der erledigten **Familiensachen** vor den Amtsgerichten ging im Jahr 2003 im Vorjahresvergleich um weitere 1,6 Prozent auf 11 106 Verfahren zurück. Scheidungsverfahren nahmen um 4,4 Prozent auf 4 361 zu, während bei den Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen (6 122) ein Rückgang (- 2,5 Prozent) zu verzeichnen war. Das Oberlandesgericht erledigte 545 Berufungs- und Beschwerdeverfahren (2002: 460).

Die Anzahl der erledigten Verfahren vor den **Verwaltungsgerichten** stieg gegenüber dem Vorjahr weiter an. Durch die zwei Verwaltungsgerichte wurden im Jahr 2003 5 831 Hauptverfahren abgearbeitet, 11,4 Prozent mehr als im Vorjahr, darunter hatten Asylrechtsverfahren mit 32,7 Prozent, wie schon in den Vorjahren, den größten Anteil. Die Anzahl der erledigten Verfahren zur Gewährleistung von vorläufigem Rechtsschutz nahm um 4,5 Prozent auf 2001 Verfahren zu. Vor dem Oberverwaltungsgericht wurden 45 erstinstanzliche Hauptverfahren (2002: 33) abgeschlossen. Mit 358 Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsachenentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren sowie 304 Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährleistung von vorläufigem Rechtsschutz wurden 1,4 Prozent bzw. fast doppelt soviel (+ 92,4 Prozent) erledigt als im Jahr 2002.

Vor dem **Finanzgericht** nahm die Anzahl der erledigten Verfahren im Jahr 2003 nach einem Rückgang im Vorjahr wieder zu. 703 Verfahren (+ 2,0 Prozent) waren Klagen vor dem Finanzgericht und 234 Verfahren (+ 21,2 Prozent) wurden zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz geführt.

Zahl der Richter, Staats- und Rechtsanwälte nahezu konstant

Im Jahr 2003 wieder mehr Straf- und Bußgeldverfahren

Weniger Zivilverfahren

Mehr Scheidungsverfahren ...

... und Verfahren vor den Verwaltungsgerichten

Geschäftsfall bei den Gerichten

Gerichte/ausgewählte Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Strafgerichte						
erledigte Strafverfahren (1. Instanz)	25 169	27 045	27 048	24 635	22 681	22 893
erledigte Strafverfahren (Rechtsmittel- instanz)	1 031	1 172	1 358	1 418	1 296	1 335
erledigte Bußgeldverfahren	8 264	7 712	9 127	8 627	8 147	8 901
Zivilgerichte (ohne Familiensachen)						
erledigte Zivilprozesssachen (1. Instanz)	46 134	40 818	41 008	40 083	38 895	38 548
erledigte Zivilprozesssachen (Berufungssachen)	2 926	2 986	3 173	3 253	3 451	3 202
Familiengerichte						
erledigte Familiensachen (1. Instanz)	9 495	9 703	11 336	12 233	11 283	11 106
erledigte Familiensachen (Berufungen und Beschwerden)	301	373	577	434	460	545
Verwaltungsgerichte						
erledigte Hauptverfahren (1. Instanz)	5 742	5 949	5 682	5 346	5 267	5 876
erledigte Hauptverfahren (Berufungen und Beschwerden)	238	417	397	301	353	358
Finanzgerichte						
erledigte Klagen	461	538	686	720	689	703

Weniger gemeldete Straftaten und ...

In der **polizeilichen Kriminalstatistik** ging die Anzahl der registrierten Straftaten (2002: 174 534; 1995: 220 393) im Vorjahresvergleich wieder zurück (- 5,2 Prozent; 2001: + 0,9 Prozent). Es wurden vor allem weniger Fälle von Diebstahl (Anteil: 50,1 Prozent; - 5,5 Prozent) sowie Vermögens- und Fälschungsdelikte (14,8 Prozent; - 12,3 Prozent) erfasst. Über die Hälfte aller Straftaten (53,7 Prozent; 1995: 33,9 Prozent) wurde aufgeklärt. Die Aufklärungsquote differierte je nach Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens von 32,5 Prozent bei Diebstahl bis 95,9 Prozent bei Straftaten gegen das Leben. Für die im Jahr 2002 aufgeklärten Straftaten hat die Polizei insgesamt 58 851 Tatverdächtige ermittelt, überwiegend (79,9 Prozent) männliche Personen. 53 222 Tatverdächtige (90,4 Prozent; 2001: 91,1 Prozent) besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

... rechtskräftig Verurteilte

Nach der **Strafverfolgungsstatistik** mussten sich im Jahr 2003 24 611 Personen wegen Verbrechen oder Vergehen vor einem Strafgericht verantworten, fast soviel wie im Vorjahr (24 647). Von den Abgeurteilten wurden 21 122 Personen, 163 weniger als 2002, rechtskräftig verurteilt. Der Anteil der männlich Verurteilten (86,9 Prozent) und der Ausländer (11,7 Prozent) war im Vorjahresvergleich rückläufig. Von den Verurteilten waren zur Tatzeit 17 631 Erwachsene und 1 033 Jugendliche, 23 bzw. 166 Personen weniger als im Jahr 2002, sowie 2 458 Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre: + 26 Personen). Die Verurteilung erfolgte für 18 790 Personen nach dem allgemeinen Strafrecht (+ 40 Personen) und für 2 332 Personen nach dem Jugendstrafrecht (- 203 Personen). Nach Art der schwersten Strafe erhielten 2 528 Personen (13,5 Prozent) eine Freiheitsstrafe, die in fast zwei Drittel der Fälle (64,7 Prozent; 2002: 66,0 Prozent) zur Bewährung ausgesetzt wurde und 663 Personen (28,4 Prozent) eine Jugendstrafe (darunter Strafaussetzung: 57,8 Prozent; 2002: 47,5 Prozent). Für 16 253 Verurteilte (86,5 Prozent) nach allgemeinem Strafrecht wurde eine Geldstrafe verhängt. Zu den nur im Jugendstrafrecht vorgesehenen Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßnahmen wurden 1 633 bzw. 36 Personen verurteilt.

Zahl der Inhaftierten nahm wieder zu

In den **Justizvollzugsanstalten** gab es am Jahresende 2003, ohne abwesende Untersuchungs- und Strafgefangene (93; 2002: 128), 1 515 Inhaftierte, 72 Personen (+ 5,0 Prozent) mehr als Ende 2002, darunter 37 weibliche Personen (2002: 42). Von den am Jahresende Einsitzenden verbüßten 936 (+ 48 Personen) ihre Strafe im Erwachsenenvollzug, die für 58,9 Prozent (2002: 63,5 Prozent) schon länger als ein Jahr dauerte. Im Jugendstrafvollzug saßen 248 Gefangene, 12 Personen (+ 5,1 Prozent) mehr als vor Jahresfrist. Im Untersuchungsstrafvollzug befanden sich 298 Personen, geringfügig mehr (+ 7 Personen) als im Vorjahr, darunter 25 Jugendliche (unter 18 Jahren) und 227 Erwachsene (21 Jahre und älter).

Weiterhin waren noch 33 Personen im sonstigen Freiheitsentzug, darunter 14 in Abschiebehaft.

Die Zahl der Unterstellungen unter **Bewährungshilfe** verringerte sich nach Zunahmen in den Vorjahren erstmals um 54 (- 1,0 Prozent) auf 5 231 im Jahr 2003. Aufgrund möglicher Mehrfachunterstellungen waren 4 790 Personen (- 1,9 Prozent) betroffen. Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht nach allgemeinem Strafrecht erhöhten sich um weitere 4,5 Prozent auf 3 561, während die Unterstellungen nach Jugendstrafrecht auch im Jahr 2003 rückläufig (um 11,0 Prozent auf 1 670) waren (2002: - 5,5 Prozent). Im Jahr 2003 endeten 1 921 Unterstellungen (+ 3,6 Prozent gegenüber 2002), darunter 889 Bewährungsaufsichten nach Jugendstrafrecht (2002: 901). In 65,1 Prozent aller Fälle (nach Jugendstrafrecht: 54,3 Prozent) konnte die Bewährungszeit abgeschlossen werden, in 22,1 Prozent der Fälle endete sie durch Widerruf (einschließlich Verhängung der Jugendstrafe), darunter hauptsächlich wegen einer neuen Straftat und in 245 Fällen durch Einbeziehung in ein neues Urteil.

**Weniger Unterstellungen
unter Bewährungs-
aufsicht**